

Bezugspreis.

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2,- Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänemark, Ost- und Westpreußen, Österreich, Litauen, Lettland, 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Erläuterung und Kleinigkeiten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraph-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Mittwoch, den 30. Juni 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareille-Zeile 20 Pfennig, Reklameweile 4,- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 25 Pfennig (außer zwei fertige Wörter). Jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Schließt von 8 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Die Fürstenvorlage in zweiter Lesung. Kälz droht mit Konsequenzen.

Im Reichstag hat gestern die zweite Lesung der Fürstenvorlage begonnen. Heute soll sie vollendet werden, und am Freitag gedenkt man, die dritte Lesung vorzunehmen.

Die sozialdemokratische Fraktion wird vor der dritten Lesung ihre endgültigen Beschlüsse fassen. Bei der zweiten Lesung verfährt sie so, daß sie jeden einzelnen Paragraphen besonders wertet, also einige ablehnt, andere annimmt, bei den dritten sich der Stimme enthält. Die Folge dieser Taktik ist zunächst, daß durch die Ablehnung des § 2, die durch die Sozialdemokraten, die Deutschnationalen und die Kommunisten erfolgte, eine breite Lücke in der Vorlage entstanden ist. Das ganze Gesetz erscheint dadurch jetzt schon auf das schwerste bedroht.

Zu § 1 hatten die Deutschnationalen durch Dr. Barth erklären lassen, daß der Gesetzentwurf gegen die Verfassung und gegen die Grundzüge des Rechtsstaats verstoße. Von rechts her wird also jetzt gegen die mehr als zahme, nach Auffassung der sozialdemokratischen Fraktion ungenügende Vorlage der Regierung derselbe Vorwurf erhoben, den die Regierung gegen den Volksentscheid erhoben hatte.

Die Erklärung der Deutschnationalen gab dem Reichsinnenminister Dr. Kälz Gelegenheit, für die Regierung zu erklären, daß diese aus einer etwaigen Ablehnung des Gesetzentwurfs Konsequenzen ziehen werden. Welcher Art diese Konsequenzen sein würden, verriet Dr. Kälz nicht.

Bei den Regierungsparteien oder wenigstens beim linken Zentrumsflügel und bei den Demokraten wünscht man sich die Konsequenzen offenbar so, daß gegen rechts aufgelöst wird. Das hätte aber zur Voraussetzung, daß die Sozialdemokraten in dritter Lesung für den Entwurf stimmten, aber die Deutschnationalen ihn zum Scheitern brächten, indem sie das Zustandekommen einer Zweidrittelmehrheit verhinderten. Dieser Fall ist jedoch wenig wahrscheinlich. Wenn nun in der dritten Lesung nur die Regierungsparteien für die Vorlage stimmen, diese also keine Mehrheit erhält — von einer Zweidrittelmehrheit gar nicht zu reden — was dann? Die Regierung kann doch nicht daran denken, daß die hinter ihr stehenden Parteien bei Neuwahlen die Zweidrittelmehrheit erkämpfen könnten; das wäre die reine Utopie. Sie kann auch nicht der Sozialdemokratie mit der Auflösung „drohen“, denn man kann einem nicht mit etwas drohen, was er sich selber nur wünscht!

Ebenso unstritten wie die Auflösung selbst ist die Frage des Auflösungs termins. Angeblich wird beabsichtigt, den Reichstag nicht jetzt, sondern erst nach den großen Sommerferien im Herbst aufzulösen.

Die Konsequenzen können aber auch noch aus etwas anderem bestehen als der Auflösung: das ist der Rücktritt der Regierung. Wird das Gesetz in der dritten Lesung von der Mehrheit des Hauses abgelehnt, dann bestehen für einen Rücktritt der Regierung starke konstitutionelle Gründe, obwohl die Verfassung nicht geradewegs sagt, daß eine Regierung zurücktreten muß, wenn sie mit einem Gesetzesvorschlag im Reichstag unterliegt.

Würde die Regierung am Freitag zurücktreten, weil es ihr nicht gelungen ist, die Fürstenvorlage durchzubringen, so wäre nicht leicht zu erkennen, woher in der gegenwärtigen verwickelten Situation eine neue parlamentarische Regierung genommen werden könnte. Die Wiederernennung des alten Kabinetts wäre dann das Wahrscheinlichste, und die von Herrn Dr. Kälz ausgedachte Konsequenz bliebe eine leere Geste.

So groß die Unklarheit über die parlamentarischen und verfassungsmäßigen Konsequenzen einer Ablehnung sind, so groß ist auch die Unklarheit über die tatsächlichen Konsequenzen. Die einen glauben, daß mit dem Scheitern dieser Vorlage überhaupt jede Regelung der strittigen Fragen scheitern würde, so daß also dann die Fürsten ohne Abstrich alles betämen, was sie für sich beanspruchten, die anderen sind davon überzeugt, daß es nachher gelingen werde, eine bessere Regelung herbeizuführen, für die dann, konkret gesehen, auch wieder eine Zweidrittelmehrheit im Reichstag oder 20 Millionen im Volke aufgebracht werden müßten. Soll aber für eine Regelung nach dem 1. Juli der Weg offen bleiben, dann muß das Sperrgesetz, das an diesem Tage abläuft, verlängert werden.

Eine andere sehr wichtige Aufgabe, die der Reichstag noch vor den Ferien zu lösen hat, ist die Regelung der Zollfrage. Die sozialdemokratische Fraktion hat bekanntlich beantragt, die Geltungsdauer der vorläufig bis zum 1. Juli geltenden relativ niedrigen Lebensmittelzölle zunächst bis zum 1. Dezember d. J. zu verlängern. Die Annahme dieses

Antrags hätte die Folge, daß die viel höheren Zollsätze, die ab 1. Juli gelten sollen und die in dem deutsch-schwedischen Handelsvertrag schon inkassiert sind, nicht in Kraft träten. Auch hier handelt es sich um eine Streitfrage ersten Ranges, die man nicht übersehen darf, wenn man die innerpolitische Gesamtsituation, wie sie sich in diesen überaus kritischen Tagen darstellt, in Betracht ziehen will.

Die sozialdemokratische Fraktion aber kann in voller Freiheit diejenigen Entschlüsse fassen, die sie im Interesse der breiten, von ihr vertretenen Volksmassen für notwendig hält. Vor Drohungen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, braucht sie nicht zurückzuschrecken. Konsequenzen hat sie nicht zu fürchten.

Der Reichstag nahm gestern zunächst den Entwurf eines Gesetzes über das Uebereinkommen zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Österreich über die Durchführung der Sozialversicherung im zwischenstaatlichen Verkehr in allen drei Lesungen an.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen den deutschen Ländern und den vormals regierenden Fürstentümern. Ueber die Ausschussverhandlungen berichtet Abg. Dr. Pfleger (Wagner, Sp.). Der Ausschuss beantragt, dem Gesetzentwurf mit den schon bekannten Veränderungen die verfassungsmäßige Zustimmung zu geben.

Präsident Löbe schlägt vor, bei der zweiten Lesung von einer Aussprache abzusehen und für die in Gruppen zusammengefaßten Paragraphen eine Redezeit von je 15 Minuten festzusetzen. Abg. Graefe (Völk.) meint, daß man sich wegen dieser Regelung vorher mit den Fraktionen hätte verständigen sollen.

Abg. Neubauer (Komm.) beantragt, die Redezeit auf je eine halbe Stunde festzusetzen.

Präsident Löbe macht darauf aufmerksam, daß schon bei 15 Minuten Redezeit für jede Gruppe zwei Stunden, also insgesamt 18 Stunden für das ganze Gesetz herauskommen würden.

Gegen die Stimme des Abg. Graefe (Völk.) wird beschließen, von einer allgemeinen Aussprache in der zweiten Lesung abzusehen. Der Antrag, eine halbe Stunde Redezeit für jede Paragraphengruppe zu gewähren, wird gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Es bleibt bei dem Vorschlag des Präsidenten.

Zu § 1 behauptet Abg. Dr. Barth (Dnat.), daß der Gesetzentwurf gegen die Verfassung und gegen die Grundzüge des Rechtsstaats verstoße. Man habe die Mitarbeit der Deutschnationalen abgelehnt und die Zustimmung der Sozialdemokraten gesucht. Das Gesetz sei unter dem Druck der Straße zustande gekommen, die Fürsten, die doch auch Staatsbürger seien, sollen unter ein Ausnahmerecht gestellt werden. Das eigentliche Ziel der Befürworter des Gesetzes sei, das Privateigentum zu beseitigen. (Lärm bei den Komm. Abg. Höllein wird zur Ordnung gerufen.)

Abg. Rosenfeld (Soz.):

Der Abg. Barth hat behauptet, daß mit diesem Gesetz über Verträge und Urteile hinweggegangen werden solle. Wir sind allerdings der Meinung, daß diese Verträge und Urteile aus vergangenen Zeiten aufgehoben werden müßten, um das Unrecht gegenüber dem Volke, das damit begangen worden ist, wieder zum Recht zu machen. Hier handelt es sich nicht darum, daß das fälschlich als Fürstentum bezeichnete Vermögen nun auch wieder als Eigentum des deutschen Volkes bezeichnet wird. Wenn dabei das Wort Enteignung gefallen ist, so liegt das doch nur daran, daß es juristisch garnicht anders geht, als durch die Formulierung als Enteignung, das Fürstentum, das gar nicht ein solches ist, als Volkseigentum zu deklarieren. Es handelt sich darum, das Volkseigentum, das dem Volke von den Fürsten geraubt worden ist, wieder an das Volk zurückzugeben. Die ehemaligen Fürsten sollen auch nicht minderen Rechts erklärt, sondern sie sollen den Bürgern gleichgestellt werden. Der deutschnationale Redner hatte den Mut, davon zu reden, daß die Fürsten bei der Aufwertung benachteiligt werden sollen. Im Ausschuss ist aber festgestellt worden, daß die Gerichte bei der Aufwertung der fürstlichen Forderung bis zu 1450 Prozent gegangen sind. (Lebhaftes hört, hört.) Das scheint den Deutschnationalen noch immer nicht genug zu sein, trotz der unerhörten Bevorzugung der Fürsten gegenüber jenen Bürgern des Staates, die bei der Inflation solche ungeheuerliche Verluste erlitten haben.

Der § 1 enthält einen der Hauptfehler des ganzen Gesetzentwurfs.

Wir sind der Meinung, daß die hochpolitische Frage garnicht durch die Richter gelöst werden kann. Noch jetzt haben wir die Auffassung, daß das beste die Annahme des demokratischen Antrags, der auf einen sozialdemokratischen Antrag Müller-Frankens und Genossen zurückgeht, gewesen wäre, nämlich, die Ueberweisung der Auseinandersetzungen mit den früheren Fürsten an die Länder.

Die bürgerlichen Parteien haben diese Lösung abgelehnt, sie wollen ein Sondergericht, das nach den Vorschlägen der Regierung zusammengesetzt wird. Die jetzige Regierung ist nicht unsere Regie-

rung, den jetzigen Reichspräsidenten haben wir Sozialdemokraten nicht gewählt. Wir sind deshalb nicht in der Lage, diesem neuen Gericht Vorschlag-Vertrauen entgegenzubringen. Dazu kommt, daß wir die Vorschläge für die Belegung der Richterstellen in dem Sondergericht nicht kennen, wir wissen auch nicht, ob ihnen der Reichspräsident zustimmt. Wir beantragen demgegenüber die Wahl der Richter für das Sondergericht durch den Reichstag. Dann wissen wir wenigstens, daß das Gericht nicht aus einer monarchistischen Mehrheit bestehen wird. Es ist ganz richtig, daß das Volk gegen die heutige Justiz das größte Mißtrauen hegt, wir sind der Ansicht, daß wir eine Partei- und Klassenjustiz haben, daß die Richter in ihrer Mehrheit monarchistisch gesinnt sind, die den republikanischen Richtern ihr Leben sehr sauer machen. Wir sind deshalb nicht in der Lage, dem § 1 in seiner jetzigen Fassung zuzustimmen. Wir bitten, unseren Antrag anzunehmen, damit wenigstens eine gewisse Verbesserung der Vorlage möglich wird. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Reichsinnenminister Dr. Kälz:

Die Regierung steht geschlossen hinter dem Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung. Der Entwurf ist nicht zustande gekommen unter Konzessionen an den Druck der Straße. Diese Unterstellung weise ich entschieden zurück. Berücksichtigt worden ist allerdings der millionenfach geäußerte Volksmitleid zur Bereinigung der Auseinandersetzungsfrage. Konzessionen müssen dabei von beiden Seiten gemacht werden. Die Parteien, die das Zustandekommen des Gesetzes vereiteln, nehmen vor dem deutschen Volk eine außerordentlich schwere Verantwortung auf sich.

Die Regierung würde aus dem Nichtzustandekommen Konsequenzen ziehen.

Es handelt sich nicht bloß um eine Rechtsfrage oder eine politische Frage, sondern um beides zusammen. Das kommt auch in der Zusammenlegung des Sondergerichts zur Hälfte aus Baiern, zur Hälfte aus Bayern zum Ausdruck. Der § 1 ist typisch für diesen im ganzen Gesetz gesuchten Ausgleich zwischen politischen und Rechtsfragen. Durch die Staatsumwälzung von 1918 sind selbstverständlich die früheren rechtlichen Beziehungen zwischen Fürsten und Volk gelöst worden. Wir müssen darum diese rechtlichen Beziehungen neu regeln und dafür auch ein neues Gericht schaffen.

Abg. Schulte (Z.) tritt für § 1 in der vorliegenden Fassung ein. Hier sei die richtige Mittellinie gefunden. Zu dem als Vorsitzenden des Gerichts bestimmten Reichsgerichtspräsidenten habe das ganze Volk Vertrauen. (Widerpruch bei den Kommunisten.)

Abg. v. Graefe (Völk.) erklärt, seine Freunde hätten die Vorlage für ein derartig monströses Gebilde, daß alle Verbesserungsversuche aussichtslos seien. Sie würden sich deshalb an der weiteren Beratung nicht beteiligen.

Abg. Neubauer (Komm.) meint gleichfalls, daß die Vorlage nicht verbesserungsfähig sei, sondern abgelehnt werden müsse.

Abg. Uppers (Wirtsch. Bgg.) betont, seine Fraktion habe die entschädigungslose Enteignung entschieden bekämpft, aber sie sehen in dem vorliegenden Entwurf eine annehmbare Lösung. Abg. v. Emdener-Wildau (Dnat.) erwidert dem Minister Dr. Kälz, seine Freunde wären unter Zurückstellung grundsätzlicher Bedenken bereit gewesen, den Gedanken der Regelung der noch schwebenden Auseinandersetzungen durch ein Sondergericht nicht von vornherein von der Hand zu weisen. Der vorliegende Gesetzentwurf biete aber keine annehmbare Lösung.

Damit ist die Aussprache über § 1 geschlossen. Der sozialdemokratische Abänderungsantrag wird abgelehnt, ebenso ein deutschnationaler Antrag. Die Kommunisten beantragen namentliche Abstimmung, da sie aber nicht 50 Mann zählen, reicht es nicht aus.

In einfacher Abstimmung wird darauf § 1 mit den Stimmen der Regierungsparteien gegen Kommunisten und Völkische bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten und Deutschnationalen angenommen.

Es folgt die Beratung der §§ 2 bis 4.

Abg. Dr. Landsberg (Soz.):

wendet sich gegen die Behauptung des Abg. Barth, daß ein sozialdemokratischer Redner im Ausschuss gesagt habe, es müsse eine Rechtsbarriere gegenüber den Fürsten aufgerichtet werden. Ein solcher Ausdruck sei nicht gefallen, das müsse hier festgestellt werden, um der Agitation entgegen zu wirken, die mit dieser Behauptung draußen im Lande getrieben werden könne. Der Redner begründet dann einen sozialdemokratischen Antrag, wonach das Reichssondergericht nicht nur für die noch nicht abgeschlossenen Gesamtauseinandersetzungen zuständig sein soll, sondern auf Antrag der betreffenden Länder auch für alle bereits abgeschlossenen Gesamtauseinandersetzungen. Es handle sich hierbei nicht um eine Frage, die ein einzelnes Land angeht, sondern die das ganze deutsche Volk betrifft. Aus diesem Grunde muß den Ländern die Möglichkeit gegeben werden, auch bereits abgeschlossene Auseinandersetzungen noch einmal aufzurufen. Der Redner weist darauf hin, daß der Leihhof von Sachsen-Koburg von den 140 000 Hektar, die das ganze Land besitzt, für sich allein 42 000 Hektar als sein Eigentum in Anspruch nimmt. (Hört, hört! stufs.) Was er an Wald forstet, macht 60 Proz. des ganzen Forstbesitzes des Landes aus. Eine befriedigende

Lösung kann die uns jetzt beschäftigende Frage nur finden, wenn die Länder, die es der sozialdemokratische Antrag will, das Recht erhalten, die auch bereits abgeschlossenen Auseinandersetzungen vor das Reichsgericht zu bringen. Unter Antrag steht auch in Uebereinstimmung mit der feierlichen Erklärung des Abg. v. Guérard, die er am 10. Juni im Reichstag abgegeben hat, wonach auch alle früheren Auseinandersetzungen noch einmal geprüft werden sollen.

Abg. v. Althoff (Dem.) wendet sich gegen den sozialdemokratischen Antrag. Bei seiner Annahme würde auch in den Ländern, wo die Auseinandersetzung schon zur Befriedigung beider Teile abgeschlossen ist, wie in Sachsen, die ganze Frage neu aufgerollt werden, und das könne nicht der Zweck des Gesetzes sein.

Abg. Schneller (Komm.) behauptet, die Sozialdemokraten hätten sich mit ihren Verbesserungsvorschlägen in Widerspruch zu den Willküren, die für die entschädigungslose Enteignung gestimmt haben.

Abg. Dr. Bredt (Wirtsch. Bg.) bezeichnet den Grundgedanken der Landberg'schen Anträge als richtig. Eine wirkliche Rechtsgrundlage sei für alle früheren Auseinandersetzungen nicht vorhanden gewesen, weil eine klare Scheidung zwischen Staats- und Privatvermögen der Fürsten nicht möglich war. Bei der Schaffung der Weimarer Verfassung sei vergessen worden, eine Rechtsgrundlage für diese Fälle zu schaffen, aber jetzt solle daran nichts mehr geändert werden. Wo ein Vergleich bereits abgeschlossen sei, müsse das Landesgericht eingreifen.

Die sozialdemokratischen Abänderungsanträge zu den einzelnen Anträgen werden abgelehnt.

§ 2 wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Deutschnationalen und Völkischen gegen die Regierungsparteien abgelehnt.

Für § 3 stimmen die Regierungsparteien, dagegen Sozialdemokraten, Kommunisten und Völkische. Die Deutschnationalen enthalten sich der Stimme. Da das Ergebnis nicht zweifelsfrei festzustellen ist, muß eine Auszahlung vorgenommen werden. Sie ergibt die Annahme des § 3 mit 142 gegen 138 Stimmen. 79 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.

§ 4 wird mit demselben Stimmverhältnis angenommen.

Zur Geschäftsordnung behauptet nunmehr Abg. Neubauer (Komm.), durch die Ablehnung des § 2, der die Zuständigkeit des Sondergerichts bestimme, sei die ganze Vorlage hinfällig geworden. Es bleibe jetzt nichts anderes mehr übrig, als die Beratungen abzubrechen und den Reichstag aufzulösen. (Heiterkeit.)

Präsident Loh weist dem kommunistischen Redner die Unkenntnis der Geschäftsordnung des Reichstags nach. Diese besage, daß die weitere Beratung eines Gesetzes nur dann zu unterbleiben habe, wenn alle Teile abgelehnt worden seien.

Die Beratung wird fortgesetzt bei den §§ 5 bis 7, der die

Feststellung von Privat- und Handelseigentum durch das Sondergericht betrifft.

Abg. Lohmann (Dnat.) wendet sich gegen diese Bestimmungen, weil das Sondergericht gar nicht in der Lage sei, festzustellen, was Privat- und was Staatseigentum sei. Es lasse sich in vielen Fällen gar nicht mehr ermitteln, wieviel Besitz aus privaten und wieviel aus öffentlichen Mitteln erworben worden sei. Das Rechtsbewußtsein im deutschen Volke würde erschüttert werden, wenn diese Vorlage Gesetz werde.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.)

engagiert dem Vorredner, daß gerade deshalb, weil das Rechtsbewußtsein im Volke durch die Ansprüche der Fürsten und die Gefügigkeit der deutschen Richter erschüttert worden sei, es sich jetzt darum handle, das Recht wieder herzustellen. (Abg. Kube ruft: Das muß ein Jude sagen.) Da die Bestimmungen des Gesetzes nicht ausreichen, um das Recht des Volkes zum Durchbruch zu bringen, beantragt die sozialdemokratische Fraktion, daß in Zweifelsfällen der frühere Fürstenbesitz für Staatseigentum erklärt werden solle. Die Sozialdemokratie vertritt hier die Forderungen der 14 1/2 Millionen Wähler, die sich trotz des Terrors für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten erklärt haben. Wie dieser Terror gewüthet hat, geht aus dem heutigen Abendblatt des „Vorwärts“ hervor, wo berichtet wird, daß die Landarbeiterfrau Kurowski in Jeshlow Selbstmord begangen hat, nachdem sie und ihr Mann wegen der Ausübung ihres Wahlrechts von dem Besitzer Bräunig auf die Straße gesetzt worden waren. (Lebhaftes Hört, hört bei den Soz.) Unser Antrag macht den Versuch, das Gesetz zu verbessern. Wir wollen damit das Interesse des deutschen Volkes wahren.

Das Recht auf Roheit.

Von Paul Gutmann.

Ein sozialdemokratischer Antrag auf Abschaffung der Prügelstrafe in den Schulen wurde im Unterrichtsausschuß des preussischen Landtags von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Hiermit hat der preussische Landtag vor aller Welt bekundet, daß in Preußen das Recht auf Roheit fortbestehen soll. Dieser Landtagsausschuß handelt durchaus logisch. Wenn nach Ansicht eines Rechtsblattes jene fünfzehn Millionen Wähler, die für Enteignung der Fürsten gestimmt haben, zu denen gehören, die in Deutschland zu viel sind, so gibt es nur ein Mittel, die übrigen fünfundsiebenzig Millionen wahlberechtigter Deutscher weiter im Zustand der Denkfähigkeit zu halten, nämlich den Stock.

Wie bekanntlich das preussische Volk durch Friedrich Wilhelm großgeprügelt worden ist, so kann es auch in Zukunft kein anderes Erziehungsmittel für die preussische Jugend geben als Stockhiebe. Kinder sind verdammt schlaue Geschöpfe und durchschauen sehr bald die Schwächen eines Lehrers. Wie soll dieser sich helfen, wenn seine Intelligenz nicht ausreicht, als indem er seinen Schülern die unlegbare körperliche Ueberlegenheit fühlbar läßt. Denn es dürfte kein Zweifel bestehen, daß ein dreißigjähriger Mann einem sechsjährigen Knaben oder Mädchen an Körperkraft überlegen ist. Eine Ohrfeige ist auf jeden Fall ein viel schlagkräftigeres Argument als eine wohl überlegte Antwort und hinterläßt nachhaltiger Eindrücke. Auch wird der Lehrer durch Prügel jedes selbständige Urteils, das im Staatsleben schon viel Unheil angerichtet hat, im Keim ersticken. Es ist unbedingt notwendig, daß im Kind eine Furcht vor einer grausam waltenden Gewalt erweckt wird, mag diese noch so dumm und willkürlich sein. Der Erwachsene wird sich dann viel leichter allen Ungerechtigkeiten und verbrecherischen Handlungen unterwerfen, die von den herrschenden Mächten über ihn vollzogen werden. Geprügelte Kinder werden keinen gottbegnadeten Fürsten enteignen wollen, sondern werden die Hand untertänig lecken, die der Lehrer ihnen als göttlich bezeichnet hat. Wer geprügelt worden ist, hat auch das Verlangen, andere wieder zu prügeln, und so wird die gehelligte Tradition des Stocks in Preußen nicht aussterben.

Anders hingegen in verweichlichten Nationen. Dort werden die Kinder zu selbständigem Denken erzogen, und somit wird in ihnen der Geist der Zerlegung erzeugt, der bekanntlich jüdischen Ursprungs ist. Dort wird in ihnen ein sogenanntes Ehrgefühl wachgerufen, das man doch erst bekommen kann, wenn man als seines Was Hundertmal in die Kanne gestiegen ist und sich das Gesicht zu Tartarbestäub hat zerhacken lassen. Dort wird der Lehrer als älterer Freund behandelt, was bei uns zu netten Zuständen führen könnte. Wer würde dann noch die Haken zusammenschlagen, wenn er von einem Kollegen der höheren Befoldungsklassen angeredet zu werden die Ehre hat. Preußen ist nicht England, wo ein Knabe ein junger Gentleman ist. Ein preussischer Junge muß vor allen Dingen vor

Abg. Landsberg (Soz.)

wendet sich gegen die Bestimmung im § 6, wonach das Reichsgericht von einem nach der Staatsumwälzung des Jahres 1918 ergangenen rechtskräftigen Urteil abweichen könne, wenn es mit den Vorschriften dieses Gesetzes unvereinbar sei. Die Sozialdemokratie beantragt die Streichung der Worte „nach der Staatsumwälzung des Jahres 1918 ergangenen werden“. Der Redner verweist auf die Tatsache, daß ein vom König von Preußen eingefetzter Reichsjustizrat die Herrschaft Schwedts den Hohenzollern zugesprochen habe, obwohl es sich um unzweifelhaftes Staatseigentum gehandelt hat. Es muß die Möglichkeit gegeben sein, dieses Urteil zu revidieren.

Abg. Lindner-Wildau (Dnat.) wendet sich gegen den Versuch, bereits rechtskräftig gewordene Urteile wieder aufzuheben. Es sei eine Zweckmäßigkeitsgesetzgebung, die hier getrieben werde. Der Redner stellt den Antrag, daß rechtskräftige Urteile, Schiedsprüche, Verträge, Vergleiche und Anerkenntnisse maßgebend bleiben sollen.

Abg. Rosenfeld (Komm.) wendet sich gegen jede Auseinandersetzung mit den Fürsten, ihr Vermögen müsse restlos enteignet werden. Wenn nicht ein so starker Terror auf dem Lande ausgeübt worden wäre, hätten noch mehr als 14 1/2 Millionen für die Enteignung gestimmt. Diese Bewegung werde nicht bei den Fürsten haltmachen, sondern weitergehen. (Lebhaftes Hört, hört rechts.)

Abg. Wunderlich (D. Bp.) ist dem Vorredner außerordentlich dankbar für die Offenheit, mit der er die kommunistischen Ziele enthüllt habe. Der Redner verteidigt den § 6, weil seine jetzige Fassung die einzige Möglichkeit für eine befriedigende Unterordnung zwischen Privat- und Staatseigentum gebe. Der sozialdemokratische Antrag widerspreche der ganzen Struktur des Gesetzes. Gegenüber den Deutschnationalen erklärt der Redner, daß der § 6 im Einvernehmen mit dem deutschnationalen thüringischen Finanzminister Klüchzner wie vorliegend verfaßt worden sei.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.)

stellt fest, daß das Urteil des Preussischen Justizrats, daß das Gut Schwedt-Bierad den Hohenzollern zugesprochen hat, auf die Erbfolgeordnung der Hohenzollern vom 19. Mai 1885 zurückgehe. (Hört, hört!) Soll etwa ein solches Urteil zu Recht bestehen, dagegen die Urteile nach der Staatsumwälzung von 1918 wieder aufgehoben werden?

Die von den Sozialdemokraten und Deutschnationalen gestellten Abänderungsanträge werden abgelehnt. Der § 5 wird mit den Stimmen der Regierungsparteien gegen die Kommunisten bei Stimmenhaltung der Sozialdemokraten und Deutschnationalen angenommen.

Die Abstimmung über den von den Deutschnationalen gestellten Antrag zu § 6 ist namentlich. Sie ergibt die Ablehnung mit 301 gegen 108 Stimmen.

Der § 6 wird mit den Stimmen der Regierungsparteien gegen die Kommunisten bei Stimmenhaltung der Sozialdemokraten und Deutschnationalen angenommen, § 7 gegen Deutschnationale und Kommunisten bei Stimmenhaltung der Sozialdemokraten.

Am 7 Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr mit der Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung, Zweite Beratung des von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Gesetzentwurfs zum Finanzausgleich, Bankgesetz, Beschäftigung schwangerer Frauen, Maßnahmen gegen die Hochwasserschäden.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hielt nach der Plenarsitzung eine Fraktionsitzung ab, in der sie sich mit der Zollfrage beschäftigte.

Die Gefrierfleischinfuhr.

Sozialdemokratischer Antrag auf Erhöhung des Kontingents.

Im Gegensatz zu den gesetzlichen Bestimmungen hat das Reichsernährungsministerium das Kontingent für die zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch nachträglich ermäßigt. Dadurch sind in der Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung große Schwierigkeiten entstanden. Um sie zu beseitigen, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen Antrag eingebracht, der verlangt, daß die zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch künftig in der Höhe zugelassen ist, die in der Zeit vom 1. Oktober 1924 bis 30. September 1925 eingeführt wurde. Der Antrag wird auch von einzelnen Mitgliedern der demokratischen und Zentrumsfraktion unterstützt.

Hakenkreuz und Staatsgebäude.

Eine Entscheidung des preussischen Staatsministeriums.

Die Deutschbundgemeinde in Nordhausen wollte das dortige städtische Gymnasium für einen Kummel der Hakenkreuzler zur Verfügung gestellt haben. Der Gymnasialdirektor Trittel erklärte jedoch, daß er die Aula des Gymnasiums zur Benutzung nicht hergebe, wenn das Hakenkreuz in der Aula als Ausschmückung oder sonstwie als Abzeichen gezeigt werde. Darob gebarnichte Beschwerde der Völkischen bei dem preussischen Kultusministerium. Die erfrischend deutliche Antwort des Ministers auf die Beschwerde lautet: „Das Staatsministerium billigt das Vorgehen des Studiendirektors des staatlichen Gymnasiums in Nordhausen. Wenn die Aula einer staatlichen höheren Schule an eine Vereinigung vergeben wird, die durch Führen des Hakenkreuzes sich dem Verdacht aussetzt, staatsfeindliche Bestrebungen zu verfolgen, so ist es Recht und Pflicht des Schulleiters, falls er dieser Vereinigung die Aula überhaupt überläßt, für Sicherungen zu sorgen, die Kundgebungen gegen die Republik in staatlichen Räumen verhindern.“

Bayerische Sparkassenaufwertung.

Wie in Preußen 12 1/2 Prozent.

München, 29. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die bayerische Regierung hat jetzt die Aufwertung der Sparguthaben in den öffentlichen Sparkassen angeordnet. Der Aufwertungssatz ist, wie in Preußen und Sachsen, einheitlich auf 12 1/2 Prozent des Goldmarkbeitrages festgelegt worden mit der Maßgabe, daß die aufgewerteten Guthaben nicht vor dem 1. Januar 1932 abgehoben werden dürfen. Die Verzinsung bis zu diesem Termin ist noch nicht festgelegt worden. Die Vermögensbestände der bayerischen Sparkassen betragen nach dem Stande vom 1. Januar 1918 über 1100 Millionen Goldmark, die durch die Inflation nahezu völlig vernichtet wurden. Der in Hypotheken angelegte Teil des Sparkassenermögens, der am 1. Januar 1914 über 50 Proz. betrug, war bereits am 1. Januar 1918 auf etwa 35 Proz. zurückgegangen. Hierfür ist beinahe die Hälfte in entwertetem Gelde zurückgezahlt worden und dadurch fast völlig verloren gegangen. Am 1. Januar 1914 hatten die bayerischen Sparkassen rund 30 Proz. ihrer Einlagen in Anleihen des Reiches, des Staates und des ungewöhnlichen starken Anteils der Kassen an der Kriegsanleihe auf 50 Proz. Aus der den Sparkassen durch die reichsgerichtliche Aufwertung zurückbleibenden Summe konnten die Kassen im günstigsten Falle 7 bis 8 Proz. Aufwertung gewähren. Um die 12 1/2 Proz. Aufwertung zu ermöglichen, werden voraussichtlich sehr erhebliche Zuschüsse durch Steuern aufgebracht werden müssen.

Kirchenaufsicht und Religionsunterricht.

An Hand eines Einzelfalles wurde in einer kleinen Anfrage eines sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten das Staatsministerium um Auskunft ersucht, ob es zutrefte, daß Kirchenaufsicht untrennbar vom Religionsunterricht sei.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst auf Grund der Antwort des preussischen Kultusministers mitteilt, ist nach den unter dem Ministerium haenisch ergangenen Bestimmungen, die noch heute in Geltung sind, die Teilnahme von Lehrern an kirchlichen Veranstaltungen außerhalb der Schule stets freiwillig. Zu den kirchlichen Feiern rechnen Gemeindegottesdienste, Prozessionen und andere Feiern, die nicht Veranstaltungen der Schule sind. Anders liegt es bei den Schulfeiern mit religiösem Charakter, zu denen auch die herkömmlich von der Schule veranstalteten Morgenandachten und Schulgottesdienste, auch Schulfestmessen, gehören, gleichgültig, ob sie in der Schule selbst oder in einer benachbarten Kirche, an Werk- oder Sonntagen stattfinden. Zur Teilnahme an diesen Schulfeiern können Lehrer, soweit sie nicht von der Erteilung des Religionsunterrichts befreit sind, verpflichtet werden. Soweit in dem erwähnten Einzelfalle die Verfügung des Stadtschulrats diesen Grundfragen nicht entspricht, ist ihre Abänderung veranlaßt worden.

dem Erwachsenen zittern, der ihn vermobeln kann, damit dereinst, so Gott es will, und die glorreiche wilhelminische Ära wiederkehrt, alle anderen Völker vor ihm das Zittern bekommen, das uns bekanntlich herrlichen Zeiten entgegengerührt hat. Darum her mit dem Stock zur Ertrüchtigung der preussischen Jugend!

Der Reisefoffer.

Von Karl Ettlinger.

Oberlehrer Zirbelspan wollte mit seiner Familie in die Sommerfrische reisen.

Irgendwohin, wo's nicht gar so teuer ist. Der Reisefoffer wurde vom Boden geholt, und Kleider, Wäsche, Stiefel, Bücher wurden hineingestopft. Dann bemühte sich Zirbelspan, den Deckel zu schließen, aber, der Koffer ging nicht zu. Es war zu viel drin.

Zirbelspan sann, ob man vielleicht dies und jenes herauslassen könne?

Doch nein, undenkbar! Und überhaupt: der Koffer mußte einfach zugehen!

Zirbelspan setzte sich auf den Deckel und konzentrierte sein ganzes Gewicht auf die in Betracht kommende Körperpartie — das Schloß schnappte nicht. — Er rief die Köchin herein und ließ sie neben sich Platz nehmen. — Erfolg negativ.

Er kommandierte seinen Sohn als Nummer drei auf den Koffer, — vergebene Liebesmühe.

Er zog seine Gattin, die gewichtigste Persönlichkeit der Familie, hinzu, — hurra, das Schloß! Aber die vier Wände des Koffers barstten. Friede seiner Asche! — Das war am ersten Ferientag.

Wier Wochen später stand Oberlehrer Zirbelspan wieder auf dem Katheder und lehrte Weisheit. Er hatte da einen Schüler in der Klasse, der ihm viel Kummer bereitete. Wir wollen ihn Meier nennen, denn erstens ist das ein neutraler Name, und zweitens heißt er wirklich so.

Dieser Meier hatte ein beachtenswertes Talent zum Zeichnen, aber gar kein Talent für alte Sprachen und Mathematik. Die gingen nicht in seinen Schädel und konnten nicht hineingehen.

Oberlehrer Zirbelspan aber preßte, schimpfte und prügelte sie hinein. Mit wüthender Entschlossenheit. Sie mußte ein einfach hinein.

Er hatte eben nichts, aber auch gar nichts aus dem Erlebnis mit dem Reisefoffer gelernt.

Ausgrabung des größten antiken Tempelbezirks in Deutschland.

Zur Erforschung der spätromischen Kaiserresidenz und frühchristlichen Bischofsstadt Trier ist vor kurzem eine Kommission ins Leben getreten, deren Arbeiten durch Mittel vom Reich, von Preußen und der Provinz gefördert werden. Die erste Aufgabe dieser Kommission wird in der Untersuchung eines im Altachtal neu gefundenen Tempelbezirks aus der römischen Kaiserzeit bestehen. Wie der Leiter der Grabungen, Dr. Siegfried Völsche, in der Leipziger „Illustrierten Zeitung“ ausführt, handelt es sich hier um die größte Anbauung von Tempeln, die man bisher an einem Fleck in Deutschland angetroffen hat. Das Grabungsgelände, das durch Ueberschüttung mit einem gewaltigen Straßendamm gefährdet ist und daher rasch aus-

gebeutet werden muß, liegt innerhalb der Stadtmauer der römischen Residenz in nächster Nähe des Kaiserpalastes und Amphitheaters an der Peripherie der sich ausdehnenden heutigen Stadt. Obwohl eine Begrenzung des Bezirks noch nicht gefunden ist, sind schon über zwanzig Tempel und Kapellen festgestellt. Besonders wichtig ist bei diesem Tempelbezirk, daß nicht in erster Linie italisch-römische Götter, sondern einheimische Gottheiten verehrt wurden, so der auf seinem Kopf durch die Lüfte drausende Himmelsgott, der stiergestaltige Wassergott, der Gott Granus und ein bisher unbekannter Gott Vindis. Daneben betete man zu zahlreichen Mutter- und Segensgöttinnen, von denen Statuen gefunden sind. Der Tempelbezirk, der seit dem ersten christlichen Jahrhundert stand, ist im 4. Jahrhundert zerstört worden, vielleicht von Christen, da Trier damals bereits Bischofsstadt war.

Das Seelenleben der Lokomotive. Ist es zu verwundern, daß man im technischen Zeitalter auch aus dem mechanischen Värm der Maschinen, nur weil er den Urgrund aller Musik, den Rhythmus, in sich trägt, Musik heraushören will? Als neueste musikalische Erfindungshandlung künden Pariser Zeitungen ein Orchesterwerk an, das das „Seelenleben“ einer Lokomotive ausdrückt. Der Komponist — der seinen inneren Drang zu dieser Schöpfung dadurch erklärt, daß er von jeder Lokomotive leidenschaftlich geliebt habe, wie andere Sterbliche Frauen und Pferde — hat sämtliche, allerdings etwas geräuschvollen Gemüthsäußerungen einer schönen Lokomotive verteilt: Zischen und Brausen, Anfahren mit dem schweren Schnellzug, die nächtliche Jagd mit 90 Kilometern Stunden tempo usw. Darin hat dieser Franzose übrigens nichts Neues gebracht, denn Arthur Honegger hat sich schon früher durch ein ähnliches Opus den originalen Beinamen „Lokomotivkomponist“ erobert. England besitzt dagegen einen eigenen „Dampferkomponisten“, Eugen Goossens, der drei Orchesterpräliminien „Schiffe“ geschrieben hat, in denen er einen „Schlepper“, ein Vaktboot und noch ein anderes „Schiff“ musikalisch vor die Ohren führt.

Die Weltzeugung an Petroleum. Die Produktion an Petroleum hat in den letzten beiden Jahren 1924 und 1925 eine riesige Zunahme erfahren, obwohl sie noch immer der Nachfrage kaum genügt. Sie ist nach der neuesten Statistik von 52,8 Millionen Barrels im Jahre 1913 auf 140,8 Millionen 1924 gestiegen. Ein Barrel ist gleich 42 Gallonen zu 2,85 Kilogramm. Die amerikanische Erzeugung hat sich seit 1913 verdreifacht und betrug 1924 714 000 Barrels, 1925 758 000 Barrels, die mexicanische hat sich verdreifacht und betrug 1925 über 115 000 Barrels. Rußland lieferte 1924 über 40 000, 1925 48 000 Barrels. Dann kommen Persien mit 35 000, Niederländisch-Indien mit 21 000, Venezuela mit 20 000, Rumänien mit 15 000, Peru mit 8 000, Indien mit 8 000, Polen mit 5 500, Argentinien mit 5 000, Borneo mit 4 200, Trinidad mit 4 000 und Japan mit 2 000 Barrels.

Die Staatsoper hat mit Richard Tauber einen neuen dreijährigen Vertrag abgeschlossen.

Der Minister gegen die Polizeienur. Eine Eisenleiter Wäbne beschuldigte Kaufmanns „Kochellen Weinberg“ anzufrören. Der Polizeipräsident hatte jedoch die Aufführung verboten wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung. Das Verbot der Aufführung ist jetzt aber durch den Minister des Innern aufgehoben worden.

Die Regierungserklärung Briand-Caillaux'.

Schwere Enttäuschung und kühle Aufnahme. — Vertagung der Diskussion.

Paris, 29. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierungserklärung, die Briand am Dienstag vor einer vollzähligen Versammlung und gespannt lauschenden Kammer mit überfüllten Tribünen verlas, hat das Parlament unlegbar enttäuscht. Man hatte nach den großen Hoffnungen, mit denen Caillaux als Finanzminister begrüßt worden war, in der Programmrede der neuen Regierung die Ankündigung wirkungsvollerer Maßnahmen erwartet. Caillaux hatte diese Hoffnungen auch nicht beschwichtigt und schien es ganz gern zu sehen, als „Ketter“ Frankreichs in schwerer Zeit begrüßt zu werden. Eine dem Finanzminister genehme Presse hatte sogar verbreitet, die Regierungserklärung werde die Form eines Manifestes „An die Nation“ annehmen.

Statt dessen hörte man von der Kammertribüne die Verteilung des Programms einer Durchschnittsregierung. Von den außergewöhnlichen Mitteln, um außergewöhnlichen Zeitumständen zu begegnen, enthielt sie nichts. Die Maßnahmen, die die Regierung Briand-Caillaux zur Finanzsanierung ankündigt, sind alle, zum Teil bereits verbrauchte oder aufgeführte Klischees, von denen man zum mindesten sagen muß, daß sie das Parlament im gegenwärtigen Augenblick weniger als je erwartete. Die Enttäuschung war grauam: der Bellschall war mit ironischen Zwischenrufen gemischt. Die Mehrheit, die Briand zum Schluß für die Vertagung der Finanzdebatte zusammenbrachte, spiegelt diese enttäuschten Hoffnungen sichtbar wider, und wenn es Caillaux nicht gelingt, mit seinem Finanzprogramm, das er in einigen Tagen einbringen will, mehr und neueres zu bringen als in der dürftigen Regierungserklärung, die übrigens beinahe völlig sein Werk ist, so dürfte das zehnte Ministerium Briand oder mindestens sein Finanzminister nicht all weit kommen; denn die Kammer gab in ihrer Abstimmung deutlich zu verstehen, daß sie die Vertagung der Interpellationen über die Finanzpolitik nur als eine Verlängerung einer kurzen Gnadenfrist ansieht.

Der Wortlaut der Erklärung.

Paris, 29. Juni. (W.T.B.) Die Regierungserklärung, die heute vom Ministerpräsidenten Briand in der Kammer und vom Justizminister Laval im Senat verlesen wurde, betont, daß nach einer Krise, deren Charakter und Dauer dazu beigetragen habe, den Ernst der Finanzprobleme und die Notwendigkeit ihrer dringlichen Lösung vor Augen zu führen, die Politik der Regierung klar vorgezeichnet sei. Die Zusammenfassung des Kabinetts sei ein Beweis dafür, daß es jede

politische Erwägung in den Hintergrund

stelle und sich von dem Geist der weitestgehenden nationalen Versöhnung leiten lasse. Der glückliche Abschluß der Marokkokrise und die Erledigung der militärischen Operationen in Syrien werde es Frankreich ermöglichen, sich ganz dem Werk des finanziellen Wiederaufbaus zu widmen. Dank der Bemühungen der früheren Finanzminister sei das Budgetgleichgewicht, die Vorbedingung jedes ernstlichen finanziellen Wiederaufbaus, sichergestellt. Aber wenn auch die Ausgaben durch die Einnahmen gedeckt seien und wenn der Wille zur strengen Sparpolitik in der ganzen Staatsverwaltung zu der Hoffnung berechtige, daß man den Steuerzahler nicht aufs neue zu beträchtlichen Leistungen heranziehen müsse, so scheine es doch notwendig, das System, dessen Schwächen die Erfahrung habe hervortreten lassen, zu reformieren. Es sei notwendig, vor allem den Satz der allgemeinen Einkommenssteuer und die Steuer auf die Uebertragung mobiler Werte zu ermäßigen. Ein Ausgleich dafür werde in einer neuen Staffelung der Steuerlätze und dadurch gefunden werden, daß das bisherige verwickelte und in seiner Wirkung illusorische Kontrollsystem durch eine geeignetere und biegsamere Art der Ueberwachung ersetzt werde.

Diese Maßnahmen würden zur Folge haben, daß die Steuern besser eingingen und dazu beitragen, den Sparern Vertrauen einzuflohen. Dadurch werde die Anlage der Gelder zu produktiven Zwecken im Inland und das

Jurückfließen des ausgewanderten Kapitals

herbeigeführt werden, ohne das die durch den Krieg entstandenen Lücken nicht ausgefüllt werden könnten. Aber das sei erst der Auftakt in dem Werke. Der Budgetausgleich und die Umstellung des Steuersystems würden ihre Bedeutung verlieren, wenn die ständige Bedrängnis des Schatzkammern dem Staate weiterhin Schwierigkeiten bereite und wenn man nicht

entschlossen an das Problem der Währungsanierung herangehe.

Man dürfe sich zunächst nicht verhehlen, daß ernste Schwierigkeiten, über die das Parlament vollständig unterrichtet werden würde, dem Schatzamt jede Bewegungsfreiheit nehmen und eine ständige Bedrohung für das Leben der Nation darstellen. Die Regierung sieht indessen nicht an zu erklären, daß sie zu ihrer Lösung in keiner Form und in keinem Fall die geringste Verletzung der vom Staate übernommenen und für heilig erachteten Verpflichtungen vorschlagen werde. Die Regierung werde auf Grund des Finanzsachverständigenplanes, dessen große Linien sie in Uebereinstimmung mit den allgemeinen Anschauungen ihrer Finanzpolitik wisse, dem Parlament die Maßnahmen vorschlagen, die ihr geeignet erschienen, um die kurzfristigen Verpflichtungen zu stillen und das Schatzamt wieder in eine normale Lage zu bringen.

Es komme alles darauf an, den ständigen Rückgang des Frankens aufzuhalten. Ihm die Schranke angemessener Konvertierungsmöglichkeiten entgegenzusetzen und auf der Grundlage neuer, aber fester Wertverhältnisse für das geschäftliche und das private Leben die Sicherheit wiederherzustellen, die Möglichkeit zu normalen Kalkulationen zu schaffen und die angemessene Vergütung für Arbeit und Kapital wieder zu gewährleisten. Die Regierung bedenke den auftauchenden Schwierigkeiten durch eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Notenbank entgegenzutreten. Es verstehe sich von selbst, daß die Unabhängigkeit der Notenbank auch weiterhin gewissenhaft geachtet werden und daß ihr Kredit von dem des Staates getrennt gehalten werden müsse. Andererseits wisse die Regierung, daß zur praktischen Durchführung des angestrebten Zieles

internationale Hilfe nicht entbehrlich

sei, aber die Regierung werde keinesfalls zulassen, daß die uneingeschränkte Souveränität des Landes auch nur im geringsten beeinträchtigt werde. Die Regierung verhehle sich andererseits nicht, daß die Regelung der interalliierten Schulden eine der notwendigen Stützen für eine feste und angemessene Stabilisierung sei. Das Parlament werde bald Gelegenheit haben, sich zu dieser Frage zu äußern, und die Regierung werde bemüht sein, ihm das gesamte diesbezügliche Material vorzulegen. Die Ratifizierung der Gesamtheit der französischen ausländischen Schulden müsse Hand in Hand gehen mit der Gewißheit, daß die Regierung über die unerlässlichen Mittel zur Herbeiführung einer Währungsverfüge, die, ohne zusammenzubrechen, die von Frankreich geforderten Zahlungen ausfallen könne.

Ueber die außenpolitische Lage führt die Regierungserklärung aus, die internationale Lage Frankreichs sei gut, sie gelte von nun an, mit Vorsicht

unter gleichzeitiger Verringerung der militärischen Kosten

das Werk der Anpassung der Bedingungen der Sicherheit Frankreichs an die neue Lage durchzuführen.

Die französische Regierung wolle die Kontinuität der von den vorhergehenden Regierungen eingeleiteten Politik des Friedens und des Gleichgewichts sichern. Sie werde es sich angelegen sein lassen, die Bande, welche sie mit den befreundeten und alliierten Staaten verbinden, möglichst fester zu knüpfen. Sie werde die mit verschiedenen Völkern Europas im Geiste des Völkerbundes abgeschlossenen politischen und wirtschaftlichen Abkommen zu kräftigen und auszudehnen suchen. Durch Schiedsgerichtsabkommen, die unablässig vermehrt werden sollen, werde sie sich bemühen, auf dem Boden des Rechtes die friedliche Beilegung von Konflikten, die früher zu Kriegen führten, zu erreichen.

Auf innerpolitischem Gebiete spricht sich die Regierungserklärung für die beschleunigte Wiedereinführung der Arrondissementswahlen aus und erklärt, daß im übrigen die

allgemeinen Linien der Politik der neuen Regierung dieselben bleiben

wie die der vorhergehenden Regierung. Die Regierung fordert das Parlament auf, ihm mit seinem Vertrauen die nötigen Befugnisse und Mittel zu gewähren.

Briand beantragt Vertagung. — Geschäftsordnungsdebatte und Zwischenfälle.

Nach der Verlesung der Programmrede beantragte Briand die Vertagung der 23 eingebrachten Interpellationen auf nächsten Dienstag. Dagegen erhob der Kommunist Cahin Widerspruch, ebenso wandte sich unter starkem Beifall der gesamten Linken namens der Sozialisten Genosse

Léon Blum

gegen die Vertagung auf Dienstag und beantragte, daß die Diskussion bereits am Donnerstag beginne, da die Regierung gar keinen Grund habe, gewisse an sie gerichtete Fragen nicht zu beantworten. Man müsse, so führte laut W.T.B.-Bericht Blum aus, wissen, welche Politik das Schatzamt einschlagen wolle, und ob es die Inflation in jeder Form ablehne. Seine Partei werde nicht nur die Abkommen von Washington in ihrer augenblicklichen Form bekämpfen, sondern auch jede innere und äußere Anleihe. Das Land müsse seine Währung mit eigenen Mitteln aufrecht erhalten und die notwendigen Opfer hierfür aufbringen. Seine Partei vertrete den Standpunkt, daß keine dauerhafte Stabilisierung erzielt werden könne, wenn ihr nicht eine Deflation vorangehe, die durch die

Abgabe vom Kapital

herbeigeführt werden müsse.

Namens der Radikalen stimmte dann der Abg. Dabiez zwar der Vertagung der Diskussion der Interpellationen zu, erklärte aber, daß seine Partei der jetzigen Regierung keine Blankovollmacht geben könne. Was in der Regierungserklärung enthalten sei, habe er nicht vollkommen verstanden. Seine Partei wüßte nicht, daß man sie zwingen, die Schuldenabkommen in einem Schnellzugstempo zu verabschieden. Wenn seine Partei nur auf die Vergangenheit Rücksicht nehmen würde, würde sie einer Regierung, der Briand nahestehe, das Vertrauen verweigern müssen. Seit dem 2. Dezember vorigen Jahres habe Briand Opfer verlangt, aber nichts Tatsächliches durchgeführt. Glücklicherweise gehöre Caillaux der neuen Regierung an.

Nach der Erklärung der Interpellanten entstand ein Zwischenfall, als Tardieu von der Regierung die bindende Zusage forderte, daß bis zum kommenden Dienstag keine Verhandlungen über den Abschluß einer Anleihe im Ausland erfolgen. Briand antwortete in schneidendem Ton, wenn man ihm (Tardieu) eine derartige Frage, die seine persönliche Würde berühre, stelle, dann würde er kein antworten. Dies sei auch seine Antwort.

Tardieu erwiderte: Ich habe eine Frage gestellt, die nichts zu tun hat mit der Würde der Regierung. Ich als Abgeordneter habe das Recht, zu verlangen, daß die Regierung erklärt, daß sie die Verhandlungen über die von Paris vorbereitete Eröffnung von Krediten im Ausland mit der Garantie der Bank von Frankreich nicht zum Abschluß bringt.

Briand antwortete: Wenn ich gefordert habe, daß die Interpellationen verlegt werden, habe ich das nicht getan, um die Regierung zur Unzulässigkeit zu verurteilen. Die Regierung wird das Parlament nicht vor eine vollendete Tatsache stellen, sich aber auch keiner ihrer Prärogativen begeben.

Die Vertagung beschlossen.

Schließlich wurde die von der Regierung beantragte Vertagung der Diskussion der eingebrachten Interpellationen mit 292 gegen 130 Stimmen bei etwa 160 Stimmenthaltungen angenommen.

Eine volle Woche hat die Regierung Briand-Caillaux benötigt, um ihre programmatische Erklärung auszuarbeiten. Der Inhalt des jetzt vorliegenden Dokuments steht aber in keinem Verhältnis zu der geheimnisvollen Wichtigkeit der offiziellen Pariser Stellen. Das Wort „In der Kürze liegt die Würze“ trifft nicht immer zu. Auch eine kurze Programmrede kann inhaltslos sein. Und wir fürchten, daß man in Frankreich und auch anderswo durch die allzu allgemeinen Redewendungen dieser Programmrede stark enttäuscht sein wird. Denn was darin an positiven Maßnahmen angekündigt wurde, ist entweder nichtsagend oder es fordert zur Kritik heraus. Die Regierung geht davon aus, daß der Etat bereits ins Gleichgewicht gebracht wurde. Das ist aber eine pure Fiktion. Denn der Etat ist im April bei einem Währungsstand des englischen Pfundes von 130 verabschiedet worden und inzwischen ist das Pfund auf 170 gestiegen. Die Steuereingänge sind jetzt um so viel entwertet, aber die Ausgaben sind infolge der Teuerung und der dadurch unvermeidlichen Beamtenszulagen usw. gestiegen. Diese einfachen Tatsachen zu leugnen, ist eine gefährliche Vogelstraußpolitik.

Besonders bedenklich muß aber die Ankündigung einer Herabsetzung des allgemeinen Satzes der Einkommensteuer „zur Beruhigung der Sparer“ klingen. Gerade in Frankreich ist dieser Satz viel niedriger als in Deutschland oder England.

Zur Schaffung eines Goldfonds als Grundlage der Stabilisierung hätte man umgekehrt eine Erhöhung dieses allgemeinen Satzes erwartet. Ob dafür ein wirklicher „Ausgleich“ durch eine neuere Staffelung der Sätze und durch eine Vereinfachung des Kontrollsystems erreicht werden kann, muß bezweifelt werden. Jedenfalls zeigt die neue Regierung, daß sie die Lösung der Währungsfrage und die Stabilisierung nicht auf dem Wege einer schärferen Heranziehung des Besizes, sondern mit anderen Mitteln zu erreichen gedenkt: sie will die Bank von Frankreich, deren Leiter sie soeben ersetzt hat, dazu zwingen, ihren Gold-

bestand für eine sofortige Stützungsaktion einzusetzen. Das ist an sich richtig, und wahrscheinlich wäre Deutschland das Inflationschaos von 1923 erspart geblieben, wenn sich Havenstein im Herbst 1922 nicht hartnäckig geweigert hätte, das Gold der Reichsbank der Regierung Birth zur Verfügung zu stellen, als diese schon damals eine Stabilisierung der Mark plante. Außerdem hofft Caillaux auf ausländische, d. h. amerikanische und englische Hilfe. Aber der brennenden Frage der Ratifizierung des Washingtoner Schuldenabkommens ist er sorgfältig ausgewichen, weil rechts und links ein starker Widerstand gegen die Genehmigung des Schuldenabkommens Wilson-Berenger, wenigstens in seiner jetzigen Fassung, vorhanden ist. Aber selbst wenn Caillaux von den in Paris angewandten amerikanischen und englischen Finanzgrößen Strong und Montagu Norman die gewünschten Zusicherungen erhalten haben sollte, so wird diese ausländische Kredithilfe auf die Dauer ebensowenig die Stabilisierung sichern können wie die Einsetzung des Goldbestandes der Bank von Frankreich: als notwendige und gleichzeitige Ergänzung braucht Frankreich ein wirkliches Steueropfer des Besizes. Aber da die Regierungserklärung überhaupt nichts darüber enthält, so begreift man es, daß die Sozialisten ihr das Vertrauen nicht aussprechen wollen.

Arbeitszeitdebatte in England.

London, 29. Juni. (W.T.B.) Das Unterhaus setzte heute die zweite Lesung der Vorlage über die achtstündige Arbeitszeit im Kohlenbergbau fort. Der Unterstaatssekretär für das Bergwesen, Lane Fox, der zunächst das Wort ergriff, wurde während seiner Rede fortgesetzt von der Arbeiterpartei durch ironische und feindselige Kundgebungen unterbrochen, die stellenweise so stürmisch wurden, daß der Sprecher wiederholt eingreifen mußte.

Wheatley (Arbeiterpartei) erklärte, dies sei das erste Mal, daß die britische Regierung offen und endgültig Partei in einem industriellen Streit ergriffen habe. Baldwin sei der reaktionärste Staatsmann, den es im Zeitalter der Industrie überhaupt gegeben habe.

Im weiteren Verlauf der Debatte erklärte ein konservativer Redner, daß auch bei Annahme der Vorlage die Stellung der Bergleute in England besser sein würde, als die der Bergleute auf dem Kontinent.

Der Führer der Arbeiterpartei, MacDonald, führte aus, die Regierung habe nicht bewiesen, daß die Vorlage zur Lösung des Bergarbeiterproblems beitrage. Da die Zahl der Unfälle mit der Ermüdung der Bergleute zunehme, sei der achtstündige Arbeitstag für Leben und Gesundheit der Bergleute gefährlicher als der siebenstündige.

Die belgischen Eisenbahnen.

Privatgesellschaft mit fünf Sechsteln Staatsstimmen.

Brüssel, 29. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die belgische Eisenbahngesellschaft soll schon in wenigen Wochen gegründet sein. Das Kabinettsmitglied Francaix ist der Auffassung, daß dem Staat dadurch 10 Milliarden Franken festverzinslicher Wertpapiere, die daneben noch eine geringe variable Dividende einbringen, beschafft werden. Diese 10 Milliarden sollen für die Tilgung der schwebenden Schuld verwendet werden und eine allmähliche Stabilisierung der belgischen Währung ermöglichen. Der Staat behält sich, wie bekannt wird, fünf Sechstel der Stimmen in Verwaltungsrat der Eisenbahngesellschaft vor. Eine Erhöhung der Eisenbahntarife scheint allerdings unvermeidlich.

Attentatsprozess in Angora.

Gegen die Oppositionsabgeordneten.

Angora, 29. Juni. (W.T.B.) Der Andrang des Publikums zu dem Prozess gegen die Urheber des geplanten Attentats auf Mustafa Kemal Pascha ist sehr groß. Der frühere Abgeordnete von Jassan, Zia Hurchid, legte ein wichtiges Geständnis ab. Er erklärte, die Vorbereitungen zu dem Attentat reichten mehrere Monate zurück. Ursprünglich sei beabsichtigt gewesen, es in Angora auszuführen und dann in Brussa während der Reise des Präsidenten der Republik. Im Hinblick auf einige Schwierigkeiten seien die Verschwörer davon abgekommen. Sie hätten sich schließlich für Smyrna entschieden. Zia Hurchid äußerte sich darauf über die Beteiligung des Abgeordneten von Ismid, Schütri, des Abgeordneten von Etschkebir, Oberst Arif, ferner des früheren Gouverneurs von Angora, Abdul Radir. Hurchid sagte, der Leiter des Komplotts sei Schütri Bey gewesen. Der Angeklagte Ismail Jussuf bestätigte die Angaben Hurchids.

Die rheinischen Windthorst-Bünde nahmen in einer Provinzialtagung in Cleve zu den politischen Ereignissen der letzten Wochen Stellung. Von der Zentrumsparteileitung wurde verlangt, daß in Zukunft zur Vermeidung von Gegensätzlichkeiten innerhalb der Partei eine klare Linie in der Zentrumspolitik und Ausgabe und Befolgung einheitlicher Lösungen herzustellen seien. Der Weg müsse freigemacht werden für eine christliche, demokratische und soziale Volkspartei.

Der Ausschuss für die Ausschmückung des Reichstagsgebäudes befahte sich am Dienstag mit der Ausstellung einer Büste des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert. Es wurden in den Nischen der Stuppelhalle Büsten zur Probe aufgestellt. Bestimmte Beschlässe sind noch nicht gefaßt.

Unerwünschte Vermittlung.

Ein Brief Hermann Müllers.

Der Kuzynski-Ausschuss erwirbt sich das Verdienst, den folgenden Brief, den Genosse Hermann Müller in Beantwortung einer an den Parteivorstand gerichteten Einladung geschrieben hat, der Presse zur Veröffentlichung zu übermitteln:

Auf Ihren werten Brief wegen Abhaltung gemeinsamer Versammlungen mit den Kommunisten und dem Reichsausschuss erwidere ich Ihnen für den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, daß wir es ablehnen, an Verhandlungen, die ein solches Zusammengehen zum Ziele haben, teilzunehmen. Die kommunistischen Agitationsmethoden haben der Bewegung zur entscheidungslosen Entzweiung der Parteien auf das schwerste geschadet. Wenn die Kommunisten nicht so verantwortungslos ihre Agitation betrieben hätten, wäre es sicher möglich gewesen, mehrere Millionen Stimmen mehr aufzubringen.

Das Einladungsschreiben, auf das diese Antwort erging, war auch dem Vorstand des ADGB. zugegangen, der jedoch, wie der Ausschuss mitteilt, überhaupt nicht antwortete.

Gewerkschaftsbewegung

Der Kampf um den Achtstundentag.

Beschlüsse der Internationalen Gewerkschaftskonferenzen.

(N.B.) Der Kampf um eine Verkürzung der Arbeitszeit hat bei den Gewerkschaften aller Länder stets im Vordergrund gestanden und es ist daher selbstverständlich, daß auch die gewerkschaftliche Internationale sich mit dieser Frage beschäftigen mußte. Zunächst geschah dies auf der Amsterdamer Konferenz (1905), der folgender Antrag der dänischen Landeszentrale vorlag:

„Die Konferenz beschließt, durch das Internationale Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen im Jahre 1905 eine

Untersuchung über die Länge der Arbeitszeit

in den verschiedenen Ländern vorzunehmen. Das durch die Untersuchung gewonnene Material ist den Landeszentralen in den drei Hauptsprachen in gewöhnlicher Weise Anfang 1906 zuzustellen.“

Dieser Antrag gab Anlaß zu einer eingehenden Besprechung und wurde als der wichtigste bezeichnet, der der Konferenz vorlag. Gleichzeitig wurde indessen auf die Schwierigkeit der Durchführung hingewiesen und vor übertriebenen Hoffnungen gewarnt. Vor allem verlangte der Internationale Sekretär, daß der Termin der Untersuchung um ein Jahr verschoben würde, um die Möglichkeit sorgfältiger Vorbereitung zu haben und einheitliche Fragebogen ausarbeiten zu können. Unter Hinausschiebung um ein Jahr wurde dann der Antrag Dänemarks angenommen. Der

Konferenz in Kristiania (1907)

lag ein von Belgien entworfener Fragebogen vor, der zwar Anerkennung fand, aber als zu kompliziert bezeichnet wurde. Es würde eine ungeheure Arbeit sein, ohne daß etwas Ganzes zustande käme; man habe sich in Amsterdam die Arbeit zu leicht gedacht. Dabei wurde auch vom schwedischen Vertreter der Meinung Ausdruck gegeben, daß es eigentlich Aufgabe der Regierungen wäre, eine solche Erhebung vorzunehmen. Unter grundsätzlicher Festhaltung am Amsterdamer Beschluß wurde dieser dahin geändert, daß die Landeszentralen aufgefordert wurden, die „bestmöglichen“ Aufforderungen über die Dauer der Arbeitszeit in ihrem Lande zu geben.

Der Pariser Konferenz (1909)

lag ein dänischer Antrag vor, der darauf Bezug nahm, daß die dänischen Gewerkschaften die Absicht hatten, Forderungen auf Herabsetzung der Arbeitszeit zu stellen, selbst mit der Gefahr vor Augen, daß die Durchführung dieser Forderung einen großen Kampf im Gefolge haben könne, der die ökonomische Unterstützung der Gewerkschaften der anderen Länder nötig mache. Ob diese Unterstützung gewährt werden könne, sollte auf dem Wege eines vertraulichen Zirkulars festgestellt werden.

Mit der Frage der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit hängt die gesetzliche Regelung der Heimarbeit eng zusammen; daher wurde ein weiterer von Belgien gestellter Antrag angenommen, der eine baldige gesetzliche Regelung der Heimarbeit verlangte, wobei aber als eigentliches Ziel die Abschaffung der Heimarbeit bezeichnet wurde und

Die Konferenz in Budapest (1911)

beauftragte den Internationalen Sekretär, Material über die Heimarbeit zu sammeln und den Landeszentralen Bericht zu erstatten. Die Budapestener Konferenz nahm auch eine Resolution gegen die Nachtarbeit an und forderte die Arbeitervertreter in allen Parlamenten auf, ein gesetzliches Verbot der nicht unbedingten notwendigen Nachtarbeit zu verlangen.

Die letzte Internationale Konferenz vor dem Ausbruch des Weltkrieges, 1913 in Zürich, nahm nach einer kurzen Besprechung einstimmig den nachstehenden, von der schwedischen Landeszentrale gestellten Antrag an:

„Die Konferenz ersucht dringend die Arbeitervertreter der Parlamente der verschiedenen Länder, daß sie, wo es nicht schon geschehen ist, demnächst Entwürfe einbringen resp. erneuern auf

Verbot der Nachtarbeit

für diejenigen Arbeiterkategorien und Industriezweige, in denen nicht dringende Umstände dieselbe notwendig machen, und daß sie gleichfalls Entwürfe einbringen auf Einführung des gesetzlichen Achtstundentages.

Um einen Überblick über die Behandlung dieser Fragen in den verschiedenen Körperschaften der verschiedenen Länder zu gewinnen, werden die Vorstände der angeschlossenen Landesorganisationen der verschiedenen Länder aufgefordert, in ihren Jahresberichten an das Internationale Sekretariat Mitteilungen über die Behandlung dieser Anträge und über den Verlauf der Verhandlungen in den verschiedenen Ländern zu liefern.“

Da der Weltkrieg das zwischen ihm, dem Internationalen Gewerkschaftsbund (diesen Namen hatte das bisherige „Internationale Sekretariat“ auf der Züricher Konferenz erhalten) die verlangten Mitteilungen nicht zugegangen und die weitere Bearbeitung dieser für die internationale Arbeiterschaft so wichtigen Frage geriet ins Stocken.

Auf ihre Beantwortung auf den späteren vom Internationalen Gewerkschaftsbund einberufenen Konferenzen und Kongressen wird in einem späteren Artikel eingegangen werden.

Joh. Sassenbach,

Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Hochwassergeschädigte Arbeiter.

Die Mitgliedschaft der Binnenschiffer des Berichtsverbandes schreibt uns: Durch das Hochwasser der Elbe und Oder müssen die bei der Reichswasserstraßenverwaltung beschäftigten Unterhaltungsarbeiter aussetzen. Nach langem Winter und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit verhinderte das Frühjahrshochwasser entweder die Einstellung oder die beschäftigten Arbeiter mußten aussetzen. Die wiederholten Hochwasserwellen in diesem Jahr verschlimmerten die Situation. Die Unterhaltungsarbeiter der Reichswasserstraßenverwaltungen hatten bereits eine lange Arbeitslosigkeit hinter sich und müssen nun infolge des Hochwassers weiterhin mit einer längeren Arbeitslosigkeit rechnen, wenn hier nicht durch Arbeitsbeschaffung eingegriffen wird.

Die Not bei den Unterhaltungsarbeitern ist groß und ist auch hier die Hilfe des Reiches absolut erforderlich. Wir bitten deshalb den Herrn Reichsverkehrsminister, seine Dienststellen anzuweisen, die Unterhaltungsarbeiter zu beschäftigen. Arbeitsmöglichkeit wird vorhanden sein. Beschäftigung ist dringend erforderlich. Obgleich wir die Notlage der Unterhaltungsarbeiter bereits vor 14 Tagen persönlich im Reichstag vorgetragen haben, ist uns von irgend welchen Maßnahmen nichts bekannt. Es scheint, als wenn die Not der Arbeiter nicht genügend erkannt und gewürdigt wird.

Wir verweisen die Fraktion der SPD. auf die Notlage dieser durch das Hochwasser geschädigten Arbeitergruppe und bitten bei Behandlung ihres Antrages für die Hochwassergeschädigten im Reichstag auch die Unterhaltungsarbeiter der Reichswasserstraßenverwaltung zu berücksichtigen.

Die Adressenschreiber gegen ihre Ausbeutung.

Der Beiz für die Arbeitgeber in den Berliner Adressenschreiberverlag blüht. Auf der Straße liegen Tausende von Angestellten, die bei der Erwerbslosenfürsorge entweder ausgesteuert oder nicht bezugsberechtigt sind und infolgedessen vor dem Verhungern stehen. Dieser Umstand kommt den Adressenschreibern zugute. Sie haben Auswahl unter diesen Angefallenen, die sich natürlich gegenseitig unterbieten. Und so werden diejenigen, die zum Adressenschreiben herangezogen werden, in maßloser Weise ausgebeutet. Werden diese Angestellten im Zeitlohn beschäftigt, so beträgt ihre Entlohnung 35 bis 40 Pfennige pro Stunde. Beim Akkordlohn werden für je 1000 Adressen von 2,75 Mark an aufwärts gezahlt. Soll auch nur das

13.—18. Sept.: Internationale gewerkschaftl. Agitationswoche

19. September:

Vierteljahrhundertfeier der international. Gewerkschaftsbewegung

Existenzminimum verdient werden, so muß es sich um außerordentlich günstiges Adressenmaterial handeln. Im Durchschnitt werden wöchentlich etwa 10 Mark „verdient“. Doch dieser Verdienst kommt nur so zustande, daß die Rache und die Feiertage durchgearbeitet wird und daß die Familienangehörigen sich zum Teil an dieser Schreibarbeit beteiligen.

In wie rücksichtsloser und brutaler Weise die Arbeitgeber die Angestellten ausnützen, geht aus der Ausrufung eines Arbeitgebers vor dem Schlichtungsausschuß hervor, der schmunzelnd berichtete, daß er früher das Personal außerordentlich stark gewechselt habe, weil jeder naturgemäß sich möglichst nach besserer Arbeit umseh. „Heute aber“, so fügte er hinzu, „ist es glücklicherweise anders. Heute haben wir ein gewisses Stammpersonal, das lange bei uns bleibt.“

Daß die gesetzlichen Schutzbestimmungen für die kaufmännischen Angestellten von diesen Firmen nicht berücksichtigt werden, vertritt sich bei dieser Art von Arbeitgebern nahezu am Rande, so daß es notwendig ist, die Rechte der Angestellten in dieser Beziehung vor dem Kaufmannsgericht wahrzunehmen.

Die Einstellung der Arbeitgeber ist treffend gekennzeichnet durch eine Ausrufung, die ein solcher Arbeitgeber anlässlich der zahlreichen Klagen, die vom Zentralverband der Angestellten gegen ihn anhängig gemacht werden mußten, eines Tages vor dem Kaufmannsgericht machte: „Es geht doch aber nicht, daß ich in einer Woche fünfmal verurteilt werde.“ Aber es ging doch, denn auch die Angestellten bekommen manchmal vor dem Kaufmannsgericht ihr Recht.

Am Sonnabend, den 26. Juni, fand eine vom Zentralverband der Angestellten einberufene und gut besuchte Versammlung der Angestellten der Berliner Adressenschreiberverlaganstalten statt. Die gut verlaufene Versammlung endete mit der einstimmigen Annahme der folgenden Resolution:

„Die verarmten Arbeitnehmer der maßgebendsten Berliner Adressenschreiberverlaganstalten erheben schärfsten Protest gegen die Ausbeutung, der sie durch ihre Arbeitgeber unterworfen sind.“

Die hier in Frage kommenden Arbeitnehmer erkennen, daß in erster Linie nur organisatorische Selbsthilfe Wandel schaffen kann. Sie erkennen, daß lediglich der Zentralverband der Angestellten die gewerkschaftliche Organisation ist, die für ihre Interessensvertretung in Betracht kommt.

Die Angestellten der Berliner Adressenschreiberverlaganstalten beauftragen den Zentralverband der Angestellten, mit allen Mitteln den Abschluß eines Tarifvertrages für die Adressenschreiberverlaganstalten herbeizuführen, um durch Festlegung von Mindestbedingungen der grenzenlosen Ausbeutung der betreffenden Arbeitgeber ein Ende zu bereiten.

Die Angestellten geloben hierbei eifrigste Mitarbeit.“

Der Bäckerstreik im Beamtenwirtschaftsverein.

Die Streikleitung hat an die Mitglieder des Beamtenwirtschaftsvereins einen „Offenen Brief“ gerichtet, um sie auf die hygienische Seite des Streikes aufmerksam zu machen. Nur den organisierten Bäckern sei es zu verdanken, daß manchmal unappetitliche und sogar verdorbene Lebensmittel nicht verwendet wurden und Dinge unterblieben, die gegen die Hygiene verstößen. So wurde den Bäckern aus Lager IV unverkäufliches Mehl, verdorbene Butter, zusammengelehrtes Juckd und ähnliche Sachen, die in den Verkaufsstellen nicht mehr abgesetzt werden konnten, der Bäckerei zur Verarbeitung gebracht für die Rohnschnecken sollte verschimmelte Butter als Streichbutter verwendet werden.

„Aus den Verkaufsstellen zurückgekommene verdorbene Butter und Margarine sowie Krachbutter, in der Käsereste, alte Bäcklinge, Holzspalter, Papierreste, Wurstpfefer, Bindfäden, Schimmelpilze sowie sonstiger Unrat waren, sollte als Backbutter Verwendung finden. Auf die Weigerung der Bäcker, derartige verdorbene Lebensmittel zu verwenden, erklärte Herr Mathes, darüber bestimme er als Kaufmann, was verarbeitet werde. Derselbe Herr Mathes bezeichnete ja auch dumpfigen Rohn als Rohn mit Erdgeschmack. Die Folge war, daß die Produktion dieses Gebäcks in kurzer Zeit um 50 Proz. zurückging.“

In dem „Offenen Brief“ der Streikenden wird weiter mitgeteilt, daß in der Bäckerei Wittenau gegen den Willen der Bäcker

ungereinigte Kuchenformen benutzt wurden, weil nicht genügend Kräfte eingestellt wurden. Ein Bäcker, der sich weigerte, die Unsauberkeit mitzumachen, wurde nach Tempelhof strafverlegt. Die Sparmaßnahme beim Personal habe dazu geführt, daß die Rohnschnecken nicht gereinigt wurden, so daß die Rohnschnecken einmüllten. Erst als die Rohnschnecken in die Teige kamen, wurde der Forderung der Bäcker nachgegeben und die Silos gereinigt.

Die Streikenden werben schließlich die Frage auf: „Sollte die Weigerung der Bäcker, derartige Unsauberkeit zu begehen, etwa auch ein Grund dafür sein, daß man die früheren sachlich tüchtigen Bäcker durch „müßige Bäcker“ ersetzen will?“

Auf die Polemik des Organs des Beamtenwirtschaftsvereins, der „Wirtschaftsgenossenschaft“, gegen den „Vorwärts“ kommen wir noch zurück.

Arbeitsbeschaffung für die Rheinpfalz.

Berlin, 29. Juni. (W.Z.) Das Reichskabinett beschloß in seiner heutigen Sitzung, sich neben den allgemeinen im Rahmen der Erwerbslosenfürsorge geplanten Schritten an Maßnahmen zu beteiligen, deren Inangriffnahme in der besonders schwierigen Lage der Pfalz begründet ist. In Frage kommt u. a. eine Beteiligung an dem geplanten Brückenbau über den Rhein bei Raigau und Speyer.

Kohlenzölle gegen England.

In den nächsten Tagen werden in Berlin Verhandlungen zwischen den Spitzenorganisationen der deutschen Transportarbeiter und dem Deutschen Bergarbeiterverband über die zur systematischen Durchführung der Kohlenzölle gegen England erforderlichen Maßnahmen stattfinden. In erster Linie sollen Maßnahmen für die Unterbindung der Kohlenausfuhr nach England auf dem Rheinschiffahrtswege getroffen werden.

Die englischen Bergarbeiter bleiben fest!

London, 29. Juni. (W.Z.) Der Vollzugsrat der englischen Bergarbeiter hat heute nachmittags nach Überprüfung der Lage in den Grubenbezirken einstimmig beschlossen, sich jeder Verlängerung der Arbeitszeit und Herabsetzung der Löhne zu widersetzen.

London, 29. Juni. (W.Z.) Bergarbeitersekretär Cook hielt gestern in Falkirk vor 10 000 Grubenarbeitern eine Rede, in der er mitteilte, daß nach seinen Berechnungen der Grubenstreik den Arbeitgebern und der Regierung bis jetzt 408 Millionen Pfund gekostet habe. Das hätte genügt, um den Arbeitern während 32 Monaten die Löhne zu zahlen.

Frauen- und Kinderarbeit in Indien.

Untersuchung in den Baumwollspinnereien.

London, 29. Juni. (W.Z.) Die Befürworter der Baumwollspinnereien in Indien haben sich damit einverstanden erklärt, daß die Regierung die Arbeitsverhältnisse in ihren Betrieben unterläßt. Sie haben aber die Bedingung gestellt, daß die indische Regierung sofort mit Japan in Verhandlungen über die Durchführung der Washingtoner Konvention eintritt. Es wird als wahrscheinlich betrachtet, daß die Regierung von Indien eine Konferenz zwischen Indien, China und Japan zustande zu bringen versuchen wird, um auf ihr die Arbeitszeit und die Nachtarbeit für die Frauen und Kinder in den Baumwollspinnereien zu untersuchen.

Achtung, Betriebsräte und Vertrauensleute! Vor dem Buchbinder Karl Kortum wird von der Kollegenchaft der Großbuchbinder Wabben u. Co. öffentlich gewarnt. Derselbe hat sich große Unregelmäßigkeiten in Geldsachen zuschulden kommen lassen und versucht, andere ähnliche geschäftliche Verbindungen aufzunehmen.

AGS-Turbinen. Heute, Mittwoch, nachmittags 3 Uhr Fraktionskammer bei Oehlshäger, Berlin, Friedrichstr. 5, Erscheinen in Pflicht! Der Fraktionsvorstand.

Verband der Maler und Lackierer.

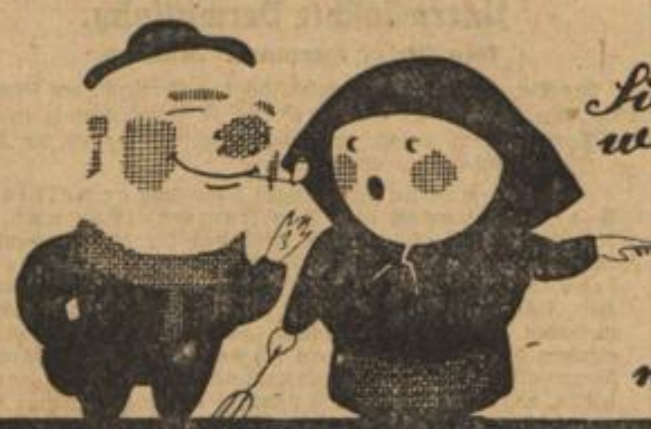
Morgen, Donnerstag, 7. Uhr, im Gewerkschaftshaus (Soal 4), Engelstr. 25, öffentliche Versammlung. Rück- und Ausblick über Konjunktur, Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Berliner Malergewerbe. Die Ortsverwaltung.

Jugendgruppe des AGS. Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft in der Abteilung: Lichtberg; Jugendheim Schule Gehlerstr. 61. „Eine Kaufmannsgerichtssitzung“. — Kreuzberg: Jugendheim Regardstr. 30. „Die Zukunft, die wird unser sein“. (Bielefeld-Erinnerungen). — Wedding-Geländebewacher: Jugendheim Schönheitsstr. 1 (Rebigenheim 5 Trg.). Voderabend. — Charlottenberg: Jugendheim Kottbusstr. 1. Vortrag: „Kaufmann und Arbeit unfreies Verbotenes“. — Schöneberg: Jugendheim Hauptstr. 15 (Frankenland-Simmer). Vortrag: „Jugend und Wirtschaftskrise“.

Freie Gewerkschaftsjugend. Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, tagen die Gruppen: Kreuzberg 1: Jugendheim Regardstr. 29. Hof, Sonntag: „Die rechtliche Gewerkschaftsbewegung“. — Schöneberg: Jugendheim Hübnerstr. (Sportplatz). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. — Südwesten (Kreuzberg 2): Bezirksjugendheim Städtische Schwimmhalle Bülowstr. 64. Vortrag: „Die Entstehung und Entwicklung der Konjunkturgewerkschaften“. — Kottbus: Jugendheim Kottbusstr. 1. Vortrag: „Die Gewerkschaften der Konjunkturgewerkschaften“. — Kottbus: Jugendheim Kottbusstr. 1. Vortrag: „Die Gewerkschaften der Konjunkturgewerkschaften“. — Charlottenberg: Jugendheim Kottbusstr. 1. Vortrag: „Die Gewerkschaften der Konjunkturgewerkschaften“. — Kottbus: Jugendheim Kottbusstr. 1. Vortrag: „Die Gewerkschaften der Konjunkturgewerkschaften“.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten L.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabenden von 9—3 Uhr und 5—7 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr geöffnet.

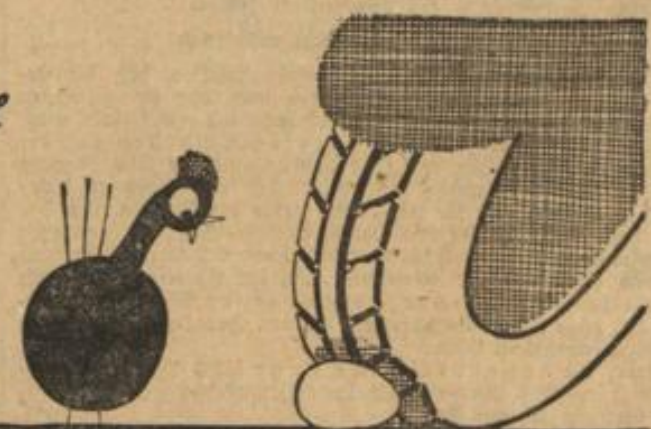
Bevorzugt für: Vollst.: Graf Reuter; Wirtschaftl.: Arthur Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: Feiler, Götter; Neulichten: R. S. Richter; Soziale und Sonstige: Erik Reichardt; Kottbus: H. Götter; sämtlich in Berlin. Berlin: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Veit Sinauer u. Co., Berlin SW 8, Lindenstraße 3, Strass 3 Heiligen und „Unterhaltung und Wissen“.



Siehst du, Alte, selbst die Hühner wissen, das ein

DUNLOP

Ballon-Reifen nicht einmal ein Ei zerbricht!



Schloß am Wasser.



Die Großstadt Berlin greift mit ihren Armen immer weiter aus, umklammert einen der ehemaligen Vororte nach dem anderen. Diese selbst vergrößern sich ständig und die Grenzen zwischen ihnen werden mehr und mehr verwischt. Man kann den Zeitpunkt voraussehen, in dem sie alle in dem Häusermeer der Weststadt einbezogen sein werden. Ehemalige Großstädte, wie Charlottenburg, Schöneberg usw. sind keine selbständigen Gemeinwesen mehr. So mündet die Geschichte aller dieser Einzelgemeinden ein in die der Riesenstadt Berlin.

Eine Raubritterfeste.

Wenn der erste Strahl der Frühlingssonne über Berlin sich ergießt, rüsten Kuderer, Segler und Paddler zur Fahrt auf den Berliner Gewässern. Spree und die Dahme und die zahlreichen Seen wimmeln von Fahrzeugen aller Art und Größe und die Dampfer der großen Dampfergesellschaften bringen Tausende hinaus nach den Havelseen und nach der Oberspree. Am Vereinigungspunkt der Dahme und der Spree liegt Köpenick. Auf einer kleinen Insel gelegen, grüßt zwischen Bäumen heraus das Köpenicker Schloß. Köpenick ist ebenso alt, vielleicht älter als Berlin; seine Gründungsgzeit hat sich noch nicht mit Sicherheit feststellen lassen. Die Urkunden, die im dortigen Rathaus aufbewahrt werden, reichen zurück bis zum Beginn des 13. Jahrhunderts. Hier in den Fluß- und Waldgebieten fand der Jagd gute Stützpunkte in seinen Kämpfen gegen die christlich-germanischen Eroberer, bis er, wie die Sage erzählt, ein Schild und ein Horn an den Ufern der Havel (daher der Name Schildhorn) aufhing zum Zeichen seiner Unterwerfung. Und später waren es die Duitzen und die anderen Rebellens, die von dort aus den Kampf gegen die Brandenburger Markgrafen führten. Im Köpenicker Schloße war es auch, wo der Ritter Dittenstedt vom Süßen Grund (dem heutigen Adlershof) seinem Kurfürsten die Drohung an die Tür des Schlafzimmers schrieb:

„Joachimke, Joachimke Hölle Du,
Wo wir Du kriegen, da henken wir Du.“

Schon um das Jahr 1240 wird des Schlosses Köpenick zum ersten Male Erwähnung getan und zwar in der Markgräflichen Chronik. Zwischen den Brandenburgern und dem Markgrafen von Meißen war wegen des Schlosses Streit entstanden, der zugunsten des Brandenburgers ausfiel. Dieser legte nun eine Befestigung ins Schloß und einen Schloßvogt. Nun begann, wie überall in jenen Zeiten wo „Schuhherren“ in ihren Zwingsburgen saßen, die Brandenschäpfung der ihm unterworfenen Schuhbefohlenen. In der Form von Zehnten auf Hafer, Holz, für die Fischgerechtnisse, Wasserzoll usw. mußten die Steuern abgeführt werden. 1550 wurde vom Kurfürst Joachim II. ein neuer Bau aufgeführt, und zwar als Jagdschloß. Hierher kam Joachim des öfteren zur Jagd oder zu Festlichkeiten in Gesellschaft der „schönen Giesherin“ Anna Eydow. Der Kurfürst starb in diesem Schloß ganz plötzlich nach einem reichlichen Vogdessen im Alter von 66 Jahren. Zu seinem Unglück war der Jude Lippold im Schloß. Er sollte den Fürsten vergiften haben. Alle Unschuldsbeteuerungen nutzten dem Armen

nichts. Gegen Lippold wurde der Prozeß gemacht, er wurde schuldig befunden und auf gräßliche Weise hingerichtet.

Vom Prunkschloß zum Bildungsinstitut.

Das gegenwärtige (dritte) Schloß ist vom König Friedrich I. erbaut worden. Große weite Räume, weite Korridore und Treppen zeichnen das Gebäude aus. Die Zimmer und Säle enthalten prächtige Ornamente und herrliche Deckengemälde, die leider nur zum Teil noch sichtbar sind. Viele von ihnen sind mit einer Bekleidung von Gips und Marmor überzogen worden. Ein dicker Direktor des Seminars, zu dem das Schloß lange Zeit benutzt worden ist, glaubte die „unästhetischen“ Bilder den Blicken seiner Schüler entziehen zu müssen. In diesem neuen Schloß ereignete sich ein Vorgang von großer geschichtlicher Bedeutung. Die Zerwürfnisse zwischen dem Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. und dessen Sohn Friedrich, dem nachmaligen „Friedrich dem Großen“, sind bekannt. Sie re-



Das Portal des Schlosses.

füllerten aus der Abneigung des jugendlichen Friedrich gegen den Ditt und den Soldatenberuf. Er versuchte mit dem ihm ergebenen Leutnant Katté nach Süddeutschland zu entfliehen. Die Flucht wurde vereitelt. Beide wurden vor ein Kriegsgericht gestellt, das im Wappensaal des Schlosses Köpenick zusammentrat. Es erkaunte in bezug auf den Kronprinzen, daß ein Spruch vom Kriegsgericht nicht gesprochen werden könne, daß es dem König und Vater überlassen sei, „welchergestalt Sie dessen wiederholte demütige Reuebezeugungen, Submission und Bitt in Gnaden anzusehen geruhen mögen“. Der Leutnant Katté wurde, weil es ja noch zu keiner wirklichen Desertierung gekommen war, mit „ewigem Gefängnis“ belegt. Dieser Spruch war aber dem in Wusterhausen sich aufhaltenden König noch viel zu milde. Das Urteil kam zurück mit des Königs eigenhändiger Bemerkung: „Sie sollen recht sprechen und nicht mit dem Fiedermisch darüber gehen, das Kriegsgericht soll wieder zusammen treten und anders sprechen.“ Allein im Kriegsgericht saßen Männer, die dem maßlosen Jörn des eigenwilligen Königs ihre feste Ueberzeugung entgegen zu setzen wagten. Sie blieben trotz des königlichen Unwillens bei ihrem Spruch. Nun griff Friedrich Wilhelm selbst ein. Am 1. November 1730 erschien das Todesurteil gegen Katté, das am 6. November auf einer Bastion der Festung Küstrin vollstreckt wurde, während der Kronprinz in derselben Festung bis zum August des nächsten Jahres in Haft gehalten wurde. — Später erhielt die Prinzessin Henriette-Marie das Schloß Köpenick als Wittwensitz angewiesen, sie war, wie die Chronik erzählt, vom Berliner Hof verbannt worden. Sie ist in der Schloßkapelle beigesetzt. Friedrich Wilhelm III. verkaufte das Schloß für 11 000 Taler an einen Grafen von Schmellau. Nach dessen Tode ging das Schloß in verschiedene Hände über, bis der preussische Damenstiftus es zurückkaufte. Nun wurde der ganze Bau dem Kriegsminister übergeben, der dort ein Traindepot einrichtete. 1851 aber stiftete das Schullehrerseminar von Potsdam nach dem Schloß Köpenick über. Die Räume, in denen Jahrhunderte lang fürstlicher Prunk und höfisches Leben geherrscht, wurde eine Stätte stiller Arbeit. Viele Hunderte Jünglinge sind im Laufe der Jahre im Köpenicker Seminar auf ihren hohen Beruf vorbereitet worden.

Köpenick oder „Copenick“ bedeutet Inselstadt und wird abgeleitet von dem Wendischen „Ma copan“ — die Insel. Es war ehemals ein Fischerdorf. Wann es Stadtrecht erlangte, ist nicht mit Sicherheit festzustellen, es dürfte das aber schon um die Mitte des 13. Jahrhunderts geschehen sein. Die Entwicklung ging langsam vor sich. Aus einer Mitteilung des „hochweisen Magistrats“ erfahren wir, daß die Stadt im Jahre 1573 nicht mehr denn 90 Bürgerstellen hatte. Mehr als 300 Jahre später, 1882, zählte Köpenick nur 9595 Einwohner. Heute ist es eine Industriezentrale von nicht geringer Bedeutung geworden. Die Straßenbahn ist ausgebaut und verbindet Köpenick mit den bedeutendsten Orten des Bezirks sowohl, als mit dem Innern der Stadt. Gas-, Elektrizitätswerke, Klär- und Wasseranlagen verbessern das äußere Gebilde der Stadt und tragen zur Hebung des Verkehrs und zu weiterer Industrialisierung bei. Die Bautätigkeit hat in den letzten Jahren dank der Initiative des sozialdemokratischen Bürgermeisters, Genossen Kohl, ein im Verhältnis zu den gegenwärtigen Schwierigkeiten lebhaftes Tempo angenommen. Ein ausgebreitetes Siedlungsgelände bietet hierzu reichlich Gelegenheit, andererseits geben die Flußläufe die notwendigen Bedingungen für große Industrieanlagen. Durch die Einbeziehung in die Großgemeinde Berlin haben sich auch für Köpenick neue Möglichkeiten ergeben für eine weitere Entwicklung.

Gebt den Blinden Arbeit! Die städtische Blindenanstalt, Oranienstraße 26, hat wiederholt die Verdüsterung aufgerufen, ihr im Interesse der Blinden Aufträge zuzunehmen. Circa 250 Blinde werden mit Stuhlkrücken und Bärstücken beschäftigt; die Anstalt selbst unterhält ein großes Lager an Straßen- und Stubenbellen, Handseger und Wästen jeder Art, sowie Hänzer- und Fuhrmatten. Die Stühle werden kostenlos zum Flechten abgeholt und ebenfalls zurückgebracht. Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle der städtischen Blindenanstalt, Oranienstraße 26, Telefon Magistrat 266 und Portierplatz 972.

Der Wobblj.

Von B. Traven.

Copyright by Buchverlag-Verlag, Berlin und Leipzig.

194

„Bist du dazu hergekommen, du Hure, daß du uns solche Schande hier vor den Leuten antust?“ brüllte der alte Bartels auf Jeanette ein. „Da wollte ich doch lieber, daß ich mich hier anständig vergiftet hätte, als solche Schmach an meiner eigenen Tochter zu erleben. Eine Hure bist du, nichts weiter. Ich verlaß dich, ich sage mich los von dir, ich verstoße dich aus meinem Hause.“

Die Mutter wollte schlichten, aber der Alte wurde dadurch nur noch verärrtet. Die Ehre des Fabrikportiers war für ewig in den Rot getreten. Mit Ehren war er grau geworden, wie er hundertmal versichert, und nun, während er schon mit einem Fuße im Grabe stand, mußte er noch so etwas an seiner Tochter erleben, die er wie einen Engel im Paradies angesehen hatte.

Jeanette hörte sich das alles an, ohne zu antworten. Es kam ihr so fern vor, so fremd, so lächerlich und so unsagbar dummt zugleich. Es war ihr, als ob das irgendwo auf einer Theaterbühne geschehe, wo sie Zuschauerin sei, und sie fand das Stück herzlich abgeschmackt und unmodern.

Erst als der Vater zum dritten Male wiederholte: „Ich verstoße dich aus meinem Hause. Du bist nicht mehr meine Tochter!“, da begriff sie, daß sie selbst gemeint sei. Und nun legte sie los, und sie sprach viel weniger aufgeregter als der Vater. Sie regte sich überhaupt nicht auf dabei, sondern sagte es in der Form einer erregten Unterhaltung: „Deine Tochter? Das Leben hast du mir allerdings gegeben. Aber ich habe dich nicht darum ersucht, und ob ich gerade dich gewählt haben würde, wenn ich gefragt worden wäre, das glaube ich kaum. Denn mit deiner niedrigen Ehrlichkeit und Wohlstandlosigkeit ist es nicht weit her, wenn sie dir nicht einmal einen Lebensabend verbürgt, wo du wenigstens satt zu essen hast. Dann schon lieber Schneppe, das sage ich dir ganz frei ins Gesicht, oder Bandit oder Einbrecher. Mit welchem Recht willst du mich den überhaupt verstoßen? Vielleicht mit dem Rechte meines zufälligen Vaters? Ein schöner Vater bist du mir. Noch niemals in meinem Leben hat jemand Hure zu mir gesagt. Ich hätte ihm das Gesicht zerfleischt. Aber es hat auch nie jemand gewagt, das zu mir zu sagen. Das konntest du nur fertig bringen. Und damit wir klar miteinander sind: Du hast recht, ich bin tatsächlich

eine Hure. Wovon lebst du denn? Von meinem erharteten Gelde. Womit habe ich dir denn das Leben gerettet? Mit Hurengeld.“

Der Vater sagte nichts darauf. Er starrte sie nur an. Die Mutter hatte sich auf einen Stuhl gesetzt und weinte leise vor sich hin. Sie als Frau mit dem feineren Empfinden, das Männern meist verlagert ist, hatte wohl schon ein wenig von der Wahrheit geahnt. Aber eine schlichte Lebensflughheit, gewonnen in einem mühseligen arbeitsreichen Leben, hatte sie geleitet, die Dinge nicht unnötig anzutasten, die umfallen können. Die bestimmte Wahrheit nicht zu kennen und nicht zu erforschen, hielt sie für weise und für zweckmäßig. Das Leben ließ sich dann leichter ertragen.

Jeanette war im Zuge, ganze Arbeit zu machen und volle Klarheit zu verbreiten. Dieser Nimbus als Millionärswitwe hatte ihr von Anfang an nicht recht gefallen. Sie hatte es eigentlich auch nicht selbst erfunden, sondern es war so beim Ausfragen nach der Herkunft ihres Reichtums in sie hineingeredet worden. Und sie hatte es gehen lassen damit. Sie dachte sich, wozu große Trommeln rühren für die kurze Zeit, die sie hier auf Besuch war.

„Sawohl, mit Hurengeld,“ wiederholte sie mit Nachdruck. „Jede zwei, drei, vier oder fünf Dollar bedeuten einen Mann, der bei mir war. Jetzt kannst du dir ausrechnen, wieviele ich hatte, und wieviele ich haben mußte, um dich vor der Gasvergiftung zu retten und deinen ehrlichen Namen zu schützen, damit du und Mutter nicht im Skandalanzeiger und in der „Morgenpost“ als Selbstmörder erschienen seid. Das hätte dein langes, in Ehren verbrachtes Leben mit einem Schlage verdrückt, denn als Selbstmörder verreckt, ist keine große Ehre. Aber von allen den Männern, die mich besucht haben, hat keiner jemals Hure zu mir gesagt, weder Betrunkene, noch halbverrückte und halbsterbliche Seelen, die von langer Fahrt kamen und wie die jungen Stiere sich benahmen. Alle sagten sie einer freudlichen und höflichen guten Abend zu mir, wenn sie mich verließen, und die meisten sagten sogar ein höfliches und ernstgemeintes „Herzlichen Dank, Senorita!“ Und warum? Weil ich nie jemand betrog. Das, was du vielleicht Ehre nennst, ist nicht meine Ehre. Meine Ehre und mein Stolz sind, daß jeder, der bei mir war, für sein gutes Geld gute und echte Ware bekam. Ich war das Geld immer wert gute und echte Ware bekam. Ich war das Geld immer wert. Und das ist mein Stolz, und das ist meine Ehre, nie jemand zu betrügen.“

„Na gut, ich bin eine Hure. Aber ich habe Geld und

du mit deinen Ehren hast keins. Heute aber gibt dir niemand etwas für deine Ehre, noch nicht einmal eine gut-bezahlte Vertrauensstellung; selbst da mußt du noch Kautions stellen, und wenn ich dir die nicht vorstrecke, kannst du hier den ganzen Tag in der Bude hocken und Muttern das Leben zur Hölle machen mit deinem ewigen Herumlamentieren. Wenn es dir Vergnügen macht, kannst du ruhig auf die Straße gehen und allen Leuten erzählen daß die argentinische Millionärswitwe eine Schneppe ist. Ich mache mir nicht so viel daraus, nicht so viel. Ich habe bereits mein Wisum. Ich möchte erst in drei Wochen reisen, aber nun fahre ich in einer Stunde schon. Mache mir noch ein paar schöne Wochen in Scheveningen und Ostende — ich kann es mir ja erlauben —, und dann geht es wieder los. Um mein Ziel zu erreichen, brauche ich nämlich noch fünfzehntausend Dollar. Und nun bitte, laß mich allein, ich ziehe mich an und packe meine Koffer.“

Der Vater verließ das Zimmer wie ein Automat; die Mutter blieb noch eine Weile. Aber als die Tochter ihr sagte: „Sieh nach dem Vater, laß ihn nicht allein. Er macht vielleicht Dummheiten. Er begreift ja so langsam, daß es in der Welt verschiedene Wege gibt, um sein Leben zu fristen,“ da ging die Mutter auch, und Jeanette packte so rasch, daß sie in kaum einer halben Stunde angezogen und mit ihren beiden Koffern gepackt und verschlossen in dem kleinen Korridor stand.

„Warte mal einen Augenblick,“ sagte sie zur Mutter, und sie sprang rasch zur vierten Etage hinunter, wo sie hat, das Telefon benutzen zu dürfen, um ein Auto zu bestellen.

Ehe die Alten überhaupt recht zur Besinnung kamen, was eigentlich los war, tutete unten das Auto, Jeanette rief den Chauffeur herauf, um die Koffer zu holen, und als die Koffer heraus waren, öffnete sie ihre Handtasche, legte zweihundert Dollar auf den Tisch, umarmte und küßte ihre Mutter, dann nahm sie, ohne zu fragen, ihren Vater beim Schfamittchen, küßte ihn ab und sagte: „Na, lieber Vater, liebe wohl. Nimm es mir nicht so übel und sei nicht so traurig. Ich wäre sonst am Typhus gestorben. Und um das Hospital bezahlen zu können und die Injektionen, brauchte ich Geld, und so fing es an. Und als ich raus kam, war ich zu schwach, um arbeiten zu können, und weil ich soabgezehrt aussah, gab mir auch niemand Arbeit, und so ging es dann weiter. Es hat mir das Leben gerettet und dir und Muttern So, nun weißt du alles und kannst dir den Rest zusammenreimen. Na, liebe wohl. Wer weiß, ob ich dich noch einmal lebend wiedersehe.“

(Fortsetzung folgt.)

Konferenz aller SPD-Funktionäre im Saalbau Friedrichshain Dienstag, den 6. Juli, abends 7 1/2 Uhr. — Tagesordnung: Reichstag und Fürstenabfindung

Der „Dieb“.

Weit draußen in der Frankfurter Allee, abends gegen 11 Uhr. Aus den niedrigen engen Wirtschaften des Proletariatsviertels kommt stöhrende Gramophonmusik, auf der Straße stehen kleine Gruppen behütet disputierender Kleinbürger. Eben schließen die Kinos. Es ist wie ein letztes Aufzucken kurz vor dem Schlafengehen. Noch einmal pufft das Leben in den Adern der großen Stadt, um dann totenähnlich zu erlöschen. Nach einem langen Tag von Mühe und Qual. In einer stillen Seitenstraße hat sich eine große Menschenmenge wie ein Bienenschwarm um irgend etwas festgesetzt. Eine gewisse Aufregung geht durch die Leute, Gerüchte laufen flüchtig von Mund zu Mund. Was Rätselfhaftes wird hier umlagert? Ein Kutscher steht betrübt da, neben ihm ein Bogen mit Fleisch gepackt, vor dem zwei starke Gänse angeschirrt ihrer Laten harren. „Den haben sie mal gekriegt“, flüstert eine aufgeregte Füstelstimme. „Bei jedem Dreck sind die Grünen mittenweg; wenn sie gebraucht werden, kommt keiner“, ruft ein nervös Gewordener. Alles gestikuliert erregt durcheinander. Und der Kutscher, den die erregte Volksseele hier schlankweg zum Diebe stempelt, bleibt stumm wie ein Grab, zuckt resigniert die Achseln und läßt sich durch die mehr oder weniger verblümmten Anschuldigungen nicht aus der Fassung bringen. „Ganze Läden plündern die Burschen“ sagt jemand herausfordernd und sieht den vermeintlichen Gauner mit Kriminalistenblick an. Der spielt den Fatalisten mit bewunderungswürdiger Geduld. Dann kommt die Lösung. Zwei Grüne nahen im Eilschritt. Die Spannung wächst. Die Reamten verlangen Ausweise. Und der Wust von Vermutungen und Verdächtigungen löst sich auf zu einer harmlosen Angelegenheit. Der Mann bringt Fleisch aus Lundenweide, erlitt unterwegs einen Achenbruch und blieb hilflos liegen. Die Polizisten grüßen und gehen. Der Schwarm verläßt sich. „Warum hat er's nicht gleich gesagt“, murmelt ein Ueberflauer. Ja, wenn sie ihn nur hätten reden lassen!

Die Julimiete.

100% Prozent der Friedensmiete.

Das Städtische Zentralamt für Wohnungswesen teilt mit:

Die widersprechenden Angaben über die Höhe der für den Monat Juli zu zahlenden gesetzlichen Miete lassen es notwendig erscheinen, von amtlicher Seite aus die tatsächliche Höhe der für Berlin zu berechnenden Julimiete hinzuweisen. Der allgemeine Hundertsatz der gesetzlichen Miete, der nicht vom Magistrat, sondern von dem preussischen Staatsministerium für ganz Preußen einheitlich festgesetzt wird, beträgt ab 1. Juli 100 Prozent, bzw. wenn der Mieter die Verpflichtung zur Ausführung der Schönheitsreparaturen übernommen hat, 98 Prozent der „reinen Friedensmiete“. In Berlin tritt hierzu noch die Umlage des Gemeindezuschlages zur staatlichen Grundvermögenssteuer, soweit er 100 Prozent des staatlichen Satzes übersteigt. Dieser Gemeindezuschlag besteht zurzeit noch in Höhe von 112 1/2 Prozent, so daß wie in den Vormonaten 12 1/2 Prozent der Grundvermögenssteuer umgelegt werden können. Diese Umlage ergibt etwa einhalb Prozent der Friedensmiete. Die von den städtischen Körperschaften beschlossene Erhöhung des Gemeindezuschlages ist noch nicht in Kraft getreten.

Die Herrenpartie des Vereins „Felsenfest“.

Bieruck oder grober Unfug?

Einen tragikomischen Abschluß nahm die Herrenpartie, die der Verein „Felsenfest“ aus Berlin am Himmelfahrtstage nach den Wäldern des Ostens unternommen hatte.

Etwas 30 Teilnehmer waren um sieben Uhr früh mit der Bohnen Köpchen gefahren und hatten sich nach ihrem geplanten Lagerplatz im Walde eine Fuhre Bier und Cognat nachkommen lassen. Man war bald in einer sehr animierten Stimmung, da die Herrenpartie von Anfang an in einer Pilgerfahrt von Bokal zu Lokal bestanden hatte. Mit allgemeinem Hallo wurden die vier halben Fässer Bier, als sie mit einem Einspänner eintrafen, begrüßt. Man wollte nun auch dem Pferd, das durch den Sandboden so schwer zu ziehen gehabt hatte, etwas zugute kommen lassen und schüttete ihm statt Wasser Bier in den Gestränkfel. Bald machte sich bei dem Tier die Wirkung des genossenen Alkohols bemerkbar. Als es aber zum Heimweg ging, war es unfähig, selbst die leeren Fässer zu ziehen. Mit Knüppeln und Baumästen schlugen die bezechten Wanderer roh auf das arme Pferd ein, um es vorwärts zu treiben. Der Vorgang erregte mit Recht die Empörung des Feiertagspublikums, und es kam schließlich zu einer furchterlichen Schlägerei. Ein Schutzmann, der vermittelnd eingreifen wollte, wurde selbst derartig zugerichtet, daß er mehrere Wochen im Krankenhaus darniederliegen mußte. Sieben Teilnehmer der Herrenpartie wanderten ins Köpenicker Gefängnis und blieben einige Wochen dort in Haft. Jetzt hatten sie sich vor dem dortigen Schöffengericht wegen Widerstand und Tierquälerei zu verantworten. Der Verteidiger hat, zu berücksichtigen, daß die Angeklagten selbst eine erhebliche „Lebertrost“ gehabt hätten und daß sich nicht ganz einwandfrei feststellen lasse, wie weit der einzelne an der Schlägerei beteiligt gewesen sei. Das ganze sei, so meinte der Herr Verteidiger, doch mehr „ein etwas übel ausgefallener Bieruck“ gewesen. Das Gericht beurteilte die Sache auch ziemlich milde und betrauerte die Vergehen der Angeklagten durch die Untersuchungshaft als verübt.

Jugzusammenstoß bei Kaputh.

Gestern nachmittag gegen 3 Uhr fuhr ein von Beelig kommender Güterzug auf einen auf dem Rangiergleise stehenden Güterzug. Mehrere Wagen wurden beschädigt, und es entstand ein großer Materialschaden. Menschen sind nicht verletzt. Zurzeit ist die eingleisige Strecke nach Beelig noch gesperrt.

Arbeit für den Schularzt.

Wir haben gemeldet, daß für Berlin ein allmählicher Abbau der bisher nur nebenamtlich beschäftigten gemeinsamen Schularzte und die allgemeine Durchführung des Systems hauptamtlich beschäftigter Schularzte beabsichtigt ist, und daß hierdurch eine eindringendere Schulgesundheitspflege ermöglicht werden soll. Einem Arzt, der im wesentlichen von dem Ertrag seiner Privatpraxis leben muß und sich um die ihm anvertrauten Schulen und Kinder nur nebenbei kümmern kann, wird leicht manches entgehen, was Abhilfe erfordert. Wenn man weiß, welche Gefahr Kinder sogar den bisher nur nebenamtlich beschäftigten Schularzten zugewiesen ist, dann begreift man es, daß sich in den Schulen noch mancher Mangel erhält, der schleunigst beseitigt werden muß. So hat in der 9. Berliner Gemeindefschule (Hirtzenstraße) in einer Klasse VI ein Lehrer es gewagt, daß sieben bis achtjährige Schüler den Spudnapf hinaustrugen und reinigten. Man kann sich denken, daß die Kinder für die Gefährlichkeit des Speichels noch nicht das richtige Verständnis haben und bei der Reinigung des Spudnapfes nicht mit der nötigen Vorsicht verfahren.

Appetitlich ist diese Arbeit auch für einen Erwachsenen nicht, aber Erwachsene bieten eher eine Gewähr, daß sie dabei die Vorsicht üben, die zu ihrem eigenen Schutz nötig ist. Es hat erst einer Besprechung im Elternbeirat bedurft, um zu erreichen, daß jetzt endlich dieser gesundheitswidrigen Beschäftigung kleiner Kinder ein Ende gemacht wurde. Man sieht, daß der Schularzt nicht nur Kindern und ihren Eltern, sondern sogar noch Lehrern manche gute Lehre geben kann. Da gibt's reichlich Arbeit für den Schularzt, und er wird sie leisten, wenn man ihm die Möglichkeit schafft, sich um die Dinge zu kümmern.

Der Raufeldzug des Chemannes. Chemartyrium einer jungen Frau.

Eine jugendliche Modistin hatte in Berlin einen Kaufmann Simon aus Sangerhausen kennen gelernt, der dort ein Geschäft und zwei Grundstücke besaß. Ohne sich über ihn zu erkundigen, heiratete sie, eine zwanzigjährige, ihn und zog dann nach Sangerhausen, wo sie aber Verhältnisse vorfand, die in der Folge zu einer Ehescheidung führten. Damit nicht genug, verfolgte Simon seine ehemalige Ehefrau und verachtete sie schließlich mit den Reinkidaparagraphen vollkommen zu vernichten.

In Sangerhausen fand die junge Frau zwei weibliche Hausangestellte vor, mit denen der Chemann auf recht vertrautem Fuße zu stehen schien. Die eine, das Hausmädchen G., verliebte den Haushalt bald. Als die junge Frau aber eines Tages das zurückgebliebene Mädchen, Edelmüt, im Bette ihres Mannes liegen fand, entstanden heftige Auseinandersetzungen. Der Chemann schloß dann mit seiner Frau einen merkwürdigen Notariatsvertrag ab, in dem die Frau sich verpflichtete, ihre Mutter nur mit Genehmigung des Chemannes als Gast aufzunehmen und ihm außerdem das Verfügungsrecht über ihren Schmuck und ihre Kostüme abtrat, die ihr dafür nur teilweise überlassen werden sollten. Auf der anderen Seite verpflichtete sich der Chemann, die Edelmüt aus dem Hause zu entfernen. Dazu kam es aber nicht, denn die Edelmüt behauptete, daß sie 2500 Mark rückständiges Gehalt zu bekommen habe, und zur Deckung dieser Schuld ging Simon mit ihr einen Vertrag ein, nach welchem ihr das Geschäft und die beiden Grundstücke übertragen wurden. So blieb die Edelmüt Herrin im Hause und die Ehefrau kehrte nach Berlin zurück, um sich hier als Modistin selbstständig zu ernähren. Schließlich wurde die Ehe geschieden. Nun verlangte Simon von seiner Frau die Herausgabe der ihm abgetretenen Schmucksachen und Kleider. Es kam in der Folge auf beiden Seiten zu einer Reihe von eidesstattlichen Versicherungen.

Jetzt eröffnete, wie der Staatsanwalt bei der Vertretung der Anklage gegen Frau Simon, die wegen Abgabe falscher eidesstattlicher Versicherungen angeklagt worden war, hervorhob, der Chemann einen wahren Feldzug gegen seine geschiedene Ehefrau. Eine Strafanzeige folgte der anderen, und der Chemann schob dabei die Edelmüt vor. In einer ganzen Reihe von Fällen mußte das Verfahren eingestellt werden, aber durch immer neue Anzeigen und Beschwerden hegte Simon die Edelmüt weiter auf seine Ehefrau und zwang schließlich die Strafverfolgungsbehörde, die eidesstattlichen Versicherungen, die die Ehefrau abgegeben hatte, Punkt für Punkt durchzuprüfen. So kam es, daß gegen Frau Simon die jetzige Anklage, die sich etwa auf sechs

Punkte erstreckte, erhoben wurde. Ein Teil der Anklage hielt der Staatsanwalt auf Grund der Beweisaufnahme nicht mehr aufrecht; es blieben nur zwei Punkte übrig, in denen sich Frau Simon nach der Meinung des Anklagevertreters unrichtig ausgedrückt habe. In diesen beiden Punkten erklarte der Staatsanwalt jedoch nur eine Fahrlässigkeit. Der Verteidiger war der Meinung, daß Simon weit eher vor den Strafrichter gehöre als die Angeklagte, die in der Ehe ein Martyrium erduldet habe. Der Chemann habe es sogar fertig bekommen, durch seine Denunziationen wegen derselben Straftaten seine eigene Mutter hinter Schloß und Riegel zu bringen. Das Schöffengericht Schöneberg kam unter einer sehr vernichtenden Kritik des Chemannes zu der Überzeugung, daß die Angeklagte nur in einem Fall fahrlässig ihre Eidespflicht verletzt habe, hielt aber eine Sühne von 50 Mark hierfür für ausreichend.

Wunderlich's Hahnkrähen!

Der Schlächtermeister und sein „bolschewistischer“ Mieter.

Der Herr Schlächtermeister Wunderlich strengte gegen die Eheleute v. Hahn neben andern auch eine Exmissionsklage an, um dem Kriegszustand im Hause Viktoriastr. 11 in Schlachtenlee ein Ende zu bereiten. Das ist nun eine lange Geschichte. Tierstimmenimitationen kommen darin vor, Schmähpflanze, Husten, Schimpf- und sonstige Konzerte. Gegen den „ehrenwerten, altbekannten Schlächtermeister“, wie ihn der Rechtsanwalt Grünberg nannte, war von Hahn als Mietervertreter Strafantrag wegen versuchten Betruges und Unterschlagung gestellt worden. Die Beträge und so manches andere sollten nicht stimmen. Die Kriminalkassette verlief allerdings in der Voruntersuchung, doch ist das letzte Wort hierzu noch nicht gesprochen. Ein sympathischer Hausvater scheint Herr W. allerdings kaum gewesen zu sein, und was an schmutziger Wäsche die beiderseitigen juristischen Beilände bei Erörterung der lieblichen Differenzen so auspaden, genigte durchaus, eine dreijährige Gratesse zu füllen. Von W. wird in der Rechtfertigungsschrift der Eheleute gesagt, daß er „brüllte, schrie, grunzte“, protestierende „tierisch ansah“ und mit Tierstimmengemisch zur musikalischen Belebung seiner Wohnstätte mächtig beitrug. Jedenfalls muß es schon einigermaßen turbulent zugegangen sein, da der Hauswirt in den Hausfluren wilde Plakate gegen die Hahns anbringen ließ. Die Verhandlung ist teilweise sehr lebhaft, mehrere Verhöre gestikulieren wild durcheinander, auch das Publikum greift mit ein. Schließlich kommt es zu einer bezeichnenden Szene. Der königliche Rechtsanwalt: Die Eheleute Hahn sind skatenlos. Der Beflagtenanwalt (sehr entschieden): Meine Mandanten sind Balten, „ferndeutlich“ in Sprache und Abstammung. Frau Hahn: Wir sind jehomal so deutsch als Herr W. Aber er hat uns als „Bolschewisten“ beschimpft und „Vint-rabafale“; nur weil wir die Mieterinteressen vertreten, sollen wir die Mieter nach roter Manier ausgebeutet haben. So also pfeift der Wind, um den Eindruck dieser Enthüllungen zu verwischen, teilt der Beflagtenanwalt mit, daß die demöden Beschuldigten keineswegs Bolschewisten seien. Herr v. Hahn sei früher Volksparteiler gewesen, jetzt aber ausgetreten. Der Zwischenfall wirkt komisch. Nachdem man sich über melodisches Hahnkrähen und ähnliches unterhalten, wurde die öffentliche Sitzung geschlossen und der Gerichtsbeschluss verlegt. Auf der Treppe kommen die übrigen Mieter, die mit dem Ehepaar konform gehen, an die beiden Streithähne heran. Und eine sagt: Wenn wir jetzt nach Haus kommen, wird das ein Krach sein. Bei Barons haben sie nachts um 4 Uhr in die Klappe gebellt.

Eine Friseurzwangsinnung für Groß-Berlin.

Das Berliner Friseurgewerbe war bisher in mehr als einem Dutzend Innungen und Zwangsinnungen der Friseur und der „Haarformer“ vereinigt, trotzdem die freien Vereinigungen sich ausgehört und den Friseurinnungen angegeschlossen hatten. Vom 1. Oktober ab wird diese Zersplitterung beseitigt durch Schaffung einer einheitlichen Friseurzwangsinnung für Groß-Berlin. — Man mag zu den Zwangsorganisationen der Kleingewerbetreibenden stehen wie man will, so wird man doch zugeben müssen, daß rein organisatorisch in dieser Zusammenfassung ein Fortschritt zu erblicken ist, der auch den Lehrlingen und Gehilfen in Gestalt einer einheitlich geleiteten Fachschule und eines einheitlichen Arbeitsnachweises zuzustatten kommen kann, ganz abgesehen von anderen Vorteilen für das Gewerbe wie im öffentlichen Interesse.

Hausfleiß-Ausstellung.

Der Deutsche Verein für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege hat in seinen Geschäftsräumen, Bernburger Straße 13, eine tändliche Hausfleiß-Ausstellung eingerichtet. Man findet hier hübsche Arbeiten aus dem Gebiete der Weberei, Flechterei und anderer Heimarbeiten. Interessant ist auch die Herstellung verschiedener Gebrauchsgegenstände der Haus- und Landwirtschaft, wie Tücher, Körbe, Matten u. a. m. Zweck der Veranstaltung ist, zu zeigen, wie Leute in einfacher, ländlicher Umgebung mit ganz geringen Mitteln inselnde sind, ihr Heim vollständig und persönlich ausgestaltet und wie sehr die Freude am Schaffen fürs eigene Heim dadurch gehoben wird. Auf dem Lande bietet sich im Winter ungemein viel freie Zeit, die auf diese Art nützlichst angewandt werden kann. Durch die Wirtschaftskrise ist ein großer Rückstrom von Arbeitern nach dem Lande hin zu beobachten. Die Landwirtschaft selbst kann wenige der Leute unterbringen, und so ergab es sich fast von selbst, daß die Menschen Betätigung im eigenen Heim anstreben. Außer der wirtschaftlichen Erleichterung, die sie durch die Selbstfertigung eigener und auch fremder Bedarfsmittel genießen, bringt diese volkswirtschaftliche Kunst den Menschen auch seiner Heimat wieder ein Stück näher.

Sprechchor für proletarische Feiertänzer. Sonntag, den 4. Juli, Besichtigung des Botanischen Gartens, Treffpunkt pünktlich 2 Uhr nachmittags am Eingang zum Botanischen Garten, Straße „Unter den Eichen“.



Neben der mit gelippten Ouvertüre zu Aubers „Der schwarze Domino“ und einer mittelmäßigen Butterfly-Phantasie sang im Radionachmittagkonzert der Bariton Richard Koenig eine Reihe von Wolf, Brahms und Schubert. Die Stimme, in der Mittellage gefällig, klingt in der Höhe gepreßt, eignet sich wenig zur Uebersetzung durch Radio, sie bleibt völlig farblos; ihr fehlt Biegsamkeit, und auch der Ausdruck läßt noch zu wünschen übrig. Das Abendkonzert zeichnete sich ebenfalls durch seine merkwürdige Zusammenfügung aus. Zuerst sang Louis van de Sande gregorianische Choräle. Es bleibt ein gewagtes Unternehmen, diese in ihrer herben Architektur erhabenen Gelänge im Rundfunk zu übermitteln. Es fehlt die Suggestion des Raumes. Zum Abendessen als Musikbegleitung serviert, nehmen sie sich sonderbar aus; jedenfalls blieb selbst das erschütternde „Dies irae“ ohne Wirkung. Und dann dies: die Gesänge sind für den Chor geschrieben, und eine Solostimme kann kaum einen Chor ersetzen. Uebrigens ist der Rundfunk kein musikhistorisches Seminar. Daß aber zwei Minuten nach den gregorianischen Chorälen ein musikalisches Reg-Bild mit Operarien, Liedern zur Laute, Posaunenjolo und ähnlichen Scherzen in Szene ging, ist eine Geschmacklosigkeit. Herr Michelsen spielte auf der Posaune sehr schön „O Isis und Osiris“ und „Gute Nacht, du mein herzliches Kind“, auch gegen Herrn Kiehl's Lautenorträge ist kaum etwas einzuwenden, Franz Baumann preßt in der Höhe, und Eise Tuschka singt die Zerline aus dem „Fra Diavolo“ etwas wehleidig, an sich alles aber diskutierbare Leistungen. Doch diese Zusammenfügung. Wer mag nur der verantwortliche Redakteur dafür sein? Warum immer diese Gartenlaubenspeise? Die Berliner sind doch nicht nur Leute für das trauze Heim.

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 30. Juni.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
3.30 Uhr nachm.: Jugendbühne (Unterhaltungsstande). Die Funkprinzessin erzählt: Trübsereien an französischen Kaminen von A. Volkman-Leander. Die Funkprinzessin: Paula Knäpfer.
4.30 Uhr nachm.: Dr. Rudolf Wegner: „Klimatologische Gesichtspunkte bei der Auswahl von Badeorten“. 5 Uhr nachm.: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Franz v. Sapanowski. 6-6.30 Uhr abends: Toemusik aus dem Hotel Adlon (Kapelle Marek Weber). Anschließend: Ratschläge fürs Haus, Theaterdienst. 7 Uhr abends: Oberregierungsrat Prof. Dr. Möllers: „50 Jahre Reichsgesundheitsamt“. 7.30 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Rechtswissenschaft: Dr. Th. Tichauer: „In den Maschen des Strafgesetzes (Beweis und Gegenbeweis)“. 7.55 Uhr abends: Bibliotheksdirektor Dr. W. Hoppe: „Märkisches Land und märkische Geschichte“. 8.30 Uhr abends: Klubabend. 1. Einleitende Worte. 2. Aus Klubs Werken. Mitwirkende: Der Dichter, Karola Neher. 8.30 Uhr abends: Sinfonie D-Moll, Nr. 4, von Robert Schumann. Ziemlich langsam, Lebhaft, Romanze (ziemlich langsam), Scherzo (lebhaft), Lebhaft. Berliner Funkorchester. Dirigent: Dr. W. Buschkötter. Anschließend: Steuerterminkalender für Juli. Ferner: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst.

Königswusterhausen, Mittwoch, den 30. Juni.

1.10-1.40 Uhr nachm.: Lektor Grandner und Walinski: Französisch für Schüler. 3-3.30 Uhr nachm.: Studienrat Friebel und Lektor Mann aus London: Englisch für Anfänger. 3.30-4 Uhr nachm.: Studienrat Friebel und Lektor Mann aus London: Englisch für Fortgeschrittene. 4-4.30 Uhr nachm.: Prof. Dr. Armbruster: Bienenzucht und Pflanzenzucht. 4.50-5 Uhr nachm.: Mitteilungen des Zentralinstituts. 5-5.30 Uhr nachm.: A. v. Gierke: Was ist soziale Arbeit? 8.30 Uhr abends: Uebersetzung von Berlin.



Das hohe „C“
Die vornehmste 6 1/2 Cigarette

Sie singt nicht wie der Sängler singt und doch Melodie in ihr erklingt!

Orient-Tabac-Opport-fabrik Yankler & Co. H.R. Dresden
Köln, Königsberg, Lit., Seiffennersdorf, L.S.

Ostdeutsche Bauhütten-tagung.

Der Verband sozialer Baubetriebe veranlaßt die Leiter der sozialen Baubetriebe des östlichen Deutschland zu einer Ostdeutschen Bauhütten-tagung. In gemeinsamer Arbeit sollten Erfahrungen ausgetauscht werden und vor allem Wege zur rationalen Betriebswirtschaft aufgezeigt werden. Der Konkurrenzkampf mit den privatrechtlichen Betrieben zwingt die sozialen Baubetriebe, sämtliche technischen Fortschritte im Hausbau anzuwenden. Rationalisierung und möglichste Verwendung von Maschinen da, wo sie rentabel werden, fordert der Leiter der betriebswissenschaftlichen Abteilung des Verbandes Rade in seinen Ausführungen. Um zu wirtschaftlicher Betriebsführung zu gelangen, muß ein Beobachtungs-system eingestellt werden, welches die gebräuchlichsten Arbeitsmethoden blickt. Der kalkulierende Beamte berichtet laufend seine Kalkulationsdaten auf Grund der im Betriebe gemachten Erfahrungen. So ist es möglich, richtige Selbstkostenberechnungen zu schaffen, die Vorbedingung sind für eine wirtschaftliche Betriebsführung. In der anschließenden Diskussion wurden von den Leitern einzelner Betriebe über die bisher gemachten Erfahrungen berichtet. Durch die Berichte wurde der Eindruck verstärkt, daß die sozialen Baubetriebe nicht nur gut florieren, sondern sich auch außerordentlich gut im Konkurrenzkampf mit anderen Betrieben behauptet haben. Im Anschluß an die Ausführungen wurde eine Besichtigung der modernen von der Bauhütte gebauten Großsiedlung Briz vorgenommen. In großzügiger Weise baut auf dem Bredehagen Gut die „Behag“ 1040 Wohnungen mit modernsten Bagger- und sonstigen Hilfsmaschinen. In Lichtentz wurde die noch vollständigen Patente gebaute Kriegsbeschäftigten-siedlung besichtigt. Dort werden die Häuser aus fertigen Blöcken zusammengesetzt, so daß es gelingt, in 100 Tagen 78 Wohnungen schlüsselfertig herzustellen. Die herstellende Firma, die Decidantengesellschaft, hat bereits 8 Häuser vollendet.

Der zweite Verhandlungstag war für die Arbeitsberichte und Organisationsbesprechungen vorgesehen. Genosse Jaeger von der Bauhütte Berlin sprach über Fragen der Auftragsverteilung. Es ist im Baugewerbe üblich geworden, daß, wer das niedrigste Angebot einreicht, den Bauauftrag erhält. Darunter müssen die sozialen Betriebe sehr leiden. Sie müssen nämlich Preise halten, die von Firmen gemacht worden sind, die nur einen Auftrag erhalten wollen, weil ihre Gläubiger anders nicht mehr vertrieben werden können. Es muß heute immer von den Bauherren, d. h. hier von den sozialen Baubetrieben darauf gedrungen werden, daß von dem Auftraggeber genaue Angaben über die Baufinanzierung gemacht werden. Ohne diese Angaben können zu leicht Verluste entstehen. Genosse Vademann erstattete sodann Bericht für den Berliner Bezirk, zu dem Brandenburg, Pommern, Sachsen und Anhalt gehören:

In dem Berliner Bezirk bestehen 21 Betriebe mit 1 058 000 M. Anlage und 4 000 000 M. Betriebswerten. 21 Betriebe haben im Jahre 1925 einen Gewinn von 192 000 M. gebracht. 5 Betriebe haben einen Verlust von 40 000 M. zu verzeichnen. Am Ende 1925 war ein Auftragsbestand in Höhe von 13,3 Millionen Mark vorhanden. Beschäftigt werden in diesen Betrieben 2856 Personen. Die Malerhütte Berlin ist mit 150 Mann Personal der zweitgrößte Malerbetrieb Berlins. In Ostpreußen ist der Baumarkt weniger günstig. Beschäftigt werden in 14 Betrieben 1059 Personen. Der Auftragsbestand beträgt 2 Millionen. Die Ostdeutsche Malerhütte ist mit 54 Mann Personal der größte Malerbetrieb in Ostpreußen. Die Tischlerei hat für 250 000 M. Aufträge 1925 erledigt und den dritten Teil aller Tischlerarbeiten in sämtlichen Neubauten Königsbergs ausgeführt. In Schlesien bestehen 21 Betriebe, die im Augenblick 1670 Mann Personal beschäftigen. Der Auftragsbestand beträgt 7 410 000 M. Wie schnell die Betriebe sich vergrößert haben, beweist die Lohnziffer. Im Jahre 1924 betrug die Lohnsumme 1,2 Millionen, 1925 2,4 Millionen Mark.

Vandtagsabgeordneter Meyer (Solingen) sprach dann über Bauhütten und Baugenossenschaften. Durch die Baugenossenschaften, d. h. durch eine straffe Zusammenfassung der Mieter ist es möglich, ganz intensiv den Wohnungsbau zu fördern.

In Solingen sind 25 Proz. der Einwohner in einer Baugenossenschaft

zusammengefaßt. 10 Proz. der gesamten Bauten Solingens sind in den Händen der sozialen Wohnungsbauorganisation. Es ist mit dieser starken Organisation möglich gewesen, die Wohnungen billig zu bauen. So kostet eine Wohnung von 2 Stuben und Küche (50 Quadratmeter Wohnraum) 22-25 M. Informatorisch wurde dann noch der Bericht über die ganze Organisation der sozialen Baubetriebe gegeben. Es bestehen im ganzen 201 Betriebe, die in 10 Bezirke zusammengefaßt sind. Ein Teil der Betriebe hat noch Filialen. Rechnet man alle Betriebe zusammen, so sind es 400 Betriebe. Im Jahre 1925 wurden im Anfang 10 500 Mann, später sogar 19 200 Mann Personal beschäftigt. 1925 haben 102 Betriebe — von den übrigen fehlen noch die Berichte — für 46 Millionen Mark an Aufträgen erledigt. Im ganzen dürfte eine Auftragsumme von 60 bis 65 Millionen herauskommen. Sämtliche Betriebe haben gegenüber dem Vorjahr erhebliche Steigerungen ihres Personals vornehmen müssen. Der Lohntag hat sich überall erhöht. Im stärksten Wirtschaftsniedergang hat der Verband der sozialen Baubetriebe mit seinen Betrieben eine Prüfung seiner Leistungen bestanden. Mit einem Schlusswort forderte Genosse Vademann alle Leiter auf, mit erhöhtem Mut wieder an die Arbeitsstellen zurückzukehren.

Sonnenwendfeier der Sozialistischen Arbeiterjugend.

Sonnenwende ist Zeitenwende. Das war der geistige Inhalt der Feier, die die Sozialistische Arbeiterjugend und Freie Gewerkschaftsjugend in der Nacht zum vergangenen Sonntag auf dem Reiterberg bei Gilm-Boisdam veranstalteten. Alle die natursohnen Burschen und Mädels, die das endlose Graue Hügelmeer auf einen Tag losließ, waren gekommen. Dieser Tag ist ihr Sonntag, und diesmal ein besonderer Sonntag: Feier der Sonnenwende, Fest des Naturbessinnens und Zukunftsbauens.

Die wolkenverhangene Nacht löst den Mond nur ahnen. Ein einziges fernes Sternlein zittert verloren zwischen Wolken. Ueber den ganzen Berg ziehen sich die Zeittager der Jugend. Tausend Tackeln, freudig erregtes Stimmengewirr, erlebende Gesichter. Letzte Stunden der Freiheit jagen das Blut schneller durch die Pulse. Am Fuße des Berges, der weithin durch die Ebene leuchtet, zieht das

Fackelmeer die Augen empor. Oben stehen Jungen, die am Tage mit alten Gesichtern um wenige Broitropfen sich plagen, und sehen mit hellen Augen in Luffel und Dorf, wo Phantasien von romantischem Zeit- und Zogerleben in dieser feuerhellen Juninacht Wirklichkeit werden. Um die leuchtenden Transparente sammeln sich die Gruppen, auf der dunklen Dorfstraße ordnet sich der feurige Zug. Nach kurzem Marsch ist im Luffel ein großer Halbkreis gebildet, Horn und Trommel gebieten tiefe Stille unter den Tausenden. Sprechchöre der Kochknechte, Banarbeiter, Landarbeiter, Angestellten und Handarbeiter reden von der Not der Arbeitenden, daß es im Halle würgt. Da — der Holzstoh lodert auf, hoch steigt die Feuerjule in die Nacht: Arbeiter der Hand und des Hirns, seid Kämpfer, seid stark, werdet mehr, daß in reinen Flammen eurer Zukunft Sklaverei und Not vergeht. Aus jungen Rechten schallt tausendfach die Internationale vom leuchtenden Berg in das dunkle Potsdamer Land, Kampflied folgt auf Kampflied, diese Jugend wird kämpfen.

Der Holzstoh sinkt zusammen, ein Funkenmeer erfüllt die Nacht, und in jedes Burschen- und Mädelsherz fällt ein Funken, der zur Flamme werden wird. Bis zum Morgen leuchtete der Berg ins Land. Dann kam der Sonntag, der die Profetarierjugend zu Wäldern und Blumen zog. Sie sangen und waren glücklich und frei. — Mit uns zieht die neue Zeit.

In den Vergiftungsfällen in Lichtentz teilt das Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin mit: Weber der klinische Befund noch die bakteriologische Untersuchung haben bisher einen Anhaltspunkt dafür ergeben, daß es sich bei den in Rede stehenden Fällen tatsächlich um Fleischvergiftungen handelt. Im übrigen geht es allen Patienten wieder gut, und es scheint sich nur um unerhebliche Fälle von Darmkatarrh gehandelt zu haben. Trotzdem sind alle erforderlichen Maßnahmen getroffen worden, um etwaige Folgen zu verhüten.

Der Narr, der Tod und das Leben nennt sich das Fest der Falkenberger am Sonntag, den 4. Juli. Leider hat der Druckschleierbold aus dem Leben ein Laster gemacht und die Stätte des Festes außerdem auch noch nach Falkenhagen verlegt. Falkenberg bei Grünau ist aber gemeint. Liebrigs wird zu allem Guten auch noch ein Marionettentheater hinzukommen, und die Arbeiterjugend wird besondere Spiele veranstalten.

Furchtbares Familiendrama in Anhalt.

Erst die Kinder, dann sich selber ertränkt.

Ein furchtbares Drama ereignete sich in Roswig in Anhalt. Der 26 Jahre alte Arbeiter Schulze fuhr mit seinen beiden Töchtern im Alter von drei und sechs Jahren nach der Elbe, bestieg mit ihnen einen Fähr Kahn, fuhr in die Mitte des hochgehenden Stromes und warf die Kinder in die Fluten, wo sie augenblicklich ertranken. Der einmischte Vater sprang hinterher und fand ebenfalls den Tod in den Wellen. Zuschauer konnten ihm keine Hilfe bringen. Der Grund zur Tat soll in Unregelmäßigkeiten zu suchen sein, die sich Schulze bei der Verwaltung verschiedener Kassen hat zuschulden kommen lassen.

Erdbeben und Erdverschiebungen.

Erdbebenherd in Freiburg i. B.

Nach den Aufzeichnungen der Schweizerischen Erdbebenwarte in Zürich setzte vom Montag abend nach 11 Uhr ein Erdbeben ein, das seinen Herd in der Gegend von Freiburg im Breisgau hatte. Dem Hauptstoße voran gingen schwächere Erdstöße. Des weiteren wurde auf der Schweizerischen Erdbebenwarte registriert am Montag um 10 Uhr 15 Minuten ein Rahbeben in etwa 310 Kilometer Entfernung, wahrscheinlich in Italien, und am Dienstag morgen um 7 1/2 Uhr ein Fernbeben aus etwa 8610 Kilometer Entfernung. In der Bodenseeregion und im badischen Land sind die Erdbeben besonders stark bemerkbar gewesen. In manchen Gegenden verbrachte die Bevölkerung die Nacht unter Gebeten in der Kirche. Das Beben dauerte übrigens im ganzen nur zwei Minuten.

Elementarkatastrophe auf Sumatra.

Batavia, 29. Juni. (A.F.S.) An der Westküste von Sumatra wurden im Distrikt Badang durch Erdverschiebungen große Zerstörungen angerichtet. Telegraphen- und Telefonverbindungen wurden unterbrochen, die Eisenbahnlinien und großen Verkehrsstraßen zerstört. Die Stadt Badang, Pandjang wurde größtenteils verwüstet. Man befürchtet, daß noch mehrere größere Erdstöße des Oberlandes von Badang betroffen werden sind. Viele Menschen wurden getötet und verletzt. Polizeiabteilung und Gendarmerie sind von der Hauptstadt Badang nach Pandjang abgegangen. In der Stadt Badang selbst sind viele steinerne Gebäude eingestürzt.

Angora, 29. Juni. (A.F.S.) Das westliche Kleinasien ist durch ein starkes Erdbeben erschüttert worden. In Fezhi wurden zehn Häuser und eine Moschee vollkommen zerstört. Der Schaden beläuft sich auf über 100 Millionen türkische Pfund.

Weiterer Rückgang des Hochwassers.

Der Wasserstand der Elbe bei Magdeburg zeigte am Dienstag früh eine Höhe von 3,95 Meter, das bedeutet im Vergleich mit dem Pegelstand vom Montag ein weiteres Fallen um 23 Zentimeter. Auch die Rude und die Saale weisen jetzt überall ein langsames Fallen auf. Die letzte Hochwasserwelle hat am Dienstag früh bereits Lauenburg erreicht. Von der Havel wird ein Anwaschen gemeldet. Das Bregener Wehr ist jetzt vollkommen geschlossen. Am Dienstag früh um neun Uhr sind die letzten drei Tische herabgelassen. Der Wasserstand am Bregener Wehr betrug vor der Schließung 5,24 Meter und nach der Schließung 5,35 Meter. Eine Hochwasserfahr besteht für Magdeburg nicht mehr. Bei Boizenburg an der Elbe wurde am Dienstag der Sommerdeich, an dessen Erhöhung seit mehreren Tagen fieberhaft gearbeitet wurde, in einer Breite von 10 Metern durchbrochen. Starkes Wachsen des Hochwassers ist noch aus dem Kreise Lühm zu melden. In der Seege-Niederung steigt das Wasser auswärts bis über Riendorf hinaus. In den Seege-Niederungen steigt das Wasser ebenfalls unaufhaltsam weiter. Das ganze Seegebiet ist eine riesige Wasserfläche.

Selbstmord im Gerichtgefängnis.

Der 22jährige Fleischer Kurt Müst hatte am Montag bei der Urteilsverkündung des Schöffengerichts in Götlich wegen Diebstahls im Rückfalle im Gerichtsloale aus einer Browningpistole zwei Schüsse abgegeben, ohne jemand zu treffen. Am Nachmittag desselben Tages hat sich Müst dann innerhalb des Treppenhauses des Gerichtgefängnisses aus der Höhe des vierten Stockes herabgestürzt. Er erlitt schwere Verletzungen, die seinen alsbaldigen Tod zur Folge hatten.

Todessturz zweier Dachdecker vom Kirchturm.

Bei der Aufriktion eines Kreuzes auf der neuerbauten katholischen Pfarrkirche in Reheim-Hüsten in Westfalen ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Zwei mit dieser Arbeit beschäftigte Dachdecker, die Gebrüder Rothhoff, stürzten aus bisher noch unbekannter Ursache vor den Augen ihres Vaters in die Tiefe. Während der eine sofort tot war, wurde der andere schwer verletzt.

Der lebende Tote. Man schreibt uns aus Nordböhmen: Dem gewiß seltenen Falle, daß ein vermischer und toterklärter Krieger aus dem böhmischen Niederlande, der bereits auf dem Kriegerdenkmal seiner Heimat als tot verzeichnet war, gefund noch Hause lehrte, hat sich nun in der Elbstadt Lobositz ein ebenso merkwürdiger Fall zugeleitet, daß der 34jährige Josef Brominski aus Jentschitz, der vor 12 Jahren mit der ersten Kompagnie des nordböhmisches Hausregiments ausrückte und als Gefangener seit 1916 nichts mehr hören ließ, jetzt plötzlich aus Sibirien, aus dem Dorfe Woltschanskaja, Staniza Moskolenko, Gouvernement Omsk, geschrieben hat und in die Heimat will, obwohl er beneidet, gerichts-mäßig im August 1925 als amtlich tot erklärt, für ihn eine Trauer-messe gelesen wurde. Die Heimat hat eine Sammlung eingeleitet, um den Totgegläubten die Heimreise zu erleichtern.

Schweres Automobilunglück in Südkamien. Ein Automobil, auf dem sich 20 Personen befanden, stürzte auf der Straße Cetinje-Njeguši in einen Abgrund. Zehn Passagiere kamen dabei ums Leben, die übrigen wurden verletzt. In dem Unglück ist die Ungeklärtheit des Führers schuld.

Mordtat eines Wahnsinnigen. In der oberpfälzischen Ortschaft Pällersreuth hat der 34jährige geisteschwache Bauernsohn Josef Witt in einem Wohnstübchen seiner 66 Jahre alten Mutter mit einem Taschenmesser den Kopf vollkommen abgeschritten. Der Täter wurde in das Landgerichtsgefängnis Weiden eingeliefert.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“
Gesellschaftliche: Berlin S. 14, Schönländstr. 37-38. Sof. 7 U.
Schöneberg-Reichenau: Rammelsdorf Köllendorf Pl., S. 30. 7 Uhr.
Berliner Arbeiter-Verein: Köllendorf Köllendorf Pl., S. 30. 7 Uhr.
Berliner Arbeiter-Verein: Köllendorf Köllendorf Pl., S. 30. 7 Uhr.
Berliner Arbeiter-Verein: Köllendorf Köllendorf Pl., S. 30. 7 Uhr.
Berliner Arbeiter-Verein: Köllendorf Köllendorf Pl., S. 30. 7 Uhr.

Reichsbanner sozialer Frontalbauern E. B. Bezirk Koch: Donnerstag, 1. Juli, im Coedon Friedrichshagen Sommerfest, Gartenfest, internationale Vorträge, Kaffeehaus, Eintrittspreise. Die Veranstaltung findet auch bei ungünstigem Wetter statt.

Sport.

Jandek und Baron heute abend auf der Röh-Wrena. Die erste Berufsfahrerveranstaltung der Röh-Wrena meist bereits eine Sensation auf, denn es ist Röh gelungen, für das am Mittwoch abend stattfindende Internationale 100-Kilometer-Mannschaftsrennen die beiden ausgezeichneten französischen Mannschaftsführer Jandek und Baron zu verpflichten, wodurch das Rennen einen ganz besonderen Reiz erhält, denn man kann gespannt darauf sein, wie unsere erstklassigen Paare Lorenz-Cudde, Oskar Kiez-Knappe, Koch-Miethe, Hahn-Schrage, Buchenberger-Schürmann usw. gegen die berühmten Pariser Spezialisten für Mannschaftsrennen abfinden werden. Die genaue Startzeit werden wir noch bekannt. — Für die Amateurrennen sind die Meldungen so zahlreich eingetroffen, daß für das 5000-Meter-Punktelabren für Junioren, d. h. für solche, die noch keinen ersten Preis errungen haben, Vorläufe erforderlich geworden sind, die bereits 7 1/2 Uhr beginnen, damit das eigentliche Programm nicht länger als drei Stunden dauert. Die erste „Deutsche Meile“ steht die besten Amateure Berlin, die am Samstag und Sonntag um die Welttitel der Reichshauptstadt streiten, abermals am Start. Das offizielle Programm beginnt um 7 1/2 Uhr. Die Eintrittspreise sind sehr niedrig gehalten; bereits von 1,50 M. an sind Eintrittskarten erhältlich. Der Sonderlauf hat an den Rassen der Röh-Wrena bereits begonnen.

Geschäftliche Mitteilungen.

Sechs außerordentlich billige Tage bei G. Wem! Die feinsten, besten 1.-A. bei Wem! bestmöglichen billigen Tage sind diesmal auf 6 Tage erweitert worden, um denjenigen, die zu Ferienbeginn reisen, rechtzeitig Gelegenheit zu geben, wertvolle Qualitätswaren zu niedrigen Preisen kaufen zu können. Niemand sollte sich die außerordentlich günstigen Angebote entgehen lassen.
Am 1. Juli 1926 wird Berlin um eine neue Gashütte bereichert werden. Es handelt sich um die Berliner Niederlassung des Münchener Bohrbaus, der im Europapark in der Röniggrüder Straße ein würdiges Heim in der Reichshauptstadt erbaut werden soll. Die Gashütte wird alle Räume des Bohrbaus, der den Amalthea- und die beiden am Amalthea-Platz entstehenden Gashütten bildet. Die Trinkwasser soll im belebenden dem eigenen Bohr eine schnelle Gefrühung in annehmlichem Raum bieten. Die Einrichtung schließt sich in ihrem Charakter ganz an das Münchener Vorbild an, macht jedoch der Eigenart des Berliner Publikums die weitestgehenden Augenmaß.
Eine kleine Kaufmannschaftliche. Billige Qualität — ganz Recht. So lautet das Thema, für das wir Ihre Aufmerksamkeit für eine Minute erbiten. Heute hängt es mehr denn je daran ab, vorzüglichst einzukaufen, damit man sich in den Ferien und auf der Reise einmal etwas mehr leisten kann. Die Firma Gebr. Brumach, eine der ältesten und renommiertesten Berliner Firmen (gegründet 1828), Spezialhaus für Leinwand, Strumpf- und Wollwaren, steht in ihrem heutigen Interat wirklich vornehmliche Angebote, die jede Ausdauer erlangen müssen. „Eine Minute“, so beginnt das Inserat; aber es lohnt sich nicht, nicht nur die Preise im Inserat anzusehen, sondern auch einmal die Ware am Lager der Firma in der Rönig-Gröde Spandauer Straße. Wir bitten einen Besuch nur empfehlen.

Wunderlauf bei Leipzig-Bursch! Kommt und fröh das Lager durch, und ihr fröh — zehnpennig! — 50 und noch mehr Prozent!

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin. (Nachdr. verb.) Trocken, wärmer, zunehmende Aufhellung. — Für Deutschland: Kurzfristige härtere Bemöhlung. Trocken, wärmer.

Eröffnung meines Erweiterungsbaues morgen früh 8 1/2 Uhr

Mit ca 4000 Quadratmeter Geschäfts-, Fabrik- u. Lagerräumen, eigener Bettfedern-, Bettwäsche-, Steppdecken- u. Matratzen-Fabrik, unbedingt größtes Spezialhaus Deutschlands für Bettfedern, Betten und Schlafzimmerbedarf.

Fabrik **Lustig** Gustav Prinzenstr. Turm-Ecke

TURMECKE Prinzenstr. 105

Aufpassen! Man irrt sich - Lustig nur

GUSTAV LUSTIG BETTFEDERN - LUSTIG

Große Kaffee-Reklame

bis Dienstag, den 6. Juli

Spezial ¼ Pfd. 1.¹⁵ jetzt **1.-** M.
Exquisit ¼ Pfd. 1.⁰⁵ jetzt **90** Pf.

Hochfein ¼ Pfd. 85 jetzt **70** Pf.
Extrafein ¼ Pfd. 70 jetzt **55** Pf.

Eigene
Kaffee-Rösterel

Reichelt

147 Geschäfte
In Groß-Berlin



Für die See — Für das Gebirge eine Schutzbrille und ein Reiseglas

Diese moderne Schutzbrille

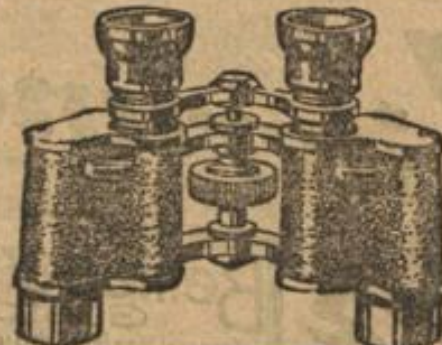
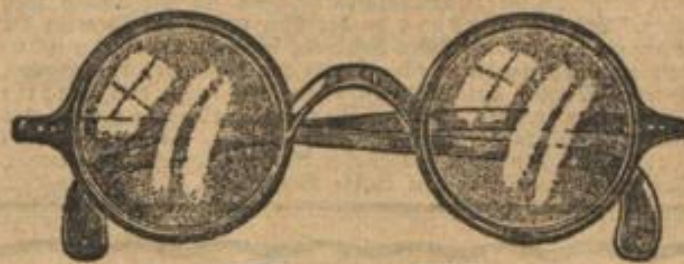
mit Gläsern
in hellem oder dunkel em Horn
R. 2.50, 3.-, 3.50, 4.-
Sportbrille mit Double-Einlage
R. 9.- 12.-
in editem Schildpatt R. 22.- 33.-

Farbige Gläser

in grau, blau, grün, gelb
und auch fast farblos
in allen Schürfen
von R. 1.50 an
pro Paar händig am Lager.

Kostenlos
prüfen wir Augen und Sehkraft mit
Sorgfalt nach unserer bewährten
Methode.

Reparaturen werden sofort
erledigt.



Optiker Ruhnke's Prismen-Binokel

Televisi: für Reise, Jagd u. Sport.
6 x 26 nur R. 75.-
8 x 26 " 85.-
10 x 27 " 100.-
12 x 40 " 120.-

Noctovisi: Extra höchstarkes Jagd-
glas.
7 x 40 nur R. 140.-
neu 6 x 33 nur R. 120.-

Oral: Besonders kleines Sportglas.
4 1/2 x 19 nur R. 75.-

Romballe von R. 2.- bis 25.-
Gygrometer . . . 8.50, 85.-
Barometer . . . 10.- 100.-
in reicher Ausstattung.

Optiker Ruhnke

C
Spittelmarkt
Ecke Wallstraße
Alexanderplatz
nahe Aschinger
König-Str. 55
gegenüber Rathaus

W
Friedrich-Str. 103a
Ecke Leipziger Straße
Friedrich-Str. 150
Leipziger Str. 119
Ecke Mauernstraße
Lank-Str. 1
Ecke Potsdamer Straße

N
Schönhauser Allee 81
am Bahnhof Köpenick
Friedrich-Str. 106
Ecke Ziegelstraße
Invaliden-Str. 164
Ecke Brunnenstraße
Invaliden-Str. 117
am Statuen Bahnhof
Chaussee-Str. 72
nahe Mühlstraße

O
Frankfurter Allee 14
nahe Tietz

SW
Friedrich-Str. 235
Ecke Hedemannstraße
Belle-Alliance-Str. 4
nahe Jandori

SO
Oranien-Str. 44
sv. Moritz- u. Oranienplatz

Charlottenburg:
Tauentzien-Str. 15
sv. Marburger u. Rankstr.
Joachimsthaler Str. 2
nahe Bahnhof Zoo

Neukölln:
Berg-Str. 4
Ecke Ziegelstraße

Friedenau:
Rhein-Str. 18
Ecke Kirchenstraße

Schöneberg:
Haupt-Str. 21
Ecke Akazienstraße

Wilmerdorf:
Berliner Str. 152-153
nahe Uhlendorferstraße

Krisenverschleppung oder Krisenlösung?

Notstandsarbeiten soziale Notwendigkeit. - Brecht die Diktatur der Dividende!

Ueber die volkswirtschaftliche Bedeutung der Arbeitslosigkeit ist sich die Öffentlichkeit nur allzu wenig im Klaren. Zunächst ist der Umfang der Arbeitslosigkeit größer, als die veröffentlichten Zahlen zeigen. Hatten wir am 15. Mai 1743 000 Hauptunterstützungsempfänger (heute sind es noch mehr), so kommen 30 bis 50 Proz. nichtunterstützte Arbeitslose hinzu. Die Ziffer der Arbeitslosen steigt damit auf rund zweieinhalb Millionen. Das ist annähernd ein Sechstel der 19 Millionen bei den Krankentafeln eingetragenen Mitglieder. Dazu kommt die Zahl der Kurzarbeiter in etwa gleicher Höhe. Rechnet man ihren Arbeitsausfall auf Vollarbeit um, so feiern in Deutschland über 3 1/2 Millionen arbeitsfähige Menschen voll. Dazu kommen hunderttausende Arbeitsfähige, die im Gemeinde- oder Staatsdienst abgebaut worden sind. In den durch die Inflation ergriffenen Kreisen sind weitere Hunderttausende, denen die Möglichkeit zu einer Beschäftigung ebenfalls fehlt. Diese viersachen Millionen arbeitsfähiger Menschen arbeiten aber nicht nur nicht, sie kosten; sie produzieren nicht nur nicht, sie verbrauchen. Es ist nicht damit abgetan, daß man die Last der Gewerkschaften mit 1300 Millionen im Jahre ansieht. Das soziale Defizit der Krise ist viel größer. Er umfaßt den vollen Verbrauch aller Arbeitsfähigen, für die die Arbeit fehlt und durch die irgendwie und irgendwo öffentliche Sozialerats belastet werden. Rechnet man wenig, so bedeutet der Beschäftigungsmangel für die wohl Arbeitsfähigen, aber Arbeitslosen 3,4 Milliarden jährlich. Das soziale Defizit der Krise, in der Deutschland steckt, schlägt also für die Volkswirtschaft falsche Kosten zu diesem riesenhaften Betrage ein.

Die Bedeutung der Notstandsarbeit.

Wir leben im kapitalistischen System. Jeder Aufwand muß hier seine Rechnung finden. Von nichts kommt nichts. Rag sich das Privatkapital drehen und wenden, wie es will: es gibt nur eine Quelle, aus der solche Lasten bestritten werden können; das ist der Umsatz und der Ertrag der Privatwirtschaft. Möglich ist, daß die Kosten für das soziale Defizit der Krise von der Privatwirtschaft nicht auf einmal aufgebracht zu werden brauchen. Das kann durch öffentliche Anleihen geschehen. Müssen diese Anleihen aber verzinst und getilgt werden, und das müssen sie auf alle Fälle, so müssen wieder Umsatz und Ertrag der Privatwirtschaft die Zins- und Tilgungslasten tragen. So wollen es die Gesetze des kapitalistischen Systems! Von der Haftung für die Kosten einer falschen Wirtschaftsführung, wie sie in dem Beschäftigungsmangel einer Krise zum Ausdruck kommen, kann keine noch so kapitalfreundliche offizielle Wirtschafts- und Sozialpolitik das Privatkapital befreien.

Je größer die Arbeitslosigkeit ist und je länger sie dauert, desto mehr kostet sie. - Mögen die Gründe noch so vielfach sein, und mögen selbst Elementarereignisse mitspielen, für die Kosten haften auf die Dauer das Privatkapital und die Privatwirtschaft. Sie dürften daher kein größeres und wichtigeres Interesse kennen, als das soziale Defizit möglichst klein zu halten und seine Wirksamkeit auf eine möglichst kurze Zeit zu beschränken. Das Problem einer rationalen Krisenlösung kann deshalb nur sein, gleichviel, ob die Kosten aus dem gegenwärtigen oder zukünftigen Ertrag der Wirtschaft zu bestreiten sind, die falschen Gegenwärtigen, die Zinsen- und Tilgungslasten der Zukunft möglichst niedrig zu halten. Das ist nur möglich, wenn alle Krisenpolitik auf die schnellstmögliche Auffassung der Arbeitslosenheere, auf die schnellstmögliche Arbeitsbeschaffung der nur Verbrauchenden und Kostenden abgestellt wird. Damit können aber auch die Notstandsarbeiten, die der 8. Ausschuss des Reichstags zur Beschlussfassung empfohlen hat, nur ein Mittel der Sozialpolitik sein, niemals aber ein Weg der Krisenpolitik.

Aktive Krisenpolitik und ihre Aufgaben.

Das Deprimierende an der gegenwärtigen Situation ist, daß sich die offizielle Wirtschaftspolitik mit der Inangriffnahme dieser Notstandsarbeiten und der Beschaffung der erforderlichen Mittel begnügen zu wollen scheint. Sie scheint die sozialpolitischen Notstandsaktionen mit der erforderlichen aktiven Krisenpolitik zu verwechseln. Das herausragendste Kennzeichen der gegenwärtigen Reichspolitik war bisher ein durchaus steriler, an-

gestichts der Gesamtlage last grotesk wirkender Optimismus. Das wenige, was das Wirtschaftsministerium an gutem Willen und praktischen Erfolgen bisher diesem Optimismus hinzufügen konnte, fällt nicht ins Gewicht. (Sonderkredit der Reichsbahn, Exportkreditversicherung, Ruffengarantie.) Für die Lösung der Krise wird so gut wie nichts geschehen sein, wenn nicht durch aktive Krisenpolitik in der Privatwirtschaft und für die Privatwirtschaft die Wege freigemacht werden, die zur Krisenlösung führen. Das heißt nicht zum Augenblickswohl des Privatkapitals. Im Gegenteil; daß die gesamte bisherige Wirtschaftspolitik nur auf den Augenblickswohl des Privatkapitals, nicht auf den Dauerwohl der Gesamtwirtschaft abzielte, das hat die heutige schwere Krisenlage zum großen Teil erst geschaffen. Weil diese aktive Krisenpolitik im kapitalistischen System durchzuführen ist, gehören zu ihr auch kapitalistische Mittel. Die Verluste, die in dieser Krise zu tragen und zu überwinden sind, diese Verluste sind nicht zu sozialisieren, sie sind zu privatisieren. Wenn die offizielle Wirtschaftspolitik fortfährt wie bisher in der Sozialisierung der Krisenverluste, dann gibt es für die Krise kein Ende; bestenfalls ein Ende mit Schrecken, wie am Ende der Inflation, auch für die Privatwirtschaft.

Die Wege zur Krisenlösung.

Für die Krisenlösung in Deutschland gibt es nur zwei Mittel: erstens die Selbsthilfe der Privatwirtschaft, zweitens die aktive, planmäßige Krisenlösungspolitik des Staates. Aber eines ist nicht ohne das andere möglich. Und vor allem: beide Mittel können sich nicht zum Vorteil des privatrechtlichen Augenblicksinteresses ergänzen, sondern sie müssen notwendig gegeneinander stehen. Nicht Gewinne sind heute zu machen, sondern Verluste sind zu verteilen. Daß diese Verluste zur Verteilung kommen, und zwar rationell, das ist zunächst die wichtigste Aufgabe der staatlichen Krisenpolitik. Nur dann kann die Privatwirtschaft sich auch selber helfen. Bisher hat sich die Privatwirtschaft um diese Verluste gedrückt, soweit sie konnte. Das war ihr Recht. Aber die offizielle Wirtschaftspolitik hat ihr dabei geholfen, so gut sie konnte. Das war der Fehler. Die Dividende, die Rente vor Trumpf, nicht das Gesamtinteresse. Statt Mittel der kapitalistischen Wirtschaftsführung, statt Brückstein der Wirtschaftlichkeit dieser Wirtschaftspolitik, waren Dividende und Rente; auch für die offizielle Wirtschaftspolitik. Die Verluste wurden abgewälzt auf die Schwachen; so lange es ging, länger, als es die bescheidene volkswirtschaftliche Vermutung erlaubte. Die Millionenarbeitslosigkeit, die heutigen Defizite aller Sozialerats sind dafür Zeugen. Das Ergebnis war eine zum Himmel schreiende volkswirtschaftliche Defizitpolitik.

Mit dieser volkswirtschaftlichen Defizitpolitik hat jede vernünftige staatliche Krisenpolitik heute zu brechen. Beschränkt sie sich auf die Notstandsaktionen, so wird der Erfolg der Notstandsaktionen - abgesehen von der sozialpolitischen Wirkung - nur sein, daß das Privatkapital die Gewinne aus den vermehrten Aufträgen einfach kapitalisiert. Die Krise aber wird verschleppt und auf Dauer verhärtet.

Der Gesamtwirtschaft ist nicht zu helfen, wenn man nicht in der Kreditpolitik, der Kartellpolitik, der Handelspolitik neue Wege einschlägt. Neue Wege aber kann man hier nicht gehen, wenn man der Diktatur der Dividende und der Rente über das Gesamtinteresse, wenn man nicht den Spezialinteressen des industriellen und agrarischen Schwerekapitals, der Kreditbankwirtschaft des privaten Bankkapitals rücksichtslos zu Leibe geht, die die Lebenskraft der Wirtschaft ebenso auslaugen, wie die Konsumkraft der Massen. Diese Diktatur des Gewinninteresses und der hochkapitalistischen Spezialinteressen wurde von der offiziellen Wirtschaftspolitik bisher gefördert, durch die unzulängliche Initiative der Parlamente nicht gehemmt. Niemals hätte diese Krise ein solches Ausmaß angenommen, wenn nicht systematisch die Kapitalhoerjörung der mittleren Industrie der Kapitalüberfütterung der schweren Industrie, wenn nicht die Konsumkraft der Massen dem Tagesinteresse des Montan- und Agrarabfels geopfert worden wäre und nicht die Herrschaft der Zins- und Barentartelle, statt sie vorübergehend zu stützen, von Reichsbank und Reichsregierung gestützt worden

wären. Der ehemalige Staatssekretär Professor Hirsch vertritt wahrhaft eine gute Sache, wenn er kürzlich zu den schärfsten Maßnahmen gegen die brutale Zinspannen- und Pfänderpolitik der Bankentartelle aufgerufen hat, die wir schon immer als das ernsthafteste Krisengeschwür in der deutschen Wirtschaft bekämpft haben. Wir halten auch seine weiteren Vorschläge für zweckmäßig, die gegen die Kartellherrschaft billigere Preise durch die Wiederherstellung der Marktfreiheit im Inland, eine zweckmäßige Handelspolitik und Anleihen für den Wohnungsbau fordern unter Verwendung der Hauszinssteuererträge als Zinsen- und Tilgungsfonds für den Anleiheendienst. Dasselbe gilt für die Beschränkung der Kontrolle öffentlicher Anleiheemissionen, auf die Aufsichtsinstanzen und die systematische Finanzierung des letzten Konsums, Notwendigkeiten, die wir schon längst mit Nachdruck hervorgehoben haben.

Allerdings, die Staatsbureaucratie kann das nicht schaffen. Sie kann es um so weniger, je mehr sie klassenmäßig mit dem Säumer- und Finanzkapital verflochten und verschwägert ist. Und das ist heute noch weitgehend der Fall. Ist schon aktive Krisenpolitik eine Sache des Staates, so ist sie unmöglich ohne die Initiative einer aktiven Demokratie. Es wird Sache der Arbeiterklasse sein, wenn die Staatsbureaucratie versagt, mit ihren parlamentarischen und wirtschaftlichen Machtmitteln mit den widerstrebenden Tagesinteressen des Privatkapitals auch die widerstrebende Staatsbureaucratie auf den Weg einer erfolgreichen, aktiven Krisenpolitik zu zwingen.

Die Arbeitsmarktlage in der 4. Juniwoche. Verschlechterungen in der Landwirtschaft, im Bau- und Verkehrsgewerbe.

Eine wesentliche Veränderung ist nach den Berichten der Landesarbeitsämter in der vierten Juniwoche nicht eingetreten. Die schlechte Witterung und das Hochwasser haben besonders die Verhältnisse in der Landwirtschaft, im Bau-, Gastwirts- und Verkehrsgewerbe ungünstig beeinflusst. Im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau sind weitere Entlassungen nicht vorgenommen worden, in geringem Umfang sind Arbeitskräfte neu eingestellt worden. In der Textilindustrie hat sich bei allgemein ungünstiger Lage örtlich eine gewisse Belebung gezeigt. Häufig sind die Werke in der Lage, eingehende Aufträge ohne Neueinstellung von Arbeitskräften zu erledigen.

Zusammentritt des Reichselektrizitätsbeirats.

Am 1. Juli wird in Berlin der Reichselektrizitätsbeirat zusammentreten, um zu den akuten Fragen auf dem Gebiete der Elektrizitätswirtschaft Stellung zu nehmen. Der Beirat ist auf Grund der Befehle, betreffend die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft vom 21. Dezember 1919 errichtet worden. Danach gehören ihm je fünf Vertreter des Reichstages, des Reichsrats und der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen sowie zwanzig Sachverständige an, von denen je vier von der Reichsregierung, den Ländern, den Vertretungen der Provinzen, Gemeindeverbände und Gemeinden, der Zentralarbeitsgemeinschaft der Industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands und dem Deutschen Landwirtschaftsrat zu wählen sind, ferner je zwei Vertreter der gewerblichen Groß- und Kleinverbraucher, die vom deutschen Industrie- und Handelstag und vom Deutschen Handwerks- und Gewerbetag zu benennen sind. Den Gegenstand der Beratungen des Beirats wird das allgemeine Thema „Der Stand der Elektrizitätsversorgung in Deutschland“ und „Welche Maßnahmen des Reiches sind zu ihrer Verbesserung notwendig?“ bilden.

Die roten Tausendmarktscheine.

Das Reichsgericht teilt jetzt die Begründung seines Urteils vom 20. Mai 1926 mit, in dem die Aufwertungsansprüche der Besitzer von Reichsbanknoten abgewiesen werden. Es heißt hier u. a., daß es sich bei den Banknoten nicht um sogenannte Goldobligationen handelt. Die frühere Goldinlösepflicht lasse sich nicht auf die bürgerlich-rechtliche Schuldverschreibung ausdehnen; das Zahlungsversprechen sei vielmehr, wenn es existiere, ein solches gewöhnlicher Art ohne Goldklausel. Die Frage, ob die Besitzer von alten Reichsbanknoten ein Recht auf Aufwertung haben, wird in der Begründung auch deshalb verneint, da weder nach den Bestimmungen des Aufwertungsgesetzes, noch nach dem allgemeinen bürgerlichen Recht (§ 242 des BGB.) die Voraussetzungen einer Aufwertung gegeben seien. Bezüglich der viel erörterten rot abgestempelten Banknoten heißt es: „Keine Beachtung kann dem Umstand geschenkt werden, daß nach Kriegsende da und dort Gerüchte auftauchten, wonach es mit den rot abgestempelten Tausendmarktscheinen eine besondere Bewandnis

41 außer gewöhnlich billige Tage

20% Ermäßigung

auf alle fertigen Waren (bis auf Serien, Markenartikel) (u. nachsteh. Sonder-Angebot)

Mittwoch 30. Juni
Donnerstag 1. Juli
Freitag 2.
Sonnabend 3.

Balken-Tage bei ADAM
(so benannt nach dem ges. gesch. seitlichen Balken dieser Anzeile)
bieten Gelegenheit, wirklich gute Ware zu **besonderen niedrigen Preisen** einkaufen zu können

Herren- u. Sport-Kleidung	Damen-Kleidung	Knaben-Kleidung
Sakko-Anzug, Serie I-IV 48.- 58.- 68.- 78.-	Kostüm f. Straße, Sport u. Reise, auf reiner Seide, Serie I-VI 38.- 48.- 58.- 68.- 78.- 88.-	Sport-Anzug engl. gemast. Stoff, Hose gefüttert, Serie I 6-8 J. 12.- II 22.- 9-11 J. 25.- 12-16 J. 30.-
Sakko-Anzug gemast. Cheviot, Serie I-II 68.- 78.-	Kostüm f. Reise u. Sport, Schneiderarb., Impr. Gabard., auf Impr. Seide 72.-	Kleider Anzug, blau Cheviot mit Garnitur, Serie I 3-5 J. 18.- 6-9 J. 24.- 9-11 J. 27.-
Sakko-Anzug feinst. Kamgarne 88.- 98.-	Strick-Kostüm, mod. Form u. Farben, Serie I-III 28.- 34.- 39.-	Kleider Waschung, blau-weiß Kadet, Inst. Garnitur, Serie I 2-5 Jahre 8.75 6-9 11.75 10-13 14.50
Abend-Anzug schwarz gemast. Ober, beste Verarb. 108.-	Smoking-Kostüm, Schneiderarb., reinwoll. marengo Schelland oder solche Jacke, schwarz-weiß kariert. Rock, mit schwarzer Borte eingefasst, auf reinwoll. Dachwebe 92.-	weiß Leinen, abklopfbare Garnitur, 3-5 Jahre 3.25 6-9 4.25 10-13 5.-
Loden-Anzug Faltenjoppe u. Breeches 58.-	Mantel f. Straße u. Reise, auf reiner Seide, Serie I-VI 38.- 48.- 58.- 68.- 78.- 88.-	Wäsche, Sportform, blau Drill, 3-5 Jahre 3.25 6-9 4.25 10-13 5.-
Loden-Mantel Strichloden, Impr. Serie I-II 28.- 32.-	Regen-Mantel, Schneiderarb., Impr. Gabard. 45.- 55.-	Windjacke, Impr. Gabard. u. Zellbahnstoff, Serie I 7-10 Jahre 8.50 II 14 10.50
Sommer-Unter grau u. mod. farb. Chev. 38.- 58.-	Windjacke, Impr. Serie I 16.- 22.- 28.-	Adams Jungenjacke reinwoll. engl. gestr. Flan. 17.- 19.-
Gabard.-Mantel Serie I-IV 68.- 78.- 88.- 98.-	Fallover od. Weste, reine Woll, mod. Muster, Serie I-IV 8.- 12.- 15.- 18.-	Sporthemd Perkal u. Zepfir, Länge cm 60-65 70-80 80-90
Gabard.-Mantel Impr. engl. Serie I-II 118.- 148.-	Hüte f. Straße, Reise u. Sport, Seide, Stroh, Samt, Haar, etc. od. Leder, Serie I-IV 3.- 5.- 7.- 9.-	Serie I 2.25, 3.- 3.75 Serie II 3.25, 4.- 4.75
Windjacke Impr. Zellbahn, Serie I 16.- 24.-	Modelle Kostüm, Mantel, Fein-Mantel u. Jacken, a. T. unter Einkaufspreis	Junge - Herren-Kleidung
Fallover Jacquard, durchgenut., beste Farb. Serie I 18.-		Sakko-Anzug Serie I-III 25.- 45.- 52.-

Änderungen werden zum Selbstkostenpreis berechnet!

S • A • D • A • M

Gummi-Mantel für Herren und Damen, eigene Herstellung, beste Paragonierung, Serie I 25.- Serie II 20.- für Knaben 12.- 15.-, für Jg. Herren 18.-

habe und ihnen ein besonderer Wert innewohne. Das Deutsche Reich hatte sich verpflichten müssen, die Rote, die während des Krieges im besetzten Gebiet mit Zwangskurs in Verkehr gebracht worden waren, einzulösen, und dieser Umstand wurde von Unredlichen dazu benutzt, um im Inlande Scheine aufzukaufen, sie nach Belgien zu bringen, und von dort aus dem Reich zur Einlösung vorzulegen zu lassen."

Reichspost und Krise.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost ist Dienstag in Berlin zusammengetreten. Der Reichspostminister Dr. Stingl gab vor dem Eintritt in die Tagesordnung über die Verhältnisse der Reichspost folgendes Gesamtbild: Die allgemeine Verkehrsfrage hat sich im großen und ganzen nicht wesentlich geändert. Im April zeigte sich beinahe auf allen Verkehrsgebieten ein Rückgang gegenüber dem März. Der Hauptanteil an der unbedeutenden Verkehrsentwicklung liegt an der immer noch anhaltenden starken Wirtschaftsdepression. Da die Reichspost in ausschlaggebender Weise von der jeweiligen Lage der Wirtschaft beeinflusst wird, haben sich auch ihre Einnahmen im neuen Wirtschaftsjahre nicht befriedigend entwickelt. So blieb die M-Einnahme im April hinter dem monatlichen Durchschnittslohn des Vorjahres um 25 Millionen Mark zurück. Diese Mindereinnahme verteilt sich auf beinahe alle Betriebszweige.

Sanierung der Oskar Staller A.-G. Die Bilanz der Oskar Staller A.-G. war in der Generalversammlung heftiger Kritik ausgesetzt. Die Vorwürfe eines unabhängigen Aktionärs, als ob der hohe Verlust (992 117 M. bei 1,256 Mill. Aktienkapital) aus dem Vertrag mit der Heilmittelversorgung Deutscher Krankenkassen A.-G. entstanden sei, erklärt die Verwaltung für unberechtigt. Der aus diesem Vertrag entstehende Umsatz betrage nur 30 Proz. des Gesamtumsatzes. Die Gesellschaft hatte zum 31. Mai 1926 eine Zwischenbilanz aufgestellt, die nicht nur keinen Verlust aufweist, sondern mit einem kleinen Überschuss abschließt. Die vorgeschlagene Sanierung, Herabsetzung des Stammkapitals von 1,25 Mill. Mark auf 0,25 Mill. Mark und Wiedererhöhung um 0,5 Mill. Mark auf 0,75 Mill. Mark, wurde gegen die Stimmen der Opposition genehmigt. Die neuen 0,5-Mill.-Aktien werden unter Ausschluß des Bezugsrechts der Aktionäre von einem unter Führung der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G. stehenden Konsortium übernommen.

Telephon- und Telegraphenwerke C. G. Correns A.-G. Die Correns A.-G. gehört zu jenen Zweigen der Elektrizitätsindustrie, denen die Entwicklung fortgesetzt günstig ist. Der Nachrichtenverkehr, dem die Correns-Werke hauptsächlich dienen, erfährt immer wieder technische Revolutionen. Auch die Wirtschaftskrise wirkt sich nicht sonderlich aus, weil der Ausbau des Netzes und Nachrichtenverkehrs, besonders durch Automatisierung, kostensparend wirkt. Deshalb sieht die Correns A.-G. auch für 1926 wieder auf ein gutes Jahr zurück. Wenn sie nur 8 Proz. statt wie im Vorjahr 10 Proz. Dividende verteilt, so liegt es nicht an den Aufträgen und Umsätzen (sie sind 1926 bedeutend gestiegen), sondern an der Politik, Gewinne möglichst im Betrieb festzuhalten, kein Kapital aufzunehmen und Beteiligungen zum Ausbau der Geschäfts- und Abgabepflichten zu erwerben. Dieser Gewinnpolitik soll auch die absichtlich nicht-fogende Gewinnrechnung dienen, in der außer den Abschreibungen überhaupt keine Ausgabenposten mehr erscheinen. An Reingewinn werden 1,22 Millionen (im Vorjahr 1,41) ausgewiesen; nach Abschreibungen von 0,67 Millionen (0,62) wird ein Netto-gewinn von 553 000 M. (788 000) errechnet. Die Bilanz zeigt eine Verdupplung der Verpflichtungen (von 3,46 auf 6,97 Mill.), darunter sich aber nach dem Geschäftsbericht erhebliche Anzahlungen für langfristige Aufträge befinden. Auf der anderen Seite sind die Forderungen von 3,64 auf 5,42 Millionen, die Waren- und Rohmaterialbestände von 2,88 auf 4,53 Millionen erhöht. Das Wertpapier- wie das Beteiligungskonto erscheint mit höheren Ziffern.

Öffentliche Aufträge spielten offenbar auch 1925 eine beherrschende Rolle. Von dem automatischen Fernsprechtzettel spricht sich die Gesellschaft noch auf lange Zeit für Aufträge. Mit der Abteilung drahtlose Telegraphie hat die Gesellschaft bekanntlich im vorigen Jahr den Konkurrenzvertrag erzielt, die drahtlose Station in Kanton als Auftrag nach Hause zu bringen.

Das Pflaster für die zollgeschädigte Pflastersteinindustrie. Der deutsch-schwedische Handelsvertrag hat bekanntlich, um die Zollfrage für Getreide und Futtermittel heraufzuheben zu können, unter anderem auch die Pflastersteinindustrie handelspolitisch preisgegeben. Schweden, das ohnehin von den Steinbrüchen direkt aufs Schiff laden kann und deshalb unter den bisherigen Zollföhen in den letzten 5 Monaten 1925 schon 175 000 Tonnen nach Deutschland einführen konnte, wird in der Zukunft zollfrei einführen. Infolge der Meistbegünstigung heißt das auch zollfrei Einfuhr aus der Tschechoslowakei, Oesterreich, Schweiz und Belgien und selbstverständlich eine absolut ungerechtfertigte handelspolitische Benachteiligung der deutschen Pflastersteinindustrie mit ihren 50 000 Arbeitern. Wir haben gewiß keine Freude an Schutzzöllen, aber dieser Fall planmäßiger Behinderung einer Industrie, nur um den Agrariern zu gefallen, ist eine handelspolitische Tollheit. Die Sache wird dadurch nicht besser gemacht, daß der Pflastersteinindustrie billigere Transporttarife für ihre Produkte gewährt werden sollen. Damit übernimmt nur die Reichsbahn einen Teil der Schäden, die sich aus dem tuppelrischen Vertrag ergeben. Zu den Verbrauchermassen, die die Brotkennung tragen sollen, kommt die Reichsbahn, die das Pflaster für die geschädigte Industrie bezahlt.

Amerikanleihe für katholische Wohlfahrtseinrichtungen. Für die katholischen Wohlfahrtseinrichtungen in Deutschland ist zwischen dem Deutschen Caritas-Verband, der katholischen Schulorganisation Deutschlands, dem Reichsverband der katholischen Gefellenhäuser, Lehrlings- und Ledigenheime und den Bankfirmen U. Jelin u. Co., Jyonesnow u. Bertles und Teireta de Mattos eine 7prozentige 20jährige Anleihe von 3 Millionen Dollar abgeschlossen worden. Die Anleihe wird dieser Tage in New York und Amsterdam ausgelegt. — Man hört auch bei dieser Auslandsanleihe kirchlich-katholischer Organisationen wieder nichts von der Genehmigung durch die Beratungsstelle. Es ist unbegreiflich, daß kommunale Auslandsanleihen bis zur Genehmigung Spekulanten laufen müssen; bei den kirchlichen Anleihen aber jegliche Zweckmäßigkeitkontrolle ängstlich gemieden wird.

Das Danziger Aufwertungsgesetz. Der Danziger Volksrat hat heute das neue Aufwertungsgesetz in dritter Lesung verabschiedet. Es hat Gesetz verfassunggebenden Charakter hat, wor hierzu eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Das Gesetz schließt die Möglichkeit eines Volksentscheids aus, so daß damit die Aufwertungsfrage in Danzig endgültig abgeklärt ist. Die in dem Gesetz enthaltene Verfassungsänderung bedarf noch der Zustimmung des Völkerrates.

Aus der Partei.

Die Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei in Kongresspolen hat soeben in Lodz ihren Parteitag abgehalten. Vorsitzender war Abg. Genosse Zerba. Aus dem Parteitagbeschlüssen seien folgende hervorgehoben: Die Partei unterstützt die Forderung nach baldiger Ausschreibung von Neuwahlen zum polnischen Parlament und wendet sich gegen jede Wahlrechtsverschlechterung. Sie fordert erweiterte Selbstverwaltung der kommunalen Körperschaften. Der Parteitag billigt das lose Zusammenarbeiten der deutschen Sozialisten mit den polnischen und jüdischen Sozialisten. Er unterstreicht im übrigen besonders die alte Forderung nach vollständiger nationalkultureller Auto-

nomie der deutschen Minderheit in einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft. Mit dem Ergebnis des Bismarck-Bundes wurde allgemeine Unzufriedenheit geäußert. Die vollständige Verschmelzung mit der deutschen Sozialdemokratie Oktober 1925 ist organisatorisch noch nicht vollzogen, wurde aber von einem Vertreter der ostpreussischen Genossen in nahe Aussicht gestellt. Der Beitritt der deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei zur Internationale wurde vom Parteitag unterfütigt.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind
Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

1. Kreis Mitte, Brute, Mittwoch, 1/8 Uhr, Verammlung der Elternbeiräte bei Röhricht, Adreht, 1. Röhrlöse Teilnahme notwendig. — Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, Donnerstag, 1. Juli, pünktlich nachmittags 4 Uhr, Kinderfunkionärkung im Heim Blumenstr. 77. Alle Gruppen müssen vertreten sein.

2. Kreis Kreuzberg, Donnerstag, 1. Juli, 8 Uhr, findet in Hoedes Schützen, Röhricht, 29. eine Verammlung aller neugewählten Elternbeiräte und Kandidaten der Wöle „Schulcaufbau“ statt. Tagesordnung: 1. Vortrag: „Die Aufgaben der sozialdemokratischen Elternbeiräte“. Referent: Genosse Rector Gieseler. 2. Bericht über das Ergebnis der Wahlen. 3. Verschiedenes. Sozialdemokratische Lehrer und interessierte Genossen sind eingeladen. Die Abteilungsbücherei erscheinen eine halbe Stunde früher zu einer kurzen Vorbesprechung.

3. Kreis Charlottenburg, Donnerstag, 1. Juli, 8 Uhr pünktlich, bei Reimer, Wilmersdorfer Str. 21, Sitzung des Beamtenverbandschusses. Allen sind mitzubringen.

4. Kreis Wilmersdorf, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit den Abteilungsleitern am Donnerstag, 1. Juli, 8 Uhr, bei Röhricht, Holsteinische Straße 6. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein.

5. Kreis Kreuzberg, Donnerstag, 1. Juli, 7 Uhr, im Parteibureau Redarstraße Sitzung des engeren Kreisvorstandes. Erscheinen unbedingt erforderlich.

Heute, Mittwoch, 30. Juni:

6. Abt. Die Parteiführer ordnen sofort mit ihren Gruppenführern ab. Die Gruppenführer spätestens am Donnerstag, 1. Juli, zwischen 6 und 8 Uhr, beim Röhrlöse Chahoff.

7. Abt. Pünktlich 8 Uhr in der Schule Fuhlfelder Str. 3 Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die politische Lage nach dem Volksentscheid“. Referent: Wilhelm Richter. Sämtliche Genossen und Genossinnen müssen erscheinen.

8. Abt. Kreuzberg, 7 Uhr bei Röhrlöse, Röhrlösestr. 12, Vorhandlung. Der Redaktionschuh nimmt daran teil.

9. Abt. Kreuzberg, Gruppe Stralitz, Donnerstag, 8 1/2 Uhr, im Jugendheim Wilmersdorfer Str. 21, „Sozialismus und soziale Bewegung“. Referent: Genosse Bornitz.

Frauenveranstaltungen:

10. Abt. Kreuzberg, Gruppe Stralitz, Donnerstag, 8 1/2 Uhr, im Jugendheim Wilmersdorfer Str. 21, „Sozialismus und soziale Bewegung“. Referent: Genosse Bornitz.

11. Abt. Kreuzberg, Gruppe Stralitz, Donnerstag, 8 1/2 Uhr, im Jugendheim Wilmersdorfer Str. 21, „Sozialismus und soziale Bewegung“. Referent: Genosse Bornitz.

12. Abt. Kreuzberg, Gruppe Stralitz, Donnerstag, 8 1/2 Uhr, im Jugendheim Wilmersdorfer Str. 21, „Sozialismus und soziale Bewegung“. Referent: Genosse Bornitz.

13. Abt. Kreuzberg, Gruppe Stralitz, Donnerstag, 8 1/2 Uhr, im Jugendheim Wilmersdorfer Str. 21, „Sozialismus und soziale Bewegung“. Referent: Genosse Bornitz.

14. Abt. Kreuzberg, Gruppe Stralitz, Donnerstag, 8 1/2 Uhr, im Jugendheim Wilmersdorfer Str. 21, „Sozialismus und soziale Bewegung“. Referent: Genosse Bornitz.

15. Abt. Kreuzberg, Gruppe Stralitz, Donnerstag, 8 1/2 Uhr, im Jugendheim Wilmersdorfer Str. 21, „Sozialismus und soziale Bewegung“. Referent: Genosse Bornitz.

16. Abt. Kreuzberg, Gruppe Stralitz, Donnerstag, 8 1/2 Uhr, im Jugendheim Wilmersdorfer Str. 21, „Sozialismus und soziale Bewegung“. Referent: Genosse Bornitz.

17. Abt. Kreuzberg, Gruppe Stralitz, Donnerstag, 8 1/2 Uhr, im Jugendheim Wilmersdorfer Str. 21, „Sozialismus und soziale Bewegung“. Referent: Genosse Bornitz.

18. Abt. Kreuzberg, Gruppe Stralitz, Donnerstag, 8 1/2 Uhr, im Jugendheim Wilmersdorfer Str. 21, „Sozialismus und soziale Bewegung“. Referent: Genosse Bornitz.

19. Abt. Kreuzberg, Gruppe Stralitz, Donnerstag, 8 1/2 Uhr, im Jugendheim Wilmersdorfer Str. 21, „Sozialismus und soziale Bewegung“. Referent: Genosse Bornitz.

20. Abt. Kreuzberg, Gruppe Stralitz, Donnerstag, 8 1/2 Uhr, im Jugendheim Wilmersdorfer Str. 21, „Sozialismus und soziale Bewegung“. Referent: Genosse Bornitz.

21. Abt. Kreuzberg, Gruppe Stralitz, Donnerstag, 8 1/2 Uhr, im Jugendheim Wilmersdorfer Str. 21, „Sozialismus und soziale Bewegung“. Referent: Genosse Bornitz.

22. Abt. Kreuzberg, Gruppe Stralitz, Donnerstag, 8 1/2 Uhr, im Jugendheim Wilmersdorfer Str. 21, „Sozialismus und soziale Bewegung“. Referent: Genosse Bornitz.

23. Abt. Kreuzberg, Gruppe Stralitz, Donnerstag, 8 1/2 Uhr, im Jugendheim Wilmersdorfer Str. 21, „Sozialismus und soziale Bewegung“. Referent: Genosse Bornitz.

24. Abt. Kreuzberg, Gruppe Stralitz, Donnerstag, 8 1/2 Uhr, im Jugendheim Wilmersdorfer Str. 21, „Sozialismus und soziale Bewegung“. Referent: Genosse Bornitz.

25. Abt. Kreuzberg, Gruppe Stralitz, Donnerstag, 8 1/2 Uhr, im Jugendheim Wilmersdorfer Str. 21, „Sozialismus und soziale Bewegung“. Referent: Genosse Bornitz.

26. Abt. Kreuzberg, Gruppe Stralitz, Donnerstag, 8 1/2 Uhr, im Jugendheim Wilmersdorfer Str. 21, „Sozialismus und soziale Bewegung“. Referent: Genosse Bornitz.

27. Abt. Kreuzberg, Gruppe Stralitz, Donnerstag, 8 1/2 Uhr, im Jugendheim Wilmersdorfer Str. 21, „Sozialismus und soziale Bewegung“. Referent: Genosse Bornitz.

28. Abt. Kreuzberg, Gruppe Stralitz, Donnerstag, 8 1/2 Uhr, im Jugendheim Wilmersdorfer Str. 21, „Sozialismus und soziale Bewegung“. Referent: Genosse Bornitz.

29. Abt. Kreuzberg, Gruppe Stralitz, Donnerstag, 8 1/2 Uhr, im Jugendheim Wilmersdorfer Str. 21, „Sozialismus und soziale Bewegung“. Referent: Genosse Bornitz.

30. Abt. Kreuzberg, Gruppe Stralitz, Donnerstag, 8 1/2 Uhr, im Jugendheim Wilmersdorfer Str. 21, „Sozialismus und soziale Bewegung“. Referent: Genosse Bornitz.

31. Abt. Kreuzberg, Gruppe Stralitz, Donnerstag, 8 1/2 Uhr, im Jugendheim Wilmersdorfer Str. 21, „Sozialismus und soziale Bewegung“. Referent: Genosse Bornitz.

32. Abt. Kreuzberg, Gruppe Stralitz, Donnerstag, 8 1/2 Uhr, im Jugendheim Wilmersdorfer Str. 21, „Sozialismus und soziale Bewegung“. Referent: Genosse Bornitz.

33. Abt. Kreuzberg, Gruppe Stralitz, Donnerstag, 8 1/2 Uhr, im Jugendheim Wilmersdorfer Str. 21, „Sozialismus und soziale Bewegung“. Referent: Genosse Bornitz.

34. Abt. Kreuzberg, Gruppe Stralitz, Donnerstag, 8 1/2 Uhr, im Jugendheim Wilmersdorfer Str. 21, „Sozialismus und soziale Bewegung“. Referent: Genosse Bornitz.

35. Abt. Kreuzberg, Gruppe Stralitz, Donnerstag, 8 1/2 Uhr, im Jugendheim Wilmersdorfer Str. 21, „Sozialismus und soziale Bewegung“. Referent: Genosse Bornitz.

36. Abt. Kreuzberg, Gruppe Stralitz, Donnerstag, 8 1/2 Uhr, im Jugendheim Wilmersdorfer Str. 21, „Sozialismus und soziale Bewegung“. Referent: Genosse Bornitz.

37. Abt. Kreuzberg, Gruppe Stralitz, Donnerstag, 8 1/2 Uhr, im Jugendheim Wilmersdorfer Str. 21, „Sozialismus und soziale Bewegung“. Referent: Genosse Bornitz.

38. Abt. Kreuzberg, Gruppe Stralitz, Donnerstag, 8 1/2 Uhr, im Jugendheim Wilmersdorfer Str. 21, „Sozialismus und soziale Bewegung“. Referent: Genosse Bornitz.

Wollstoffe

Einfarbig Wollripps früher 10.- jetzt 5²⁵

Neue Streifen und Schotten, reine Wolle 90 cm breit, früher M. 4.20 jetzt M. 1⁹⁰

Neue Karos reine Wolle, 100 cm breit, in 5 Farben, auch weiß-gründig, früher M. 6.- jetzt M. 3²⁵

Mouliné kleingemustert, in hell-mittel- und dunkelfarbig, 150 cm br., früh. M. 13.50 jetzt M. 6⁸⁰

Einfarbige Wollbatiste ca. 50 Farben, bestes Fabrikat, früher M. 2.90 jetzt M. 1⁹⁰

Einfarbiger Wollripps gute Qualitäten, in 30 Farben, auch marine u. schwarz 130 cm breit, früher M. 9.80 und 5.80 jetzt M. 6.80 u. 3⁹⁰

Kammgarn Diagonal solide Qualität, in 7 Farb. auch marinebl. u. schwarz 130 cm breit, früh. M. 9.80 jetzt M. 6⁵⁰

Woll-Crêpeline neue Sommerfarben, auch elfenbein und schwarz, 100 cm breit, früh. M. 5.50 jetzt M. 3⁹⁵

Woll-Popeline und Serge mit hübschen Seiden-Bordüren, 130 cm br., früher M. 10.50 9.50 jetzt M. 6⁸⁰

Einf. Kammgarn-Rips m. Kugelmusterung 15 Farben, 140 cm breit früher M. 17.50 jetzt M. 9⁵⁰

Weisse Wollstoffe Rips u. Gabardine, 130 cm breit, jetzt M. 6⁹⁰

Abteilung Herrenstoffe

Ein großer Posten Aachen. Kammgarne 150 cm breit, in grau, bräunlich u. dunkelfarbig nur gute Musterungen, früher M. 18.- und 21.- jetzt M. 13⁵⁰

Herren-Covercoats auch für Damenmäntel und Kostüme geeignet, sandfarbig, bräunlich u. sportfarbig, 150 cm breit, früher M. 17.50 jetzt M. 12⁵⁰

Serie	Sommer-Kleider	Woll-Kleider	Seiden-Kleider
1	früher von M. 12.- bis 19.75 jetzt M. 3 ⁹⁰	früher von M. 16.- bis 29.- jetzt M. 9 ⁷⁵	früher von M. 39.- bis 59.- jetzt M. 29.-
2	früher von M. 21.- bis 39.- jetzt M. 12 ⁷⁵	früher von M. 32.- bis 49.- jetzt M. 19.-	früher von M. 65.- bis 95.- jetzt M. 39.-
3	früher von M. 49.- bis 69.- jetzt M. 24.-	früher von M. 59.- bis 98.- jetzt M. 36.-	früher von M. 79.- bis 128.- jetzt M. 49.-
4	früher von M. 79.- bis 128.- jetzt M. 39.-	früher von M. 120.- bis 198.- jetzt M. 59.-	früher von M. 145.- bis 225.- jetzt M. 79.-

Kostüme Komplets	Mäntel	Blusen
früher von M. 49.- bis 79.- jetzt M. 29.-	früher von M. 29.- bis 49.- jetzt M. 12 ⁷⁵	früher von M. 6.90 bis 9.75 jetzt M. 2 ⁹⁰
früher von M. 79.- bis 145.- jetzt M. 49.-	früher von M. 59.- bis 98.- jetzt M. 29.-	früher von M. 16.- bis 29.- jetzt M. 9 ⁷⁵
früher von M. 158.- bis 198.- jetzt M. 69.-	früher von M. 110.- bis 165.- jetzt M. 49.-	früher von M. 32.- bis 59.- jetzt M. 16 ⁷⁵
früher von M. 225.- bis 298.- jetzt M. 98.-	früher von M. 175.- bis 225.- jetzt M. 79.-	früher von M. 69.- bis 98.- jetzt M. 29.-

Spitzen, Besätze, Bänder in großer Auswahl zu billigen Preisen

Seide

Bedruckt Chinakrepp früher 12⁵⁰ jetzt 6⁹⁰

Waschseiden einfarbig u. in modernen Streifen und Karos, 80/85 cm breit, früher M. 3.90 bis 4.20, jetzt M. 2⁹⁰

Seiden-Bast naturfarbig und schöne Druckmuster, 78/80 cm breit, früh. M. 5.50, jetzt M. 3⁹⁰

Seiden-Toile waschecht, elegante Streifen und Karos, 90/95 cm breit, früher M. 9.80 bis 12.50 jetzt M. 4⁹⁰

Foulard-Seiden Toile, in schönen bunten Mustern, früher M. 7.50 bis 8.90, jetzt M. 4⁹⁰

Japon, Twill, Rohseide und Krepp, früher M. 9.- bis 11.50 jetzt M. 5⁹⁰

Chinakrepp schwarz, elfenbein und viele moderne Farben, 98 cm breit, früher M. 6.50 b. 8.50, jetzt M. 5.90 b. 4⁹⁰

Crêpe - Marocain Seide mit Wolle, 96 cm breit, schönste neueste Farben, früher M. 9.50, jetzt M. 6⁹⁰

Chinakrepp (Druck) elegante, hochmoderne Muster, 98/100 cm breit, früher M. 14.50 bis 18.50 jetzt M. 9⁵⁰

u. Krepp-Chiffon bedruckt früher M. 10.50 bis 12.50 jetzt M. 6⁹⁰

Crêpe-Georgette kariert, in sparten Modefarben, früher M. 18.- jetzt M. 9⁵⁰

Wachstoffe

Bedruckt Baumwollkrepp früher 3.- jetzt 1⁷⁵

bedr. Baumwollmusslin gute Qualität moderne Muster früher bis M. 1.25 jetzt M. 65

Zephyr u. Perkal für Trachtenkleider und Oberhemden früher bis M. 1.60 jetzt M. 85

bedr. Baumwollkrepp moderne Karo u. Druckmuster, 70 cm breit früh. bis M. 1.75 jetzt M. 1¹⁰

Frotté und Fresco Streifen und Karo früher bis M. 2.80 jetzt M. 1⁹⁰

Voll-Voile moderne Druck- u. Webmuster ca. 100 cm breit früh. bis M. 3.80 jetzt M. 1⁴⁵

bedr. Baumwollkrepp m. Blumenmuster, 95 cm breit früh. bis M. 3.- jetzt M. 1⁷⁵

Kunstseidenkrepp moderne Druckmuster früher bis M. 4.95 jetzt M. 3⁵⁰

Woll-Muslin bedruckt, schöne Muster früher bis M. 3.90 jetzt M. 1⁴⁵

Im Saison
Räumungs
Verkauf
CORDS
1.-14. Juli

FEY

TRIAS

Leipziger, Ecke Charlottenstraße

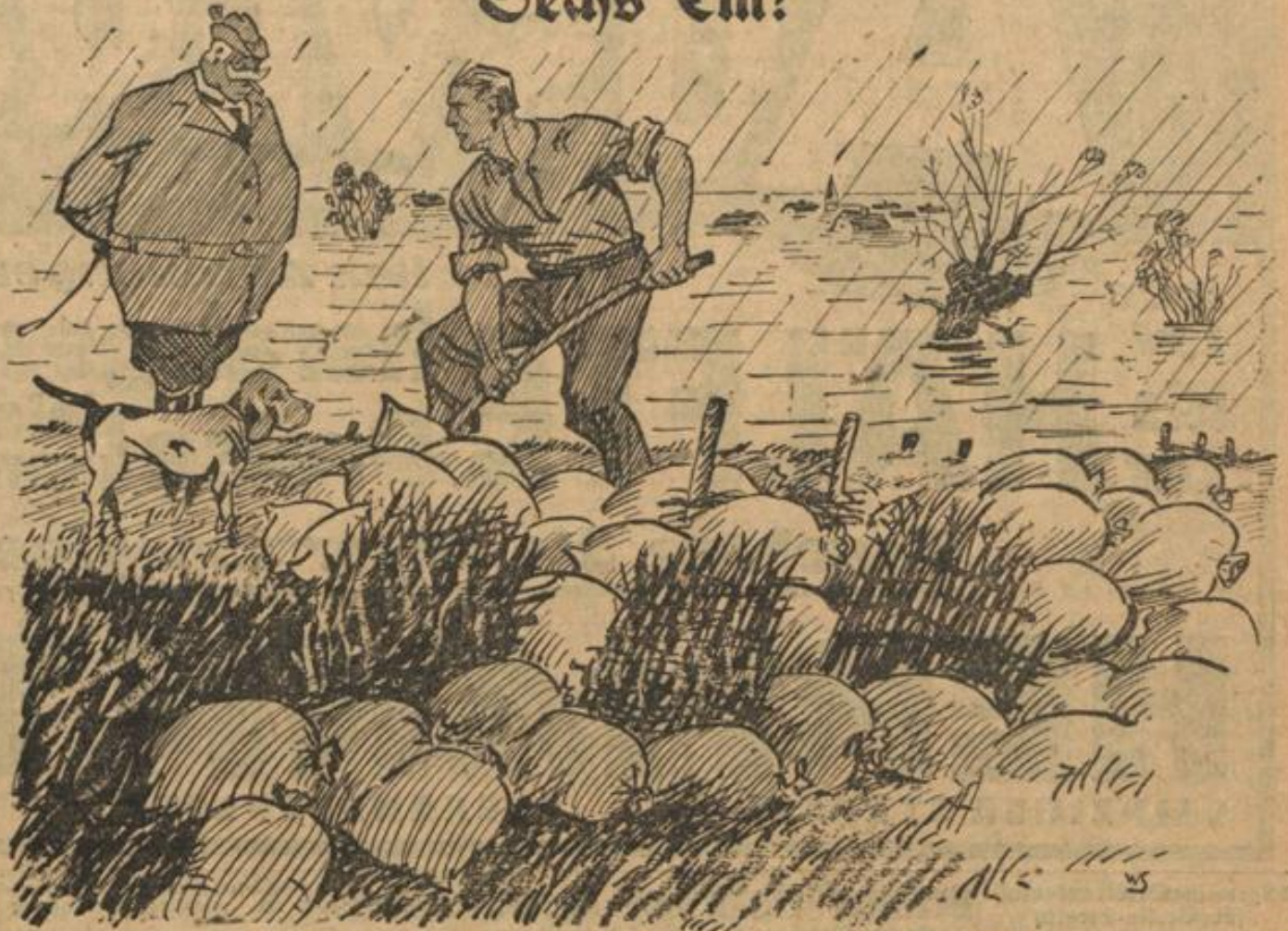
„Das Leben für den Zaren.“

Eine der furchtbarsten Katastrophen der neueren Zeit, von deren Verlauf man bisher nur wenig mehr als einige unbestimmte Zahlen gewußt hat, wird durch die planmäßige Veröffentlichung bisher unbekannter Archivaldokumente durch die Sowjetregierung in helles Licht gerückt. Es handelt sich um ein entsetzliches Ereignis während der Krönungsfeierlichkeiten Nikolaus II., das von den Augenzeugen als dunkles Ödium für die Regierung des letzten Zaren gedeutet und ängstlich geheimgehalten wurde, um die breiten Massen nicht in ihrem blinden Glauben an die Größe und Allmacht des Selbstherrschers aller Reußen zu erschüttern. Ein Augenzeuge berichtet in der Zeitschrift „Das rote Feld“ den Mordtod auf dem Chodynafeld bei Moskau, wo 4000 Menschen der Unfähigkeit und Gewissenlosigkeit der Zarenpolizei zum Opfer fielen. Während der Krönungsfeierlichkeiten zu Moskau im Mai 1896 hatte man auf dem Chodynafeld vor der Stadt große Volksfeste und Belustigungen aller Art organisiert. Als besondere Attraktion, die Anhänglichkeit und Liebe zu dem neuen Herrscher wecken sollte, war die Verteilung kaiserlicher Geschenke an das Volk angekündigt worden. Diese Geschenke waren zwar ziemlich bescheiden — sie bestanden in einem Säckchen mit Süßigkeiten und einem mit dem Kaiseradler geschmückten Trinkbecher —, dennoch war der Andrang der Menschenmassen gewaltig genug. Nicht weniger als anderthalb Millionen Menschen strömten in der Nacht zum 18. Mai aus allen Stadtteilen Moskaus nach dem Chodynafeld, wo große Zelte mit Erfrischungen, Schaustellungen und allerlei Land aufgeschlagen waren. Ein improvisiertes Theater war aufgebaut worden, wo die Oper „Das Leben für den Zaren“ aufgeführt werden sollte. In einem Pavillon sollte der Herrscher selbst mit einem glänzenden Gefolge von ausländischen Gästen, Großfürsten, Prinzen, Ministern und Diplomaten die Grüße und Huldigungen des Volkes entgegennehmen.

Die Stimmung der Massen war vorzüglich; sie krieg auf den Höhepunkt, als das Gerücht umlief, die Säckchen mit Süßigkeiten enthielten außerdem noch Lotterielose mit der Aussicht auf märchenhafte Gewinne. Die Menschen zogen unter Singen und Scherzen durch die Nacht und freuten sich besonders, daß weit und breit weder Schuppleute noch Kojaken zu sehen waren. An den Zelten angekommen, blieb die Menge wie angewurzelt stehen. Da niemand vorhanden war, der die Ordnung aufrecht erhalten hätte und die Massen dirigieren konnte, hätten diese die Zelllinie, die gar nicht abgesperrt war, ruhig überschreiten und das freie Chodynafeld betreten können, wo Platz genug vorhanden gewesen wäre. Aber in den Zeitungen hatte gestanden, daß erst ein bestimmtes Signal das Betreten des Feldes erlauben werde. So blieb also das Publikum ruhig stehen. In furchtbarer Enge, von allen Seiten zusammengepreßt, daß niemand Arm und Bein rühren konnte, standen die anderthalb Millionen stundenlang auf demselben Fleck, ohne sich zu bewegen. Nur die Gewohnheit an unbedingtem Gehorsam hielt sie davon ab, einen Schritt weiter zu tun und so den ungeheuren Knäuel zu entwirren. Gegen 6 Uhr morgens zählte man bereits Hunderte von Menschen, die ersticht oder buchstäblich zerdrückt worden waren. Es wurde noch schlimmer, als die Sonne ihre sengenden Strahlen niederwarf; an allen Ecken und Enden wurden Unglückliche von Hühnchlägen getroffen, und nur der Umstand, daß sie wachlos in ihre Umgebung eingetaucht waren, hinderte sie, umzusinken. Ueber der Masse lag eine drückende Schicht menschlicher Ausdünstungen, die sich im Verein mit der immer stärker werdenden Hitze lähmend auf die Sinne legte. Lebendige, Tote und Ohnmächtige standen eingepfercht, ohne die Möglichkeit, dieser Qual zu entrinnen. Beschiedene verlachten in ihrer Verzweiflung über die Köpfe der Umstehenden zu entweichen, aber sie wurden ohne Erbarmen zurückgerissen. Plötzlich verbreitete sich das Gerücht, daß man mit der Verteilung der Gaben begonnen habe. Als irgend jemand aus einer Zeit den Hut schwang, glaubten die Vordersten, das Signal sei endlich gegeben, und mit einem Ruck setzte sich die Menge in Bewegung. Die vorderen Reihen stürmten die Zelte, wurden von den gewaltig nachdrängenden zu Boden gerissen, und nun nahm die Katastrophe ihren Lauf. Mit elementarer Wucht stürmten die hinteren Reihen nach, stießen ihre Vordermänner nieder und zertraten sie ohne Erbarmen. Erst als das Unglück seinen Höhepunkt erreicht hatte, erschien die Polizei am Platze und bemühte sich, so gut es ging, Ordnung zu schaffen. Aber es war schon reichlich spät. Während die Gaben verteilt wurden, mußte man in gräßlicher Eile die unzähligen Leichen bergen. Auf dem Schauplatz sah es entsetzlich aus. Iteberall standen tote Pfügen, in denen zertrretene Menschenleiber lagen; viele Tote hatten zerbrochene Stiefel in den Händen; anderen waren die Köpfe abgetreten oder die Gesichter zu einer unförmigen Masse zerstampft. Insgesamt haben 4000 Menschen einen grauenvollen Tod gefunden.

Der Zar wurde wie später so oft zu seinem eigenen Verhängnis von seiner gewissenlosen Umgebung schamlos betrogen. Man sagte ihm, nur ein kleiner Unglücksfall habe sich ereignet, obwohl unzählige

Sechs Em!



„Hörse mit Schaufeln auf, er steigt bestimmt noch auf 6 Em!“
 „Am Gotteswillen — der Fluß auf 6 Meter!“
 „Nee — der Schutzoll auf 6 Mark!“

Leichenwagen und fassungslos weinende Menschen an seiner Karosse vorüber kamen, in der er sich auf das Chodynafeld begab. Die Entrüstung des Volkes war ungeheuer, als der volle Umfang der Katastrophe bekannt wurde. Man fand am Zarenpavillon zahllose Röhren voll Urnat, an denen Fetten mit der Aufschrift angeheftet waren: „Das Volk gibt dem Zaren seine Gaben zurück.“ Als der Kaiser von einigen christlichen Männern seines Gefolges die Wahrheit erfuhr, ließ er für jede Familie, die von diesem Unglück betroffen worden war, 1000 Rubel; dennoch konnte man sich nicht entschliefen, mit Rücksicht auf die allgemeine Trauer der Moskauer Bevölkerung die Festlichkeiten abzulassen. Als der wahre Schuldige an diesem Ereignis wurde der Generalgouverneur von Moskau, Großfürst Sergej Alexandrowitsch, bezeichnet, dem es nicht eingefallen war, die einfachsten Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen; und man begreift den Haß, mit dem ihn das russische Volk von da an verfolgte, bis er eines Tages der Bombe eines Terroristen zum Opfer fiel.

50jähriges Jubiläum des Reichsgesundheitsamtes.

Das Reichsgesundheitsamt, das im Jahre 1876 gegründet wurde, blickt in diesen Tagen auf sein fünfzigjähriges Bestehen zurück. Aus diesem Anlaß würdigt der Herausgeber der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“, Geheimrat Julius Schwabe, die Bedeutung dieses Instituts, die weit über die Grenzen der deutschen Medizin auf das ganze deutsche Volk, ja auf alle Kulturstaaten übergreift. Die erste Glanzzeit des Amtes begann mit dem Wirken Robert Kochs, der während seiner Tätigkeit am Gesundheitsamt eine neue Epoche der Medizin schuf. Es wird stets ein geschichtliches Verdienst der deutschen Gesundheitsbehörde bleiben, die genialen Forschungen des damaligen Kreisarztes von Wollstein erkannt und ihm in dem neuerrichteten

Laboratorium des Gesundheitsamtes die für ihn notwendige Arbeitsstätte geschaffen zu haben. Seine und die Arbeiten seiner Schüler haben dazu beigetragen, der deutschen Medizin Weltgeltung zu erobern. Die Forschungen über den Tuberkelbazillus, über den Cholera-, Diphtherie-, Typhus- und Kogbazillus, die Abhandlungen über Desinfektion und Wundbehandlung gingen aus dem Reichsgesundheitsamt hervor. Aber auch später hat das Amt hervorragende Leistungen geschaffen auf den verschiedensten Gebieten der ärztlichen Wissenschaft, unter denen vor allem die Entdeckung der Syphilisspirone durch Schaudinn zu nennen ist. Ueber diese Gebiete hinaus, sagt Schwabe, hat die Tätigkeit des Reichsgesundheitsamtes in ausgedehntem Maße das gesamte Gesundheitswesen Deutschlands gefördert und in vielen seiner Leistungen vorbildlich für das Ausland gewirkt. Kaum ein Feld der öffentlichen Gesundheitspflege gibt es, das durch die Arbeiten des Reichsgesundheitsamtes nicht bebaut worden ist. Insbesondere ist die sanitäre Beschöpfung — ich nenne nur das Impf- und das Rührnasmittelgesetz — von vornherein gemäß den dem Amt zugewiesenen Aufgaben weitgehend gefördert worden. Hier vollständig zu sein, ließe einen Abriss des deutschen öffentlichen Sanitätswesens seit Begründung des neuen Reiches entwerfen. Mit den großen tatsächlichen Erfolgen des Reichsgesundheitsamtes ist die Summe seiner Arbeiten noch nicht erschöpft. Namentlich ist eine Reihe gesetzgeberischer Aufgaben noch nicht verwirklicht, für die die Vorarbeiten schon lange geleistet sind. Das Amt hat ja stets nur den Charakter einer beratenden Behörde gehabt, und es ist nicht gelungen, es zu einem Reichsgesundheitsministerium — ähnlich wie z. B. in England — auszugestalten. So wird das Reichsgesundheitsamt, dessen Tätigkeit in einer ausführlichen Festschrift gewürdigt wird, auch weiterhin in dem ihm gesteckten Rahmen seine segensreiche Arbeit fortsetzen.

Die Nadel.

Von A. B. Smilowsky*)

Und „irgendwie“ ging es immer; wir, die wir gewohnt sind, uns fottzueffen, wir verstehen es allerdings nicht wie, aber die Kubasels hielten ihre Ehre blank, und ihre Kinder waren wohlgepflegt als die Kinder aus den reichsten Familien der Stadt. Zu jener Zeit, von der wir erzählen, waren alle ihre Kinder bereits verstorben. Die Kette, die Karla, war in Prag Dienstmädchen bei einer Frau Rat Teclida. Sie befand sich in guten Händen, und man hatte sie gerne. War doch der Herr Rat unlästig, als sie in seinem Geburtsort auf Ferien kamen, persönlich bei den Kubasels eingekehrt und konnte ihnen ihre Tochter nicht genug herausloben. Als er den Mangel aus allen Ecken hervorstarren sah, schenkte er dem Meister einen Fünfer, und dabei gab er vor, daß ihn die Karla schide. Und so fand er den richtigen Weg, denn ein Almosen hätten die Kubasels kaum angenommen, und selbst nicht aus seinen Händen. Die Jüngste, die Fanni, war als Rindermädchen in Pilsen in einem sehr anständigen Hause untergebracht, und die Kinder hatten sie angeblich lieber als die eigene Mutter; so hatte es der Fuhrmann Hranitschka, der nach Pilsen zu fahren pflegte und alles mit eigenen Augen gesehen hatte, der Kubastin erzählte. Die übrigen zwei Söhne waren beide Schneider. Der ältere in Wien, der jüngere irgendwo bis in Lemesoar. Aber es verging kein Feiertag im Jahre, daß sie den Eltern nicht ein paar Gulden gesandt hätten. Die Kubastin beneidete dieses Geld immer mit ihren Tränen, und Kubasel rühmte sich, wohin er kam, was für brave Kinder er hätte. Daß sie durch sein Verdienst brav seien, erwähnte er nie mit einem Wörtlein, aber rechtschaffenen Leuten konnte er den Mund nicht zunähen, und diese bewirteten ihn oft mit diesem schmackhaften Braten, so z. B. der alte Regenschort Putinka.

Putinka war als ein strenger Murrkopf versprochen, und erst wenn sich jemand für einen Gulden Bob verdiente, lobte er ihn für einen Groschen.

Kubasel aber hatte er in seinem goldenen Buche verzeichnet, erstens deshalb, weil er die Trommel so gut schlug, wie schon niemand anders in der Stadt. Kubasel zählte die Pausen genau auf

ein Haar und schlug stets zur rechten Zeit, und wenn er im ganzen Crede nur einen einzigen Akkord hatte; und erst sein Trommelwirbel bei den Intraden! Selbst Putinka brachte so etwas Technisches nicht zuwege, obgleich er es schon oft versucht hatte.

Nun ja, Schneiderhände! Leicht wie eine Feder und elastisch wie eine Saite! Gar mancher der Musikanten hätte gerne die Trommel geschlagen, aber von Putinka war nicht die Erlaubnis zu bekommen.

„Entweder Dohle oder Schneel!“ pflegte der alte Putinka zu sagen, „Alte aber ist wertlos!“

Damit meinte er, daß er nichts Halbes, Durchschnittliches, daß er einen ganzen Mann bei seiner Trommel haben wollte, und dafür galt ihm nur Kubasel, der sich seine Kunst auch nicht wenig angelegen sein ließ. An den größeren Feiertagen versäumte er das Hochamt nicht ein einziges Mal; diese Zeit widmete er der Trommel und seinem Hergott.

Die Kubastin war soweit ein braves, arbeitsames und geduldiges Weib, aber die Jungenferligkeit war ihr vom lieben Gott wie jedem Frauenzimmer ausreichend beschert worden. Außer den Trommelschlägen auf dem Chore hatte ihr Mann noch seine andere Schwächen, zu denen sie nicht schweigen konnte. So wie jeder Schneider, pflegte er gerne am Sonntag zu nähen und dafür den „blauen Montag“ zu halten. An diesem Tage vertiefte er sich in die „Chronik“, die ihm der Lehrer Zivna gratis geliehen hatte. Wenn Kubasel über seiner Chronik las, konnte der Stuhl unter ihm zu brennen anfangen, er rührte sich nicht von der Chronik weg. Und manchmal war er nicht einmal zum Mittagessen zu bekommen, ja woher sollte denn die Kubastin die Engelsgeduld nehmen? Sie ermahnte ihren Mann milde ein paar Mal, sich doch nach irgend einem Verdienst umzuschauen. Kubasel stieg die Galle. Wie konnte er sich vom Hus, vom Zista und vom Pödebrad losreißen und sich um den Erwerb kümmern! Ein Wort gab das andere, hie und da ging ein Schuß los, und ein Scharnmöhle war mit Pferdeschnelle da. In die Kubastin war der Inquisitionsfunken gefahren, sie drohte ihn, die Chroniken zu verbrennen. Alles vertrat der Meister, aber so eine „jehuitische“ Robeit konnte er nicht vertragen, obwohl er ein frommer Mensch war. Ein Haufen Bormwürfe schwirrte ihm um die Ohren, und es flossen auch Tränen, Kubasel holte die

Bürste. Das war ein sicheres Zeichen, daß er das Haus verlassen würde, denn bevor er wegging, pflegte er sich von der Mühe bis zu den Schuhen herunter sorgfältig abzubürsten.

Diese Puherei aber gefiel der Kubastin schon ganz und gar nicht. Der Meister sollte etwa irgendwo eine Arbeit abholen. Und er traf Vorbereitungen für den Auszug, wie der König ohne Land vor der Schlacht. Jetzt riß aber der Meisterin die Gebuld. Sie ermahnte ihn, nicht soviel teure Zeit zu vergeuden.

„Heiliger Apostel über alle Nationen!“ erwiderte Kubasel, „ich werde doch nicht wie irgendein Schlingel über die Straße gehen!“ So eine Antwort brachte die Hausfrau aber vollends aus dem Häuschen. Sie zog das Schleusenbrett weg, und der Strom ergoß sich über Kubasel.

„Ist das ein Kreuz mit euch Weibsbildern!“ — klagte der Meister, indem er sich die Ohren zuhielt.

„Und ich hab mit dir das Himmelreich!“ streuts ihm die Kubastin in die Augen und ließ eine Pflanze los, daß es dem Meister nur so in den Ohren summt. Es blieb ihm nichts übrig, als sich danach umzusehen, wo der Zimmermann das Loch gelassen hatte.

Aber auch sonst war unser Meister bei seinem Handwerke eigenständig, wodurch ihm mancher Barmherzigkeiten in seiner kleinen Lebensrolle viel Bitterkeit verursachte. Die Meisterin hätte uns hier von ganze Chroniken erzählen können, wenn sie aber am meisten aufgebracht war, ließ sie gegen ihn ein Geschütz auffahren, womit sie seine Seele auf einen Haufen zusammenstieß; sie tat es aber nur in den seltensten Fällen, und es war immer ihre letzte Ausweg. Diese Schuhwaffe konzentrierte sich in einem einzigen Satz: „Wegen einer Nadel verbrennst du eine ganze Kerze!“

Dieser dem Anscheine nach unschuldige und nicht allzulange Satz borg für Kubasel eine sehr traurige Geschichte.

Rehmt es mir nicht übel, aber ich muß sie euch erzählen. Ihr habt vielleicht schon größere Dummheiten gelesen als die, welche ihr jetzt von mir vernehmen werdet. Nun und schließlich — ein weiser Mensch liest seine Chronik wie der Kubasel; und er liest nicht bloß, um zu lesen und das Irdische zu vergessen, sondern um etwas davon fürs Leben zu behalten.

(Fortsetzung folgt.)

SAISON-AUSVERKAUF

Beginn
1. Juli
Bis
zur

in fast allen Abteilungen

Mengenabgabe vorbehalten

HALFTE herabgesetzt sind die
Preise vieler Waren in den be-
kannt guten Qualitäten!

Beachten Sie unser morgiges Inserat

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Steglitz

Bekanntmachung
Die vom Ausschuss in der ordentlichen Versammlung vom 7. Mai 1926 durch den 20. Richter zur Ergänzung beschlossenen Änderung des § 19 der Satzung, nach welcher Beschäftigte mit Kopf und Kopfbühnen der Stufe 3 zugerechnet werden, ist dem Oberverwaltungsamt Berlin genehmigt worden. Die Veränderung tritt am 1. Juli 1926 in Kraft.
Bruderscompagnie des 20. Richters zur Ergänzung sind im Stellenlotto ersichtlich.
Berlin-Steglitz, den 28. Juni 1926.
Der Vorstand: Flugge, Hoffmeyer.

Berliner - Elektriker - Genossenschaft

Berlin N 24, Elsassstr. 86-88 | Filiale Westen, Wilmersdorf
Fernsprecher: Norden 65 25 u. 68 26 | Landhausstraße 4, Tel.: Platzburg 9631
Zustellungsnummer und Lager
Alexanderstr. 30-40 (Alexander-Passage) Tel.: Köpenickstadt 540.
Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfanges zu kulantem Zahlungsbedingungen.
Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen.

Bekanntmachung.

Die in der Zeit vom 1. Juni bis 31. Juli 1925 verzeichneten Pfänder sind versteigert worden.
Überschüsse sind bis 31. März 1927 abzubegeben.
Staatliches Leihamt

Verkäufe

Wiederverkauf: Deutsches Teppichhaus Emil Reuter seit 1903 1-12 Osnabrückstr. 128. Reinere Beschreibungen zur Firma gleichen Namens Potsdamerstr. 87.
Stiftungsverkauf: Reuleterung, auch Umverkauf, gegen ganz besondere Rabattsbedingungen, liefert Schmidt & Co. Weber, Staberstraße 2.

HUNDE

Katzen, Papageien und alle Haustiere werden behandelt.
Tierärztliche Poliklinik
Chausseestraße 93
neben Kriegervereinshaus
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

Achtung!
Hausfrauen, spart Geld und Zeit!
Besuchen Sie den neu eröffneten **Privat-Markt Maybachufer** (zwischen Maybachufer, Liberta- und Manliusstraße)
Markttage: Montag u. Donnerstag vormittag Sonnabend nachmittag
Ein Warenhaus im Freien
300 Händler! Billigste Einkaufsquelle!

Besonders wenn Sie die **billig!** in der Gesamt-Lage der „Viertel“ und in der besten Lage!

Friedrichstr. 125-130, gegenüber Osnabrückstr.

Nöbel

Waffelbrot billig! Neue furnierte An-
schlüssen, 120 breit, mit Spiegel,
Waffelbrot, 100,-, Neue englische
Bettstellen mit dreiteiliger Auflage 30,-,
Kochtische mit Marmorplatte 15,-,
Kochtische 12,-, Tischplatte 45,-,
Gobelin-Küchens 30,-, Diplomat 30,-,
Gobelinbühnen 75,-, Bierstisch 64,-,
Neue Rücken, lackiert, mit Verolufung,
65,-, Kissen, Schlafkissen, echten
Korner, Dreimatrassen 30,-, Kissen-
auswahl in jeder Ausführung, Möbel-
haus Gottlieb, Köpenickstraße dreizehn,
Kochhof Osnabrückstr. 125-130.
Gehirngürtel, Kleiderbügel 18,-,
Bett 15,-, Badmöbel 11,-, Kü-
chen-Schreibtisch 25,-, Rücken 24,-,
Tischplatte 15,-, Möbelhaus Gottlieb,
Kochhof Osnabrückstr. dreizehn.
Wiederverkauf „Trinitäta“, Dreieck-
betten, Auflegerbetten, Schlafkissen,
Walter, Groppestraße achtzehn,
Spezialgeschäft.
Schlafzimmer 50,-, Kleiderbügel
35,-, Tischplatte 35,-, Kommode
35,-, Tischplatte 35,-, Amerikana,
Rahmenschilde 30,-, Aufhängelampe.
Kleiderbügel 30,-, mit Spiegel
110,-, Bettstellen 48,-, Tischplatte,
Einzelstuhl, Aufhängelampe,
Stein, nur Aufhängelampe 20,-.
Waffelbrot, nur 70,-, Chiffoniere,
neu, 15,-, Möbelhaus Gottlieb, Kö-
penickstraße dreizehn.

Schlafzimmer, Speisezimmer, Herren- zimmer, Rücken, gegen Dampf- und Zell- schaltung, Sportbillig, Stein, Osnabrück- straße 1.

Musikinstrumente

Pianos preiswert, Klaviermacher,
Einf. Brunnstraße 53.
Mikrophone, teilweise Aufnahmegeräte,
Teilschlüssel, Radios, Hauptstraße 1, Ode
Opernstraße.
Qualitätspianos mit langjährigem
Garantiefchein verkauft gegen 50,- monatlich
ohne Anzahlung, Pianobaus,
Klavierreparaturstr. 81.
Fahrräder
3 Reif. Bodenreife ergänzt zum Fahr-
radlauf, Belüftung Sie meine Kisten-
auswahl, Brandenburgerstraße vier.
Wasserräder, teilweise Kasten, Wan-
derer, Jap. Weib. D.R.G. Reif. schon
von 150,- an. Ein Besuch lohnt sich
wirklich, Weib. Große Köpenick-
straße 20/21.
Fahrräder, Renn- und Tourenräder,
erhoffene Räder, in jeder Preisklasse,
Preussische Teilschlüssel, Fahrradhaus
Wittenberg, Charlottenburg, Kurfürst-
straße 24.
Teilschlüssel, Fahrräder, Spezialfahr-
räder, Rennräder, Multipleräder,
Kastenräder, Kistenwagen, Kisten-
teile, Belüftung, Schlämme, Wein-
meisterstraße vier.
Kaufgesuche
Fahrräder kauft Eichenstraße 19.

Unterricht

Unterricht in Buchführung, Mathematik,
Latein und Englisch, Berlin-Tempelhof,
Berderstraße 2.

Verschiedenes

Für Antiquar. Anfragen zu richten
an Carl Goebel, Landa-Platz,
Tel. 8, Höhenluftstr.

Vermietungen

Kleines möbliertes Zimmer sofort ab 15. Juli zu vermieten, Köpenick,
Osnabrückstraße 41, dort IV.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Plakat-Maler
der in Warenhäusern tätig war,
nur geschulte Kräfte, suchen
Lindemann & Co., Moabit
Meldung mit Schriftproben von
9-1 Uhr beim Portier, Ottostr. 1.

Leopold Gadiel

Königstr. 22-26 1 Treppe

Beginn 1. Juli

Raumangels wegen ist es nur möglich, einige Beispiele aus der Fülle des Gebotenen anzuführen!

Was niemand für möglich halten würde — hier wird es zur Tatsache!

!!! Angebote von solcher Durchschlagskraft sind noch nie gemacht worden !!!

1 großer Posten wundervoller Wachseiden-Kleider in moderner Strikfalten und Karos, jetzt herabgesetzt auf 5.- 15.- 10.-	1 Riesenposten farbiger, bedruckter Voile-Kleider auch in größten Weiten mit modernster Masche, jetzt herabgesetzt auf 6.- 15.- 10.-	1 enorm großer Posten reizender Pelerin-Wollkleider in aparten Modellen, jetzt herabgesetzt auf 15.- 30.- 20.-	1 großer Posten feiner Winter-Mäntel mit u. ohne Pelz, teils auf Seidenfutter jetzt herabgesetzt auf 10.- 35.- 20.- 15.-
1 Riesenposten eleganter Frauen-Kleider bis Größe 54 in moderner bedruckter Voile jetzt herabgesetzt auf nur 15.-	1 enormer Posten hochleganter Seidenplüsch-Mäntel vorz. Qualität, auch große Weiten, jetzt herabgesetzt auf 59.- 79.- 69.-	1 Riesenposten hochleganter Seidener Nachmittags-Kleider aus bedruckter Crêpe de chine in unzähligen modern. Mustern, mit langen Ärmeln, ff. Verarbeitung, auch in allergrößten Frauen- weiten, jetzt herabgesetzt auf 39.-	1 Posten hochleg. schwarzer u. farbiger Frühj.-Mäntel moderne Formen jetzt herabgesetzt auf 20.- 30.- 25.- ganz auf Seidenfutter nur 45.-
1 Posten hochleg., etwas angestaubter Weißer-Wollkleider in modernsten Ausführungen jetzt herabgesetzt auf 20.- 30.- 25.-	Velvet-Mäntel ganz auf reinesidenem Futter, jetzt mit Pelz jetzt nur 39.- 59.- 49.-	1 großer Posten modernster Complets aus guten Stoffen, teils auf reinesidenem Futter jetzt herabgesetzt auf 45.- 65.- 55.-	1 großer Posten Seiden- und Kunstseiden-Mäntel nur modernste Formen jetzt herab- gesetzt auf 20.- 45.- 35.- 25.-
1 Riesenposten hochleganter Gesellschafts-Toiletten und Seiden-Kleider am Lager etwas gelitten, jetzt herabgesetzt auf 20.- 45.- 25.-	1 enorm großer Frühjahrs- u. Winter-Kostüme teils auf reinesidenem Futter jetzt herabgesetzt auf 25.- 39.- 30.-	1 Posten etwas angestaubter Weißer Voile-Mädchen-Kleider 60-110 cm, je nach Größe, jetzt nur 5.- 4.- 5.- 6.- bis 10.-	1 enormer Posten feiner Lederol-Mäntel 12.- Lederol-Jacken 11.- Imprägn. Windjacken nur 9.- 7.-
1 Posten hochleg., reinesid. bedruckter Crêpe de chine-Kleider moderne Farben, selten schön, jetzt herabgesetzt auf 25.- 39.- 30.-	1 großer Posten etwas angestaubter Weißer Voile-Blusen teils mit reicher Handstickerei und Spitzen, auch große Weiten jetzt herabgesetzt auf 5.- 10.- 6.-	1 großer Posten entzückender Mädchen-Mäntel für Sommer und Winter waschbar, je nach Größe, jetzt nur 6.- 8.- 10.- bis 15.-	

Um das Zwangsvollstreckungsverfahren Die Gerichtsvollzieher für das preussische System.

In aller Stille, ohne daß die Öffentlichkeit auch nur im geringsten damit beschäftigt wird, vollziehen sich mancherorts im Behördenbetrieb Veränderungen, die für die Allgemeinheit von einschneidender Wirkung sind. So hat der Vorstand des preussischen Landtagsabgeordneten Rechtsanwalts Schiemel gegen das jetzige Zwangsvollstreckungsverfahren und die hiermit in Verbindung stehende Organisation des Anwaltsvereins und gewisser Wirtschaftskreise für die Wiedereinführung der freien Gerichtsvollzieherwahl, dazu geführt, daß vom Justizministerium eine Abänderung des jetzigen Systems der Zwangsvollstreckung ernstlich erwogen wird.

Eine ausgezeichnete Gelegenheit, sich hierüber zu orientieren, bot der Bundestag des Deutschen Gerichtsvollzieherbundes, der vom 25. bis 28. Juni im Kriegervereinshaus stattfand. Von allgemeinem Interesse waren hierbei die Verhandlungen am 27. Juni, in denen vier außerordentlich instruktive Referate gehalten wurden. Gamm-Berlin sprach über die Bedeutung des Zwangsvollstreckungswesens und die Bewertung des Obergerichtsvollziehers. Er beschäftigte sich zunächst mit den Vorwürfen, die gegen das jetzige System erhoben wurden und stellte fest, daß kein einziger gewerkschaftlich organisierter Gerichtsvollzieher die Notwendigkeit einer Änderung einsehen könne. Danach ist das jetzige System, wonach

das Zwangsvollstreckungswesen in Bezirke eingeteilt

ist, dem von der Anwaltschaft erstrebten System, wonach jeder Anwalt sich den ihm genehmen Gerichtsvollzieher aussuchen kann, im Interesse des gesamten Volkes entschieden vorzuziehen. Es kommt heute mehr denn je auf die richtige seelische Einstellung des Gerichtsvollziehers zum Schuldner an. Der Gerichtsvollzieher muß unbeeinflusst sein. Er müsse Beamter bleiben und nicht Gewerbetreibender werden, der dann nach dem Grundsatz handelt: Weß Brot ich esse, weß Lied ich singe.

Die „langsame Vollstreckung“, die den Gerichtsvollziehern jetzt zum Vorwurf gemacht wurde, habe ihre Ursache in der mehr als 2fachen Anschwellung der Vollstreckungsanträge bei gleichbleibendem Personalbestand. Seit 1914 wurde kein Anwärter angestellt und ausgebildet. Der Beamtenabbau trage auch hier die Schuld. Die heutige Ausbildung der Anwärter sei sehr verbesserungsbedürftig.

Der zweite Vorwurf der „fruchtlosen Vollstreckung“ sei ebenfalls hinfällig. Er möchte den Gläubiger sehen, der da etwas hinbefördert, wo nichts ist. Ursache sei

die große Wohnungsnot und die allgemeine Verarmung

unseres Volkes. Er wünsche nur, daß die Herren, die sich über das jaghafte Vorgehen der Gerichtsvollzieher gegenüber den Schuldnern beklagen, einmal den Gerichtsvollzieher auf dem Dienstwege in das Arbeiterquartier begleiten. Eine weitere Ursache seien die zahlreichen Geschäftsgrundungen in der Inflationszeit und die schicksallose Kreditgewährung. Vollstreckungen gegen irgendeine dieser „Aktiengesellschaften“ oder „G. m. b. H.“ führe die Gerichtsvollzieher vor einen jungen Mann, der sich als „Direktor“ ausbe. Die Geschäftsräume dieser „Aktiengesellschaften“ waren oft vier leere Wände. Wenn da bei der ersten Pfändung noch ein paar Schreibmaschinen und einige Tische gefunden wurden, so war für die nachfolgenden 50 Pfändungen selbstverständlich nichts da. Der Redner beschäftigte sich dann mit den Angriffen des Abgeordneten Schiemel und versuchte dessen Beweisführung. Er bedauerte, daß gerade die Kreise, die immer ihren eigenen Gerichtsvollzieher haben wollen, trotz Einladung nicht erschienen seien.

Hochinteressant war die historische Darstellung des Zwangsvollstreckungswesens in dem Referat von Wachendorf-Hamburg, der insbesondere auch die volkswirtschaftlichen Auswirkungen einer rücksichtslosen Vollstreckung behandelte. Er streifte hierbei die Rückwirkungen auf Arbeiter und Angestellte des Schuldners und führte für die erfolglosen Pfändungen

das System der Eigentumsübertragungen

als Ursache an. Das jetzige Zwangsvollstreckungssystem bietet die Möglichkeit der teilweisen Befriedigung des Gläubigers, das der Vernichtung der Schuldnerexistenz sowohl im Interesse der Gesamtwirtschaft als auch des Gläubigers vorzuziehen sei. Er betonte, welche große seelische Anforderungen an den Gerichtsvollzieher gestellt werden.

Strauß-Württemberg warf interessante Sireislichter auf das Zwangsvollstreckungswesen der Schweiz und zog Vergleiche mit dem preussischen System. Kanelberger-Bayern beschäftigte sich vornehmlich mit den Ausgangspunkten der Bewegung für die freie Gerichtsvollzieherwahl, die unter dem Schlagwort der „Gläubigernot“ in Szene gesetzt worden sei. Wenn von der Untüchtigkeit der Gerichtsvollzieher gesprochen werde, so dürfe man doch nicht vergessen, daß es auch Rechtsanwält gibt, die mehr Prozesse verlieren als gewinnen. Eine große Gefahr für die Allgemeinheit liege aber nicht nur in der freien Gerichtsvollzieherwahl, sondern in dem Plan des Reichsjustizministeriums auf Schaffung von Zwangsvollstreckungsämtern, deren Tendenz dahin gehe, den Gerichtsvollzieher in seiner Bewegungsfreiheit einzuzengen. Der Redner ist

in den letzten fünf Jahren systematisch den Ursachen des Zusammenbruchs der einzelnen Existenzen nachgegangen. Die Ergebnisse dieser Beobachtungen zwingen zur weiteren

Beibehaltung des jetzigen preussischen Systems.

Der Zentralisierungs- und Offizialbetrieb, wie er durch die Schaffung der Zwangsvollstreckungsämter erstrebt wird, würde lediglich dazu führen, daß das Zwangsvollstreckungswesen in Formelkram erstickt. Die Einführung der Zwangsvollstreckungsämter wäre ungeeignet, die Gläubigernot zu beseitigen. Die Zahl der Konturle habe sich gegen früher auf das zehnfache gesteigert. Davon betreffen 80 Proz. den gewerbetreibenden Mittelstand. Wenn das jetzige System als unsozial bezeichnet würde, so sei doch darauf hinzuweisen, daß der mangelhafte Schutz durch die Gesetze die Ursache der Zusammenbrüche sei, die es gestatten, daß das Warenlager eines Schuldners bis zur letzten Schürze dem Zugriff des Gerichtsvollziehers ausgesetzt sei. Dagegen bietet das jetzige Verfahren in vielen Fällen die Möglichkeit, die Schuldnerexistenz auch im Interesse des Gläubigers zu erhalten. Die jetzige

neutrale Stellung des Gerichtsvollziehers

müsse im Interesse aller Volksteile unbedingt beibehalten werden. Es liege im Wesen des Zwangsvollstreckungsamtes, daß es sich weniger von Rücksichtslosigkeiten leiten lasse. Unsozial seien die Gesetze, die vorschreiben, daß das Pfandsiegel sichtbar angebracht werden muß, die die Möglichkeit bieten, dem Schuldner das letzte Bett wegzunehmen, die es ferner ermöglichen, ihn aus der Wohnung zu entfernen, auch wenn kein Ersatz da ist. Die Gerichtsvollzieher forderten eine Änderung dieser Bestimmungen schon seit Jahren. Die jetzige Praxis ermöglicht es den Gerichtsvollziehern, die Schuldnerexistenz durch die Teilbefriedigung und Abzahlung zu erhalten. Es sei gekennzeichnet durch die individuelle Menschen- und Sachbehandlung.

In der Diskussion trat besonders Ministerialrat Lucas, einer der besten Kenner des Zwangsvollstreckungswesens, mit großer Wärme für die Beibehaltung des preussischen Systems ein und forderte größere Bewegungsfreiheit für die Gerichtsvollzieher.

Der Gesamteindruck der Tagung war der, daß es sich hier auf keinen Fall um eine einseitige Interessensvertretung handelt, sondern daß Männer der Praxis mit durchaus sozialer Einstellung und großem Verständnis für das wirtschaftlich Notwendige in erster Reihe Stellung zu einem Problem nahmen, das die Allgemeinheit auf das Tiefste berührt. Die Forderungen der Gerichtsvollzieher verdienen daher ernste Beachtung.

„Die Schuld der U.S.P. erwiesen.“

Die neueste „Lokal-Anzeiger“-Lüge.

An der Spitze der neuesten Nachrichten marschiert im Dienstagabendblatt des „Lokal-Anzeigers“ folgende Notiz:

Im Reichstagsuntersuchungsausschuss über die Ursachen des Zusammenbruchs erklärte heute der Zentrumsberichterstatter die Schuld der U.S.P. als erwiesen.

Auf der zweiten Seite folgt der ausführliche Verhandlungsbericht nochmals unter der breiten Schlagzeile: „Die Novemberschuld der U.S.P.“ Und die Ursache dieser Behauptung? Man muß den Bericht des Hugenberg-Blattes selbst genießen, um die große Unvorsichtigkeit, mit der es Lügen in die Welt setzt, auszukosten. Die entscheidende Stelle im „Lokal-Anzeiger“-Bericht lautet:

Der Zentrumsabgeordnete Joos stützte Bericht über die weitere Untersuchung der Marineorgane ab. Auf Grund von Zuschriften und der im Ausschuss bisher geführten Untersuchung bezeichnete der Berichterstatter als Hauptursache aller Unzufriedenheit in der Marine deren Passivität. Hinsichtlich der Passivierung der Flotte erklärte er der Berichterstatter für erwiesen, daß eine Beeinflussung durch die U.S.P. stattgefunden habe. Es fragte sich, ob ein Teil der Mannschaften entschlossen war, den Frieden notfalls mit Gewalt zu erzwingen und ob eine solche Organisation, falls sie nachweisbar wäre, von der U.S.P. geleitet wurde. Darüber müsse man weitere Zeugen, darunter den Abgeordneten Dittmann, vernehmen. ... Handle es sich aber darum, Schuld festzustellen, so stehe man vor einer schicksalhaften Verteilung, bei der das Tun des einzelnen nicht von entscheidender Bedeutung sei.

Der eigene Bericht des „Lokal-Anzeigers“ befragt also das Gegenteil davon, was der „Lokal-Anzeiger“ in Ankündigung und Überschrift den Lesern weismachen will. Für wie dumm muß der „Lokal-Anzeiger“ seine Leser halten, wenn er ihnen derartiges aufzutischen wagt!

Der Reichstagsausschuss zur Untersuchung der Ursachen des Zusammenbruchs im Jahre 1918 hielt in den letzten Tagen verschiedene Sitzungen ab. Sachverständiger Dr. Herz, der sich zu dem Gutachten von Professor Dr. Bredt äußerte, machte für die Unfähigkeit in der Haltung der Parteien gegenüber der Friedensresolution hauptsächlich die Rationalisten verantwortlich. Abg. Bergsträßer unterstützte das Urteil der Sachverständigen über Mißgriffe der Willkürverwaltung im Elend; nach im Jahre 1918 wäre eine günstige Erklärung des elässischen Landtags zu haben gewesen, er durfte sich aber mit politischen Fragen nicht beschäftigen. Oberst Schwedtfeger erwidert als Sachverständiger eine Hauptursache

aller falschen Politik während des Krieges in der ungenügenden Orientierung der öffentlichen Meinung über die wahre Lage an der Front.

Ueber die Zuschriften zu den Vorgängen in der Marine erstattete Abg. Joos (3.) Bericht. Aus ihnen ergebe sich als Hauptursache aller Unzufriedenheit in der Marine deren Passivität. Tatsache sei daneben, daß der Unterschied in der Befestigung zwischen Offizieren und Mannschaften eine wesentliche Quelle der Unzufriedenheit gewesen sei. Eine politische Beeinflussung der Flotte durch die U.S.P. hält der Berichterstatter für erwiesen. Aber der Riß zwischen oben und unten, Führern und Geführten, Industriellen und Arbeitern, Land und Stadt, Offizieren und Mannschaften, sei durch das ganze Volk gegangen. Aus Eigenem hätten Soldaten und Matrosen, ebenso wie die Heimat, sich gefragt: Warum und für wen noch Krieg? Die Durchführung des Flottenvorstoßes bezeichnete Abg. Joos als psychologisch unmöglich, nachdem das Waffenstillstandsverbot an die Gegner ergangen war.

Als Sonderachverständige wurden der Zinggier Stumpf und Marinefretär a. D. Alsbodt vernommen. Stumpf, christlicher Gewerkschafter, hat während des ganzen Krieges Dienst als Matrose getan und ununterbrochene Tagebuchaufzeichnungen gemacht. Alsbodt war Deckoffizier. Beide bezeichneten als die Hauptursache des Unglücks auf der Flotte die tiefe Klufe, durch die die Seeoffiziere von allen anderen Teilen der Befehlsgeschichte getrennt waren. Nicht eine Teilung in vaterlandsliebende und nichtvaterlandsliebende Elemente habe sich auf den Schiffen herausgebildet, sondern ein Gegensatz aller gegen die Seeoffiziere. Von politischen Organisationen der U.S.P. oder weiter linksstehender Gruppen auf den Schiffen ist den beiden Sachverständigen nichts bekannt geworden. Die Urteile in den Prozessen von 1917 seien hart und ungeracht gewesen; der gute Geist auf den Schiffen sei durch nichts so erschüttert worden wie durch diese Urteile.

Eine erregte Auseinandersetzung entspann sich über die Frage, ob England während des Rückzuges der deutschen Armee auf die Raaslinie noch die holländische Neutralität gebrochen haben würde, womit angeblich die Oberste Heeresleitung gerechnet haben soll. Abg. Dr. Bergsträßer (Dem.) bezeichnete diese Vorstellung als grotesk; sie beweise nur, daß die D.H.V. außerstande gewesen sei, die neue politische Situation zu begreifen. Auch Abg. Dr. Schäding bezeichnete die Idee, daß die Engländer damals das Odium eines Bruches der holländischen Neutralität auf sich genommen hätten, einer ernsthaften Diskussion nicht für wert. — Der Ausschuss wird seine Arbeiten im Spätjahr fortsetzen.

Hilfe für die Hochwasserschädigten.

Ein Beschluß des Reichshaushaltsausschusses.

Dem Ausschuss für den Reichshaushalt lagen in seiner Dienstag-Sitzung Anträge aller Parteien vor, in denen die Regierung aufgefordert wird, schleunigst Mittel zur Behebung der Hochwasserschäden und zur Unterstützung der Geschädigten bereitzustellen. Der sozialdemokratische Antrag wurde vom Genossen Jertl-Ragdeburg begründet. Bei Stimmhaltung der Kommunisten gelangte mit allen Stimmen die folgende Entschliessung zur Annahme: Der Ausschuss wolle beschließen: Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, in Verbindung mit den Ländern die Schäden der Hochwasser- und Unwetterkatastrophen festzustellen und alsbald für ausreichende Hilfe zu sorgen. Den betroffenen Gebieten sind insbesondere auch finanzielle Erleichterungen und Zuschüsse zu gewähren.

Der Reichstag ermächtigt die Reichsregierung, die zur Behebung der Nothstände erforderlichen Mittel vorläufigweise zu verausgaben und im Nachtragshaushalt für das Rechnungsjahr 1926 anzufordern.

Die zerstörten Dämme und Uferbauten sollen rasch instandgesetzt und verbessert werden.

Hierzu sollen neben den vorläufigweise verausgabten Mitteln auch die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge im nötigen Umfange zur Verfügung gestellt werden.

Vom Auswärtigen Amt waren kurze Anträge eingegangen zur inneren und äußeren Instandsetzung der Dienstgebäude der deutschen Botschaft in Madrid, des deutschen Generalkonsulats in Antwerpen, des Kanzeleigebäudes der deutschen Gesandtschaft in Bern und zur Errichtung massiver Gebäude zur Unterbringung der deutschen Botschaft in Angora. Der Ausschuss bemängelte, daß die Anträge nicht genügend begründet seien und vertagte die Beschlußfassung.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

heute, Mittwoch, 30. Juni, abends 7 1/2 Uhr:

Wätsche, Wirkungsleiter und Wirkungsleiteresse! Heute von 5-7 Uhr Abschied von der Reichs- und Genossenschaftlichen; Wätsche der Beiträge. Schlußfeier! Schule Oberwallstr. 10. Ruff-Wätsche-Reise. — Wätsche 1: Ruff-Wätsche. — Offen H. H. 1. Jugendheim-Reise. 12. Wätsche: Die verschiedenen Parteien und ihre Richtung. — Wätsche Wätsche: Jugendheim Tüftler Str. 4. Auswanderer. — Der sozialistische Kulturhaas. — Sabel H. H. 1. Jugendheim Reichenberger Str. 6. Vortrag: „Wir wandern, um zu lernen“. — Trampsch: Jugendheim Germentstraße 43. Vortrag des Genossen Fromm. — Wätsche: Schule Christenstraße. Auswanderer. — Schule Nummer der Arbeiter-Jugend. — Falkenberg: Jugendheim Am Ballenber 117. Vortrag: „Sozialismus“. — Ruff-Wätsche: Schule Ballenber. — Arbeiterlieder und ihre Werte.

GROSSER SAISON AUSVERKAUF

nur wirklicher Qualitätsware.

Wir haben unser gesamtes Lager bekannt erstklassigster Waren im Preise rücksichtslos herabgesetzt.

Sie haben jetzt die denkbar vorteilhafteste Möglichkeit zur Beschaffung bester Bekleidungs-Gegenstände

Damen-Sommerkleider, Wollkleider, Mäntel jeder Art, Kostüme, Complots

Kinderkleider, Mäntel und Anzüge, beginnend schon mit M. 1.75

Kindertrikotagen, Pullover, Strickkleider, Kinder- u. Backfisch-Wäsche

Großer Posten erstklassiger, fehlerfreier Kindersocken in modernen Farben M. 0.25 u. 0.25 p. Paar

Beginn 1. Juli

Leipzig, Markt 31/32

Bette

Kaufstrasse 220

AUF KREDIT

Wollwaren

TEPPICHE · GARDINEN · DECKEN

Wollwaren

FÜR HERREN · DAMEN · KINDER

UND WENN EINMAL DAS GELD NICHT REICHT · KAUFT MAN BEI FEDER FEDERLEICHT.

Feder

Brunnenstraße 1
Frankfurter Allee 350
Kottbuser Damm 103
Charibg. Scharrenstr. 5



Münchener
Hofbräuhausgaststätten in Berlin



Königgrätzer Str. Europahaus am Anhalter Bhf.

Spezialausschank
des
Hofbräuhauses München

Pächter: August Kämmerling

Eröffnung: 1. Juli 1926

Bayerisches Hofbrauamt München

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
a. Platz d. Republik.
7 1/2 Uhr: Ein Maskenball
Schauspielhaus
8: Die Welt, in der
man sich langweilt
Schiller-Theater
8 U.: Fahrt nach der
Südsee.

Lessing-Th.
Paul Henckel
zum 51. Male:
**Schnöder
Wibbel**
Jahr, Endorasy
Sommerpr. 1-3 M.
Witz d. Volksh., Gewiss
schult, Rechtskammer gegen
Kurtzweil, gute Plätze à 1,30,
auch an Anhalter

Städtische Oper
Charlottenburg
7 1/2 Uhr:
Fatinitza

Kleines Th.
Leckerbissen
Vorz. dieses zahlr.
50% d. Kassenerpr.

Deutsches Theater
Norden 10334-38
8 1/2 Uhr:
Max Adalbert
in
Das Skel

Theater d. Westens
8 Uhr:
D. große Unbekannte
Operette v. Supplé
Kleine Sommerpr.

**Deutsches
Künstl.-Theater**
Takt 8 1/2 Uhr:
**Der frühe
Weinberg**

Komische Oper
8 1/2 Uhr: Dir. James Klein 8 1/2
Berlin ohne Hemd!
Die gewaltigste Revue
200 Mitwirkende
Sommerpreise

Reichshallen - Theater
Abends 8 Uhr
Stettiner Sänge
Neu!
Ein Hausball bei Meyer's
Berliner Revue von Wenzel.

Waller-Theater
8 1/2 Uhr:
Der heilige Brunnen
Blanco Poanets
Erweckung

Reichshallen - Theater
Abends 8 Uhr
Stettiner Sänge
Neu!
Ein Hausball bei Meyer's
Berliner Revue von Wenzel.

Residenz - Theat.
8 1/2 Uhr:
Herz contra Herz
Eugen Rex, Metelka

**Internat.
Varieté**
Theaterkasse:
Lützow 1257

Börsen-Brett! (S. 1. u. 2.)
Varieté! - Konzert! - Tanz!

**8 Uhr:
Internat.
Varieté**
Theaterkasse:
Lützow 1257

**8 Uhr:
Internat.
Varieté**
Theaterkasse:
Lützow 1257

**8 Uhr:
Internat.
Varieté**
Theaterkasse:
Lützow 1257

**8 Uhr:
Internat.
Varieté**
Theaterkasse:
Lützow 1257

**8 Uhr:
Internat.
Varieté**
Theaterkasse:
Lützow 1257

**8 Uhr:
Internat.
Varieté**
Theaterkasse:
Lützow 1257

**8 Uhr:
Internat.
Varieté**
Theaterkasse:
Lützow 1257

**8 Uhr:
Internat.
Varieté**
Theaterkasse:
Lützow 1257

**8 Uhr:
Internat.
Varieté**
Theaterkasse:
Lützow 1257

**8 Uhr:
Internat.
Varieté**
Theaterkasse:
Lützow 1257

**8 Uhr:
Internat.
Varieté**
Theaterkasse:
Lützow 1257

**Gesunder
Schlaf**

beste Kräftigung für Gesunde wie für Kranke. Bei
Nervosität, Schwindelanfällen, Schlaf-
losigkeit nehmen Sie daher abends vor dem
Schlafengehen ein Gläschen
Baldravin

das ist der geschätzte Name für den echten Apotheker
W. Ulrichs **Baldrianwein**

Zu haben: in Apotheken und Drogerien.
Hersteller: Otto Stumpf H.-G., Chemnitz.

Einzig alkalische Thermen Deutschlands
gegen Zucker, Gallensteine,
Magen-, Darm-, Leber-,
Nieren-, Blasenleiden,
Gicht und Katarrhe

TRINK- UND BADEKUR
Vielseitige Unterhaltungen, jegliche Art Sport.
Bade-Strahlen durch die Nordkur, das Bürgermeisterbad,
das Kur- und Verkehrsverein und die Verkehrsvereine.

Volksbühne

Theater am Südpark
8 Uhr:
**Der
dätsche Michel**
Wagners 7 1/2 Uhr zum 1. Male:
Südbühne 1881 sich reden

Th. am Schiffbauerdamm
8 Uhr:
Die Freier

Kammerspiele
Norden 10334-38
8 1/2 Uhr:
Letzte Ausführung
Gastsp. Maria Orska
**Meine Cousine
aus Warschau**

Die Komödie
Bismarck 2414, 7316
8 1/2 Uhr:
Weck - end
Berliner Theater
8 1/2 Uhr: Donner-
wetter, ganz famos

Th. am Karlsruhdamm
8 1/2 Uhr:
Kavaller Jack
Operette in 3 Akten
Musik von
Carita von Horst
Sommerpr. 2-6 M

Central-Theater
8 Uhr: Eva Bonheur
Ulka Grünig
la. Eiderfettkäse
Pfd. M. 6,- frko.
Dampfkäsefabrik
Rendsburg.

**Krause-
Pianos**
zur
Miete
Ansbacher Str. 1.
Lackiermeister

Rennen zu Strausberg
Mittwoch, den 30. Juni
nachmittags 3 Uhr

1 Minute

für die Durchsicht dieses sehr günstigen Reise-
angebotes verschafft Ihnen Ersparnisse beim
Einkaufen und Freude am Eingekauften!

Badeartikel
für Damen, Herren
und Kinder

Ein paar Beispiele:
Trikot - Badeanzug
f. Knaben u. Herren, glatt
schwarz, Länge 60 cm...
Je 5 cm länger 15 Pf. mehr
1 05

Damen-Bademantel
schöne Qualität, ge-
streifter Kräuselstoff
1 165

Herren-Bademantel
in gleicher guter Qua-
lität.....
1 195

Damen-Pullover
reine Wolle, in vielen
Farben.....
9 75

Damen-Pullover
weiss, reine Wolle mit
K'seide u. Krimmerbea.
9 75

Damen - Weste
Wolle mit Kunst-
seide.....
8 75

Wasch-Unterrock
meliert Zephir
2 50
extra weit 3.50

Damen-Schlüpfer
in viel schön. Farben,
feinfädige Baumwolle
80 Pf.

Damen-Schlüpfer
gute Kunstseide in verschie-
denen schönen Farben,
Gr. 42-46.....
1 65

Damen-Hemd
pa. Kunstseide, moderne Win-
delform, mit Volant und ele-
ganter Spitze, neueste
Farben.....
3 25

Herren - Hose
makofarbig, dauerhafte
Qualität, Gr. 4, 5, 6....
1 45

Herren - Hemd
makofarbig, beste ame-
rik. Baumwolle, Gr. 4, 5, 6
2 10

Einsatz - Hemd
weiss Trikot, kräftige Qualität,
mit schönen Einsätzen,
Gr. 4, 5, 6.....
1 75

Damen-Handschuhe
weiss, schwarz und
farbig Trikot.....
80 Pf.

Herren-Handschuhe
farbig Trikot
85 Pf.

Glacé-Handschuhe
für Damen, moderne
Farben.....
3 25

Damen-Strümpfe
einfarbig Baumwolle mit Dop-
pelsohle, Hochferse,
haltbare Qualität...
95 Pf.

Damen-Strümpfe
pa. Seidenflos, mit Doppelsohle,
blond, beige, grau,
mode, schwarz.....
1 45

Damen-Strümpfe
pa. Seidenflos, mit Doppelsohle,
Seidensatz, in d. mod.
Schuh- u. Kleiderfarben
1 95

Damen-Strümpfe
Kunstseide mit Florsohle und
-Rand, vorzügl. Qualität,
in den modernen Farben
2 25

Herren-Socken
Schweisssocke, halt-
bare Qualität.....
55 Pf.

Herren-Socken
Mako-Finish, besonders dauer-
haft, mit Doppelsohle,
einfarbig grau u. beige
95 Pf.

Kinder-Söckchen
pa. Mako, mit buntem Woll-
rand, feine solide
Farben, Gr. 1.....
85 Pf.

Kinder-Kniestrümpfe
pa. Seidenflos, mit buntem fest-
sitzen Wollrand,
Gr. 4.....
1 65

2 dr. Fichuwolle
in allen Farben
95 Pf.

Prima Zephirwolle
in allen Farben
18 Pf.

Kaufe billig
und gut bei

GRUMACH

KÖNIGSTR. ECKE SPANDAUERSTR.

TOD
DEN WANZEN
UND ALLEN ANDEREN
UNGESUNDHEITEN
DURCH
ATLAS
KERZE

ohne Apparat für Laien
In den Drogerien erhältlich, bestimmt bei:

Vergasung

Bezirk Westen I: Fritz Ambos Nachf., W 57, Bölow-
straße 51 / E. Bausch, Wilmsdorf, Weststr. 26 /
Frey-Drogerie, Schöneberg, Hauptstr. 53 / Viktor
Friedrich, Schöneberg, Mühlstr. 11 / Dr. Max Haase,
National-Drogerie, Friedenau, Lauterstr. 16 / Kurt
Hecker, Isold-Drogerie, Friedenau, Isoldstr. 8 / Dr.
Riedel, W. Kurfürstenstr. 153 / Erich Ruben, Schöne-
berg, Hauptstr. 4 / F. Rubenau Nachf., Diana-Drogerie,
Schöneberg, Tempelhofer Straße 5 / Bruno Zadow,
Mariendorf, Dorfstr. 6

Bezirk Westen II: W. Levit, Reichsadler-Drogerie,
W 50, Rankstr. 16 / Gebr. Lozze, SW 68, Markgrafen-
straße 15 / Paul Noethling, Medizinal-Drogerie, Cha-
rlottenburg, Wilmsdorfer Str. 68 / Otto Radlge,
W. Auzsburger Straße 20 / Bruno Weighardt, W 30,
Augsburger Str. 68 / Drogerie Bodrach, Charlottenbg.,
Friedberg-Ecke Holzlandstrasse

Bezirk Süden-Osten: Gebr. Bruhn, Rathaus-
Drogerie, Köpenick / Apotheker Dobrin, Medizinal-
Drogerie, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 236 / Drogerie
Finsterbusch, SO, Skalitzer Str. 63/64 / Hermann
Fosse, Adalbert-Drogerie, SO 16, Melchiorstr. 34 /
Arthur Giesche, Medizinal-Drogerie, O 27, Grüner
Weg 29 / Alfred Heymann, Neukölln, Wilmannsstr. 27 /
Erich Lange, Adler-Drogerie, Lichtenberg, Müggel-
straße 8 / Hermann Milde, Graefe-Drogerie, S 39,
Graefestr. 11 / Gustav Neumann Ww., C 14, Wall-
straße 8/81 / Bernhard Rose, Medizinal-Drogerie,
NO 15, Friedrichsberger Str. 8 / Gg. Schuitze Nachf.,
Wolkenschieber-Drogerie, SO 16, Köpenicker Str. 67 /
Karl Ziebek, Herfurthplatz - Drogerie, Neukölln,
Herfurthplatz 12

Bezirk Norden: Eugen Böhner, Bernauer-Drogerie,
Bernauer Str. 40-41 / Walter Borlach, Residenz-Drogerie,
NO, Eibinger Str. 42 / Alexander Dubro, N 58, Schön-
hauser Allee 187 / Hermann Farchmin, Tegel, Ber-
liner Str. 93 / Richard Goldbach, N 58, Schönhauser
Allee 124 / Hans Lange, Sanitäts-Drogerie, N 31,
Brunnenstr. 157 / Hans Nossack Nachf., N 54, August-
straße 30 / Richard Schuber, Viktoria-Drogerie,
Weissenhof, Berliner Allee 244.

Auslieferungslager: Karl Frick Berlin SW 48,
Wilhelmsstraße 37/38.

Verkauf: 12. April bis Oktober.
Bei Licht, Ischias, Rheumatismus, Frauen-
leiden seit 25.50 Jahr. hervorragend bewährt

Eisenmoorbad
Bad
Schmiedeberg
Bez. Halle a. Saale

Bahn Berlin-Wittenberg-Eilenburg-Leipzig
Herliche Waldgegend, großes Kurhaus mit
Versammlungsräumen für Kongresse usw.

Prospekt durch Magistat-Badverwaltung / Freie Aerztewahl

Bad Neuenahr

Vorzügliche, streng diätetische Küche
genau nach Vorschrift
des Arztes in zahlreichen
guten Hotels, Pensionen
... und Privathäusern, ...

Für Hauskuren
Versand des Neuenahrer Sprudel.
Rein natürliche Füllung.

Hiesige Sprudel-Niederlage: Dr. M. Lehmann,
Yorkstr. 99. J. F. Beyl & Co., Charlottenstr. 66